Jahrheft von Schlieren
2008

Schlieren zwischen 1960 und 1990

30. Jahrheft von Schlieren 2008

Schlieren zwischen 1960 und 1990

Die Entwicklung unserer Gemeinde,
erzählt von Heiri Meier, alt Stadtpräsident.

Redaktion und Layout: Peter Suter

Erarbeitet von der Arbeitsgruppe für Ortsgeschichte
und herausgegeben von der Vereinigung für Heimatkunde Schlieren

Druck: Steinemann R. AG, Schlieren

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Präsidenten VHS	3
Vorwort des Autors	3
Was soll mit dem alten Dorfkern geschehen?	4
Von der Gemeindeversammlung zum Parlament	6
Endlich ein eigenes Stadthaus	10
Die alten Häuser ums Stadthaus	13
Ein misslungener Grenzabtausch	21
Schlieren als U-Bahnstation?	24
Wachstum ohne Grenzen	27
Öl im Grundwasser	29
Die Goldschlägi-Unterführung – Schlierens Westtangente	31
Der Tunnel an der Uitikonerstrasse und sein jüngerer Bruder	34
Das Jugendhaus	35
Schlieren als Bezirkshauptort?	38
Die Stadtbibliothek und ihre Vorgänger	40
Das Ende der «Wagi» aus meiner Sicht	41
Schlieren und seine Familiengärten	57
Ein Rebberg im Steinacher?	61
Die Gemeinde als Götti	63
Radio 24 und Schlieren – oder der Kampf gegen Windmühlen	67
Der Dorfpark – oder «Gut' Ding will Weile haben»	68
Quellenangaben/Bildnachweis	71
Bisher erschienene Jahrhefte	72

Vorwort des Präsidenten VHS

Liebe Leserin, lieber Leser

Mannigfaltige Geschichten über Schlieren erzählt uns unser neues Jahrheft.

So spricht es da von der «Gemeinde als Götti» und davon, was wir mit all unseren alten Häusern ums Stadthaus und den Stadtpark gemacht haben. Welche Ideen wurden da vor Jahrzehnten entwickelt und was wurde tatsächlich erreicht?

Diesen Themen ist alt Stadtpräsident Heiri Meier nachgegangen, hat in aufwändiger Kleinarbeit recherchiert und alles zusammengetragen zu diesem interessanten Heft. Themen, die zum Nachdenken anregen.

Heiri, wir danken dir ganz herzlich für dein Wirken; nicht nur für den Text, sondern ganz allgemein für deine rege Anteilnahme am Leben in Schlieren.

Dem Redaktor, Peter Suter, danken wir für die Betreuung und Gestaltung unseres Jahrheftes 2008.

Der Stadt Schlieren danken wir an dieser Stelle für die Finanzierung dieses Werkes.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern viel Freude.

Schlieren, im Januar 2008

Vereinigung für Heimatkunde Schlieren
Hansruedi Elmer, Präsident

Vorwort des Verfassers

Zum vierten Male hatte ich nun Gelegenheit, aus der Geschichte Schlierens zu erzählen. Vor Ihnen liegt die Fortsetzung des Jahrhefts 2006, in welchem ich über die ersten Schlieremer Nachkriegsjahrzehnte berichtete.

Für das vorliegende Heft habe ich Ereignisse und Vorgänge zwischen 1960 und 1990 ausgewählt, die zu ihrer Zeit die Menschen hier besonders beschäftigt haben oder für die Entwicklung unserer Stadt von gewisser Wichtigkeit waren. Die Berichtszeit deckt sich zudem ziemlich genau mit den Jahren 1962 bis 1990, in denen ich als Gemeinderat, dann als Gemeindepräsident und schliesslich als Stadtpräsident amtete.

Den meisten Raum nimmt mein persönlicher Bericht über die Schliessung der «Wagi» ein. Das Ende dieses dominanten Schlieremer Unternehmens erschütterte die Bevölkerung und die Behörden (und mich ganz speziell) wie kaum ein anderes lokales Ereignis in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Neben diesem Thema verblasst beinahe, dass wir in der vom Jahrheft erfassten Zeitspanne auf dem politischen Parkett auch den Wechsel vom Dorf zur Stadt vollzogen haben. In den 19 Titeln sind auch Episoden beschrieben, über welche ich – und wohl auch Sie – heute lächeln können. Zu jener Zeit aber haben sie die Gemüter überdurchschnittlich erregt.

Wie schon für mein vorangegangenes Jahrheft 2006 hat **Robert Binz** in den Protokollen des Gemeinde- und des Stadtrates sowie der letzten 12 Jahre Gemeindeversammlungen nach Informationen gesucht und solche detailliert aufgelistet. Über das Jugendhaus hat **Peter Schnüriger** zum Glück mehr gewusst als ich und meinen Text ergänzt. **Peter Suter** hat alle meine Manuskripte redaktionell zur Druckreife gebracht, hie und da ergänzt, alle statistischen Daten visuell umgesetzt sowie Grafiken und Karten bearbeitet. Die meisten der 109 Fotos hat er gesucht und ausgewählt, und wo solche fehlten, selber Aufnahmen gemacht.

Ihm und allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Ortsgeschichte danke ich ganz herzlich für die erspriessliche und erfreuliche Zusammenarbeit.

Schlieren, 15. Januar 2008

Heiri Meier

Was soll mit dem alten Dorfkern geschehen?

Ein Wettbewerb wird lanciert

Am 8. Juli 1960 beschloss die Gemeindeversammlung, für das Gebiet des alten Dorfkerns im Viereck Badenerstrasse/Uitikonerstrasse/Freiestrasse/obere Bachstrasse einen Wettbewerb zur Erlangung von Gesamt-Überbauungsplänen durchführen zu lassen. Der hiefür nötige Kredit von Fr. 50 000 wurde diskussionslos bewilligt. Eine Reihe von Architekten bewarb sich um die Teilnahme; darunter solche aus Schlieren und drei namhafte Stadtplaner aus Zürich. Sechs dieser Architekten und -teams wurden zugelassen und lieferten ihre Entwürfe ab. Die Jury aus Gemeinderäten (damals noch die Exekutive) und renommierten Architekten im Professorenrang bewerteten die Arbeiten.

Wie lautete der Auftrag?

Die Teilnehmer hatten freie Hand und mussten auf die bestehenden Altbauten im Planungsgebiet – mit Ausnahme der reformierten Kirche – keine Rücksicht nehmen. Hingegen mussten die Standorte für ein Gemeindehaus und ein Kirchgemeindehaus vorgesehen sowie Wohnungen, Geschäftsräume und Ladengeschäfte sinnvoll platziert werden.

Und das Resultat?

Pläne und Modelle der sechs Architekten wurden im «Salmen» öffentlich ausgestellt. Es sprach sich rasch herum, dass bei allen die reformierte Kirche stehen gelassen wurde, hingegen alle übrigen Häuser modernen Bauten weichen mussten. Selbst das steinerne «Alte Pfarrhaus» («Sigristenhaus») aus dem Jahr 1737 durfte nicht stehen bleiben. Gemeinde- und Kirchgemeindehaus wurden in allen Vorschlägen nahe der Kirche angesiedelt.

Das Projekt von Architekt Benedikt Huber wurde von der Jury als das beste ausgezeichnet und der Verfasser mit der Weiterbearbeitung beauftragt.

Und wie reagierte die Bevölkerung?

Ich selbst war damals 34-jährig und besichtigte natürlich die Ausstellung auch. Ich stellte fest, dass im fraglichen Gebiet kein einziges altes Wohnhaus stehen bleiben sollte, ausgenommen die sechs Häuser an der Freie- und an der oberen Bachstrasse. Niemand äusserte sich negativ dazu. Worte wie *«Jetzt wird's in Schlieren auch etwas Rechtes geben»* waren üblich und wurden mit Kopfnicken quittiert. Auch ich fand das Resultat des Wettbewerbs sinnvoll. Lediglich das «Alte Pfarrhaus» hätte ich stehen lassen. Leserbriefe erschienen in den Zeitungen keine, weder positive noch negative.

Konkrete Planung

Das ganze in die Planung einbezogene Gebiet war im Besitz von 15 Eigentümern. Die grössten waren die Politische Gemeinde und die Reformierte Kirchgemeinde mit zusammen 260 Aren. Die privaten Grundeigentümer besassen 210 Aren, in Parzellen zwischen 3 und 20 Aren. Die wenigstens davon waren ohne Arrondierung überbaubar. Der erste Schritt musste also ein Quartierplanverfahren sein. Der Gemeinderat schlug ein privates Verfahren vor, bei welchem zwar schliesslich alle Beteiligten mit dem Ergebnis einverstanden sein mussten, das aber wesentlich beweglicher war als ein amtliches Verfahren. Anfänglich waren die privaten Grundeigentümer mit dem gemeinderätlichen Vorschlag einverstanden. Aber mit den ersten Entwürfen begann auch schon Sand ins Getriebe zu rieseln. Vorwiegend die Besitzer kleiner Parzellen gingen mit den Vorschlägen nicht einig. Bei der vorgesehenen, relativ massiven Überbauung mit einer Ausnützung von 1,2 *[=120 m² Geschossfläche auf 100 m² Grundfläche]* hätten sie entweder ihren Grundbesitz veräussern oder ihn als Stockwerkeigentum in ein fremdes Gebäude einbringen müssen. Sie waren der Ansicht, die Besitzer grösserer Parzellen müssten um die «Kleinen» froh sein und schraubten deshalb ihre Landpreise oder ihre Ansprüche auf dem Stockwerkeigentum so hoch, dass sie niemand erfüllen konnte oder wollte.

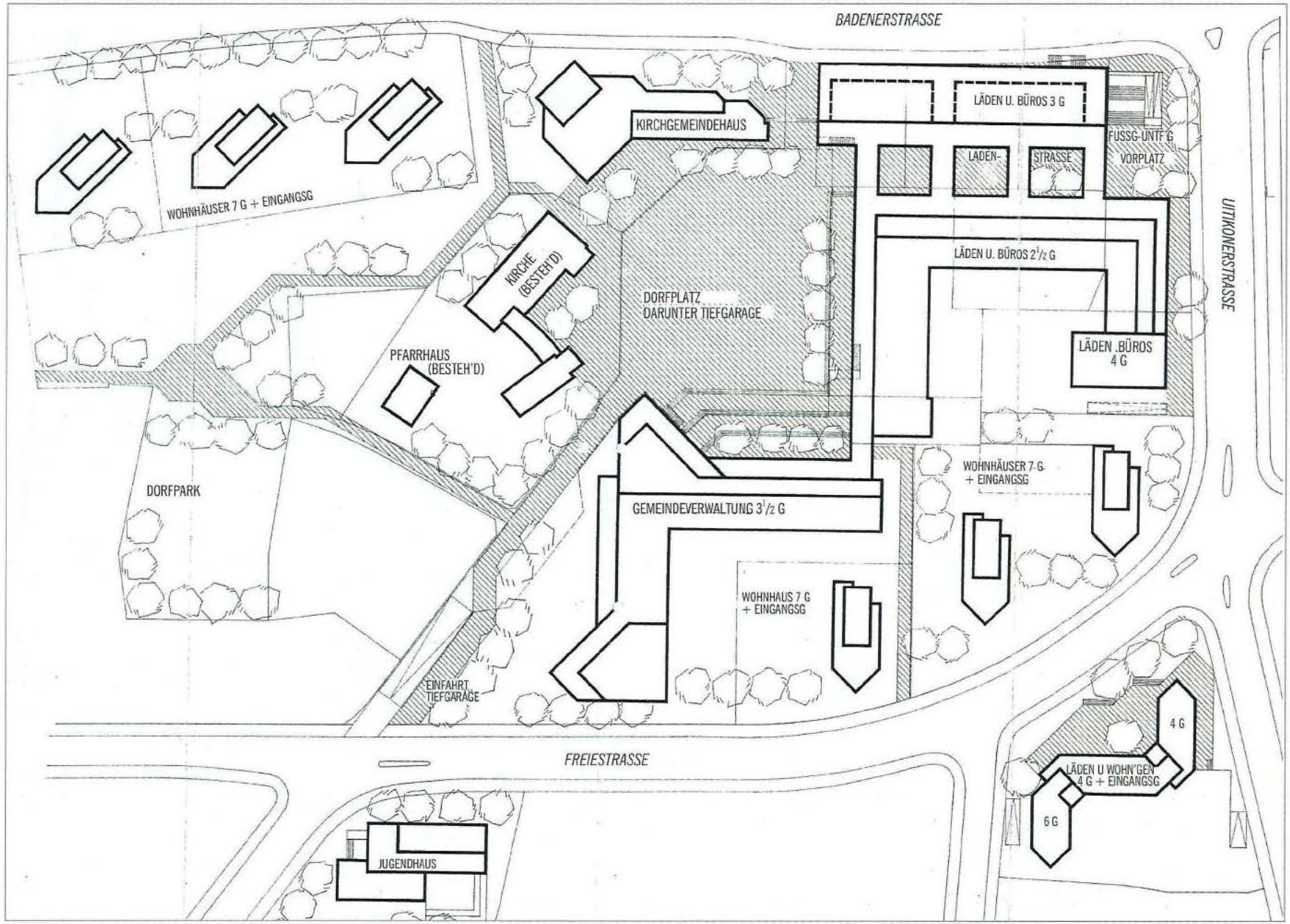
Hochhäuser waren übrigens im Planungsgebiet keine gestattet, da solche den verhältnismässig niedrigen, gedrungenen Kirchturm optisch erdrückt hätten. Die Verhandlungen mit den privaten Eigentümern zogen sich über mehr als 7 Jahre dahin. Im August 1970 beschloss der Gemeinderat, die Arbeit an der Planung «Dorfzentrum West» abzubrechen. Von den sieben Mitgliedern dieser Behörde, die 1961 die Planung eingeleitet hatten, war nur noch einer im Amt. Und Gemeinde-Ingenieur war nicht mehr Prof. Robert Sennhauser, sondern Karl Stoller.

Die Lehren aus dem Misserfolg

Gegenüber der Presse analysierte Karl Stoller die Gründe für das Misslingen der Planung so: Drei der fünfzehn Grundeigentümer hatten durch das Verweigern ihrer Unterschrift einen Erfolg verhindert. Im Kanton Zürich fehlten damals noch ausreichende gesetzliche Grundlagen, um Quartierplan-Verfahren in bereits überbauten Gebieten auch gegen Widerstand – wie im vorliegenden Fall – erfolgreich abschliessen zu können.

Im Nachhinein zeigte es sich, dass der ursprüngliche Wettbewerb nicht ganz umsonst gewesen war. Stadthaus, «Sennhof» und die Bauten an der Brunngasse, die zwar erst rund 5 Jahre nach dem Scheitern in Angriff genommen wurden, waren auf das seinerzeitige Projekt von Benedikt Huber ausgerichtet.

Plan des preisgekrönten Projekts von Prof. Benedikt Huber



Von der Gemeindeversammlung zum Parlament

Der 1. März 1974 ist ein Markstein in Schlierens Geschichte. Mit diesem Datum trat die GO 74 in Kraft. Die neue Gemeindeordnung brachte den Abschied von der Gemeindeversammlung. Ich war der letzte «Gemeinde»-Präsident, – von nun an hiess das Amt Stadtpräsident. Doch jetzt alles der Reihe nach.

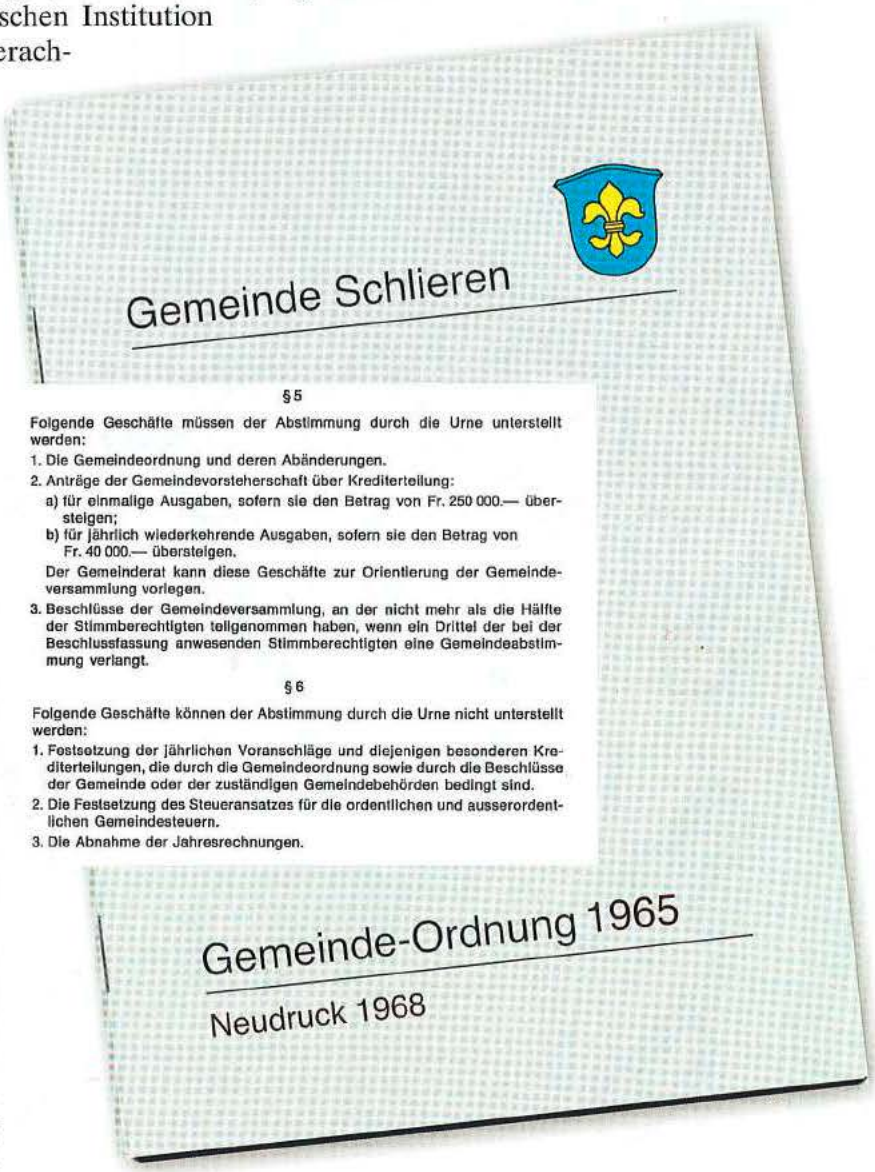
Ich mag mich erinnern an die Gemeindeversammlungen, seit ich stimmberechtigt geworden war, also seit 1947. War nur über Routinegeschäfte zu befinden (Budget, Rechnung, Kostenabrechnungen), so nahmen daran nur 3 bis 5% der Stimmberechtigten teil – also 90 bis 150 Männer (bis 1970). Umstrittene Traktanden vermochten 200 bis 600 Stimmbürger in die reformierte Kirche (bis 1953) zu locken, beziehungsweise 1953 bis 1961 in die Turnhalle Moos, danach in den Salmensaal. Rund 70 bis 80 davon gehörten zu den «Stammgästen». Es waren Schweizer Bürger, welche die Teilnahme an dieser urdemokratischen Institution als ihre staatsbürgerliche Pflicht erachteten.

Noch 1968 schrieb die Gemeindeordnung vor, dass Beschlüsse für einmalige Ausgaben über Fr. 250 000.– und für jährlich wiederkehrende über Fr. 40 000.– dem Urnenentscheid zu unterstellen seien. Damit wollte man verhindern, dass eine Minderheit von wenigen Prozenten der Stimmbürgerschaft über massive Ausgaben allein entscheiden konnte. Das war aber gleichzeitig der erste Schritt zur Abwertung der Gemeindeversammlung. Die finanzielle Tragweite der Beschlüsse war nicht mehr entscheidend, ob man die persönliche Anwesenheit als wichtig erachtete, weil jedermann wusste, dass die Würfel ohnehin erst an der Urne fallen würden. Das war einer Teilnahme an der Gemeindeversammlung nicht gerade förderlich.

Im Oktober 1970 reichte Oskar Bruppacher eine Initiative ein, in der er verlangte, dass alle Geschäfte, die der Urnenabstimmung zu unterbreiten waren, an einer Gemeindeversammlung vorzuberaten seien. Er wollte damit die Gemeindeversammlung wieder interessanter machen. Bruppachers Initiative kam am 14. März 1971 zur Abstimmung.

Auf den gleichen Zeitpunkt beantragte der Gemeinderat, die Finanzkompetenz der Gemeindeversammlung auf 1 Million Franken zu erhöhen. Dies ebenfalls um der Gemeindeversammlung mehr Attraktivität zu verleihen. Beide, Initiative und Antrag des Gemeinderates, wurden mit rund 1500 gegen 1200 Stimmen abgelehnt.

Noch vor diesem Urnengang reichte Karl Weiss eine Einzelinitiative ein, in der er die Einführung des Gemeindeparlaments auf die nächste Legislaturperiode (1974–78) forderte. Dieser Vorstoss fand am 31. Oktober 1971 an der Urne Zustimmung mit 1910 JA gegen 1484 NEIN – bei einer Stimmbeteiligung von 51%. Damit war das Ende der Gemeindeversammlung von Schlieren programmiert.


Gemeinde Schlieren

§5

Folgende Geschäfte müssen der Abstimmung durch die Urne unterstellt werden:

1. Die Gemeindeordnung und deren Abänderungen.
2. Anträge der Gemeindevorsteherschaft über Krediterteilung:
   a) für einmalige Ausgaben, sofern sie den Betrag von Fr. 250 000.— übersteigen;
   b) für jährlich wiederkehrende Ausgaben, sofern sie den Betrag von Fr. 40 000.— übersteigen.

   Der Gemeinderat kann diese Geschäfte zur Orientierung der Gemeindeversammlung vorlegen.
3. Beschlüsse der Gemeindeversammlung, an der nicht mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten teilgenommen haben, wenn ein Drittel der bei der Beschlussfassung anwesenden Stimmberechtigten eine Gemeindeabstimmung verlangt.

§6

Folgende Geschäfte können der Abstimmung durch die Urne nicht unterstellt werden:

1. Festsetzung der jährlichen Voranschläge und diejenigen besonderen Krediterteilungen, die durch die Gemeindeordnung sowie durch die Beschlüsse der Gemeinde oder der zuständigen Gemeindebehörden bedingt sind.
2. Die Festsetzung des Steueransatzes für die ordentlichen und ausserordentlichen Gemeindesteuern.
3. Die Abnahme der Jahresrechnungen.

Gemeinde-Ordnung 1965

Neudruck 1968

Kommission «neue Gemeinde-Ordnung»

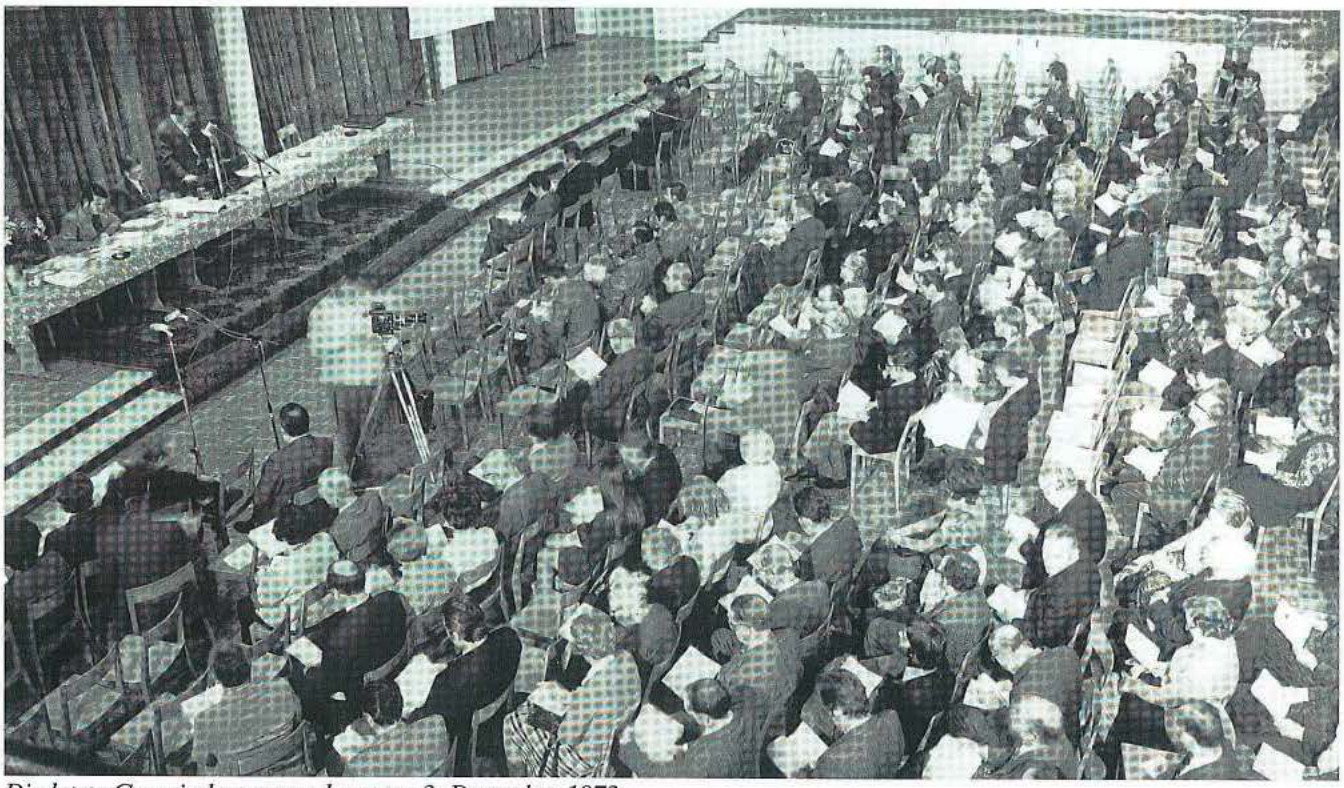
Wenn die neue Gemeinde-Organisation tatsächlich auf den 1. Januar 1974 stehen sollte, war Eile angesagt. In kurzer Zeit wählte der Gemeinderat (die Exekutive) eine neun Mitglieder umfassende Arbeitsgruppe – darunter alle Parteipräsidenten – unter dem Vorsitz des Initianten Karl Weiss. Diese lieferte ausserordentlich speditiv schon Ende April 1972 einen Entwurf ab, welcher allen Interessierten zur Vernehmlassung zugestellt wurde (Termin Ende August). 13 solcher Eingaben wurden eingereicht, von der Kommission geprüft und zum Teil eingebaut. An der Urnenabstimmung nahmen 59% der Stimmberechtigten teil und votierten mit 2406 JA gegen 1369 NEIN für die Einführung des «Grossen Gemeinderates», d.h. der ausserordentlichen Gemeinde-Organisation mit Parlament und Exekutive gemäss kantonaler Verfassung.

Die neue Gemeinde-Ordnung bedeutete auch das Ende der bis dahin recht selbständigen Schulgemeinde. Fortan musste der Schulpräsident Mitglied des Stadtrates sein.

Zusammen mit der neuen Ordnung war auch über die Schaffung zweier Vollämter (Stadtpräsident und Schulpräsident) abzustimmen. Diese beiden Anträge lehnten die Stimmbürger ab, und zwar im Stimmenverhältnis 2180 zu 1520 beim Stadtpräsidenten und 2480 zu 1220 beim Schulpräsidenten.

Mit der Einführung der neuen Gemeinde-Organisation ging man offiziell auch zur Bezeichnung «Stadt» über. Dazu berechtigte die Zahl von über 10 000 Einwohnern, die man bereits 1960 überschritten hatte.

Fortan hiess die Legislative – das Parlament – «Gemeinderat» und die Exekutive «Stadtrat».



Die letzte Gemeindeversammlung am 3. Dezember 1973

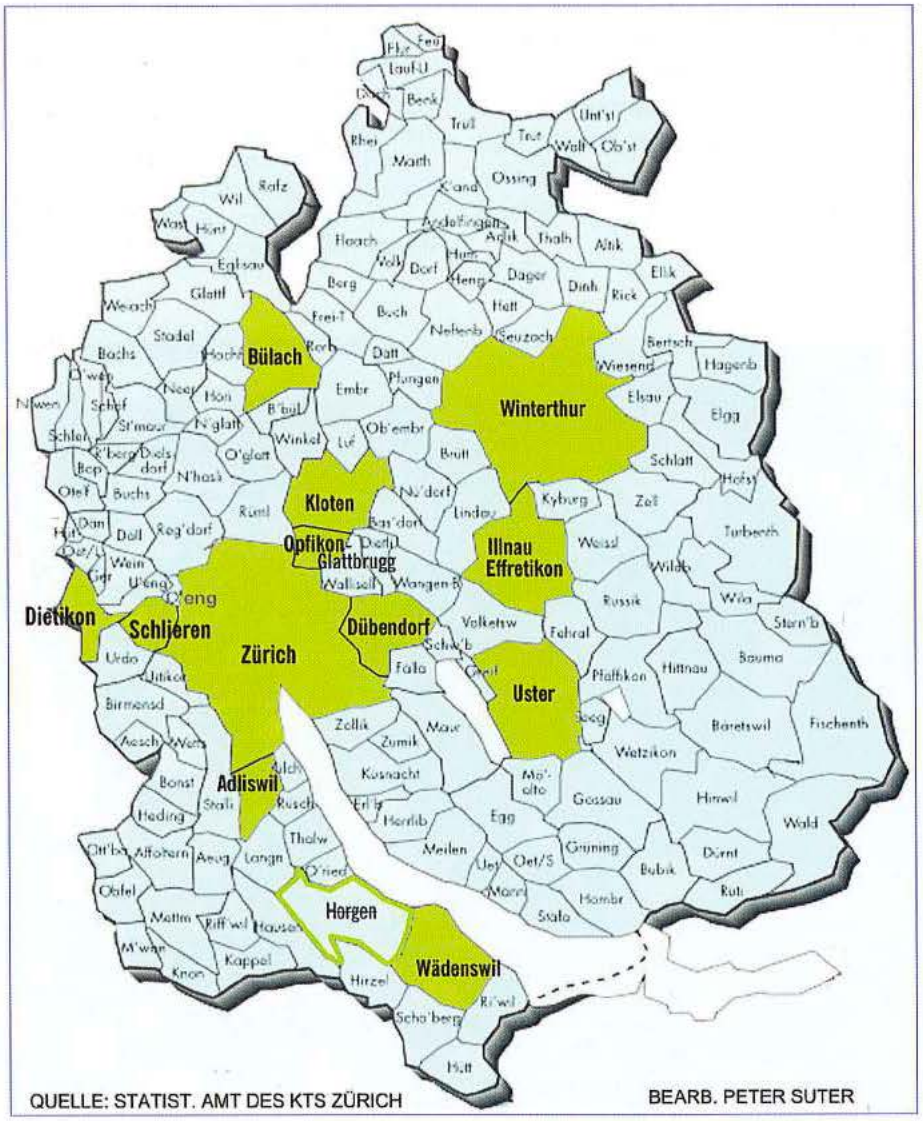
Die letzte Gemeindeversammlung

Zu diesem wirklich historischen Ereignis waren die Stimmbürger auf Montag, 3. Dezember 1973, eingeladen. Einmal mehr standen nur Routinegeschäfte (Budget) zur Debatte. Wer nun aber glaubt, der Aufmarsch zu diesem «letzten Geleit» sei aus Pietätsgründen gegenüber dieser Urform der direkten Demokratie grösser gewesen, täuscht sich. Es kamen auch diesmal nur rund 3% der stimmberechtigten Frauen und Männer. Aber das hinderte die 200 Anwesenden nicht daran, im Hinblick auf die in 2 Monaten anstehenden, ersten Parlamentswahlen mit vielen, aber nicht sehr tiefgründigen Voten kräftig Wahlpropaganda zu machen.

Persönlich habe ich dieses Ende ausserordentlich bedauert. 26 Jahre lang habe ich an den Gemeindeversammlungen teilgenommen, knapp sieben Jahre durfte ich sie auch leiten. Ich habe heute noch grosse Achtung vor jenen vielen Stimmbürgerinnen und -bürgern, die regelmässig daran teilgenommen hatten, auch wenn sie nie das Wort ergriffen. Überholt ist diese Institution auch heute – nach mehr als 30 Jahren – nicht.[1] Mit Schlieren zusammen haben 7 weitere Zürcher Gemeinden den gleichen Wechsel vollzogen. Obwohl im Moment weit über 20 Gemeinden in unserem Kanton mehr als 10 000 Einwohner haben, ist die Zahl der Gemeindeparlamente seit 1974 nicht mehr angestiegen. Horgen hatte es schon vorher wieder abgeschafft.

Ich kann und will das Rad der Zeit nicht zurückdrehen. Ich will mit diesen Bemerkungen nur zeigen, dass auch das historisch gewachsene System weitherum noch funktioniert.

[1] Einzig in der Stadt Zürich hat seit der Brun'schen Verfassung von 1336 eine Art Parlamentarismus Tradition: Jeder Handwerker oder Händler musste – um seinen Beruf überhaupt ausüben zu dürfen – Mitglied einer der 13 Zünfte (Berufsgenossenschaften) sein. In denen konnte er seine politische Meinung zur Geltung bringen und Anträge stellen, die dann durch die Zunftmeister im «Grossen Rat» vertreten wurden. (Hintersassen, also Nichtbürger, Zugewanderte, hatten keine politischen Rechte.) Ehemalige Adlige, alteingesessene Zürcher Geschlechter, Grosskaufleute und Gelehrte gehörten der Gesellschaft «zur Konstaffel» an. Sie entsandte ebenfalls 13 Vertreter in den Grossen Rat. Den Stichentscheid gab nötigenfalls der Bürgermeister.



Die 12 Gemeinden im Kt. Zürich, die im Jahre 2007 ein Gemeindeparlament hatten

Vorteile und Nachteile

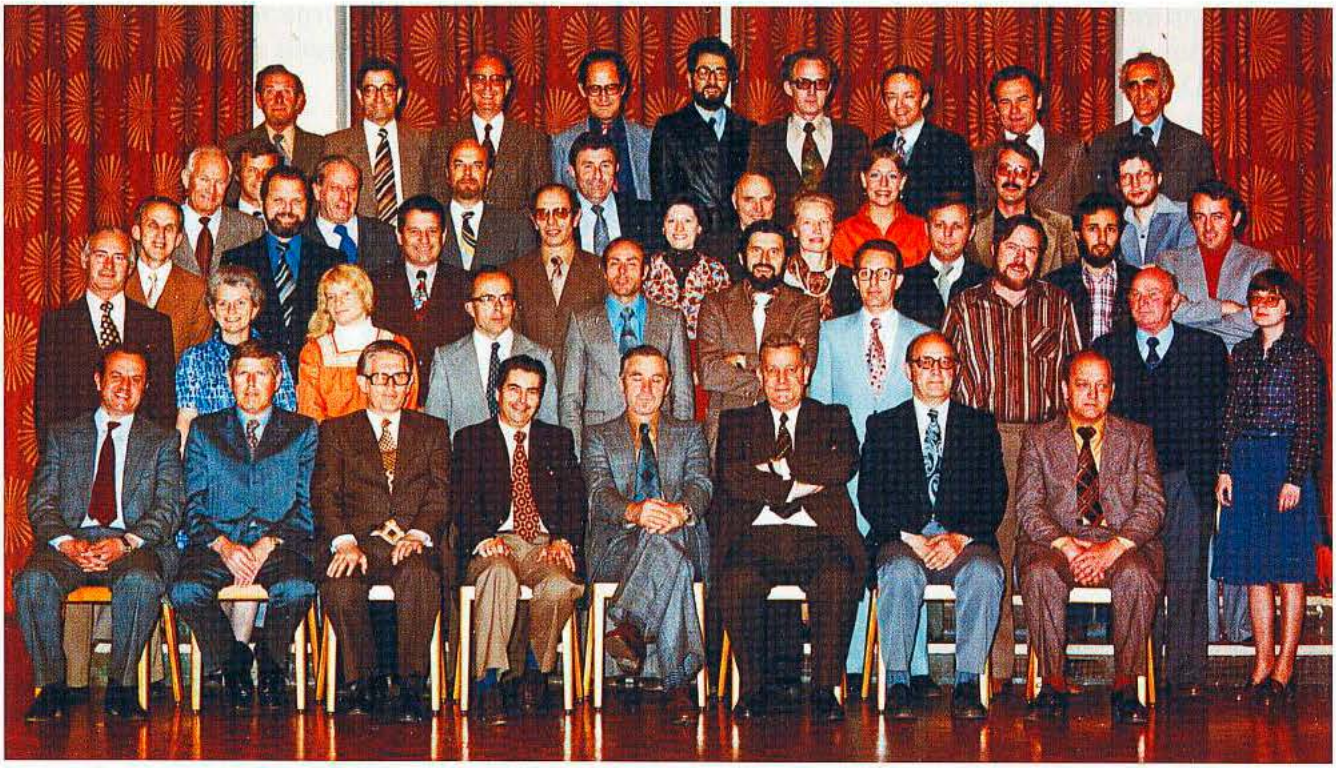
Als einer, der den Übergang von der Gemeindeversammlung zum Gemeindeparlament hautnah miterlebt hat, erlaube ich mir, meine persönlichen Erkenntnisse aus dieser von einer klaren Mehrheit gewünschten neuen Ordnung zu ziehen.

Zuerst die Vorteile – im Sinne der Mehrheit:
Die Prüfung der stadträtlichen Anträge durch die vorberatenden Kommissionen ist eindeutig gründlicher als vorher. Das zwingt die Exekutive zu einer umfassenden und fundierten Begründung. Dasselbe gilt für Budget und Rechnung.

Als Nachteil empfinde ich nach wie vor den Verlust an unmittelbarer Demokratie. Die Sitzungen des Parlaments – ich werde es von hier an «Gemeinderat» nennen – sind zwar öffentlich. Aber die Zahl jener, die sich über die konkrete Politik orientieren wollen, erreicht längst nicht mehr 3–5% wie an den Gemeindeversammlungen. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung – es dürfen ja auch Nicht-Stimmberechtigte zu Gast sein – bewegen sich die jeweils 10 bis höchstens 30 Zuhörer im untersten Promille-Bereich.

Die Behörden – Stadtrat wie Gemeinderat – haben sich immer weiter von den Einwohnern entfernt. Trotzdem attestiere ich dem Gemeinderat, dass er seine Aufgabe in den vergangenen 32 Jahren seines Bestehens gut erfüllt hat.

54% der Stimmberechtigten wählten am 3. Februar 1974 das erste Schlieremer Parlament und den ersten Stadtrat.
Sitzverteilung im Parlament:
SP: 11, FDP: 6, SVP: 6, CVP: 5, LdU (Landesring der Unabhängigen): 4, QV (Quartierverein Mülligen): 2, EVP: 2.
Sitzverteilung im Stadtrat: SP: 3, FDP: 2, SVP: 2, CVP: 1, EVP: 1.



In den Gründungsaktivitäten des ersten Gemeindeparlaments ging 1974 das «Gruppenbild» von Stadt- und Gemeinderäten vergessen. Zur Tradition wurde es erst von der zweiten Legislaturperiode an.
Das hier ist also die erste Foto eines Schlieremer Parlaments – aber eben des zweiten von 1978.

Von links nach rechts:

*Vorderste Reihe: Die Stadträte E. Brem (SP), K. Frey (SVP), R. Binz (CVP), F. Diggelmann (FDP), H. Meier (SVP) (Präsident), J. Stappung (SP), F. Arnet (FDP), A. Altherr (SP) **

2. Reihe: H. Herzig (FDP), E. von Aesch (FDP), H. Fausch (EVP), H. Trindler (EVP), D. Meier (SVP), J. Bauknecht (CVP), B. Rüegg (CVP), P. Suter (SVP), H. Meier-Bader (SP), B. Bürgin (SP)

3. Reihe: P. Furrer (LdU), K. Weiss (FDP), A. Ferrari (CVP), R. Jecklin (SP), H. Häuptli (SP), M. Brandenberger (SP), A. Wernli (QV), W. Bolliger (SP), Th. Leutenegger (SP), R. Neuhaus (SP)

4. Reihe: O. Scherer (FDP), Max Spörri (LdU), G. Baumgartner (CVP), P. Briner (FDP), F. Müller (SVP), C. Brandstätter (SP), A. Fischer (SP), St. Dreier (Ratssekretär)

hinterste Reihe: E. Bolliger (SVP), Ernst Hug (SVP), Pfr. K. Scheitlin (FDP), T. Laim (CVP), A. Naumann (QV), R. Schwager (LdU), U. Troxler (QV), K. Fehl (SP), M. Baumann (Ratsweibel)

** Stadtrat P. Gysling (EVP) war krankheitsbedingt abwesend.*

Endlich ein eigenes Stadthaus!

Ein rundes Jahrhundert hat es gedauert, bis Schlieren zu einem eigenen Verwaltungsgebäude kam. Zwar war im 19. Jh. einmal ein Büro für den Gemeindeschreiber eingerichtet worden – nämlich im Obergeschoss des 1845 erbauten und 1970 abgerissenen Schulhauses Badenerstrasse. Doch der Hauptteil der Verwaltungsarbeit wurde in den Wohnungen der Gemeinderäte (Exekutive) und des einzigen Funktionärs – eben des Schreibers – erledigt. Ca. 1908 baute die Wagonsfabrik das Doppelhaus Zürcherstrasse 9/11 mit zwei Büros für die Gemeinde. 90% des Hauses waren Wohnungen für die Kaderangestellten der «Wagi». Im Laufe der folgenden 50 Jahre mietete die Gemeinde in diesem Haus die ganzen zwei untersten Stockwerke und danach in weiteren privaten Bauten Verwaltungsräume dazu. Schliesslich war die Gemeindeverwaltung in sechs Liegenschaften eingemietet und in einem Provisorium der Schule untergebracht.

In der auf S. 4 in diesem Jahrheft erwähnten «Planung Dorfzentrum West», also im alten Dorfkern zwischen Kirche und Uitikonerstrasse, war zwar ein Gemeindehaus von Anfang an vorgesehen. Dieser Wunsch-Standort wurde auch beibehalten, und 1972 besass die Gemeinde dort bereits 5200 m² Bodenfläche. Im Finanzplan 1972 bis 1976 stand das Gemeindehaus an dritter Stelle der als dringlich erachteten Hochbauten, von denen zwei schon im Bau waren: Das Altersheim «Sandbühl» und das Mehrzweckgebäude «Büelhof». Die Prioritäten waren also gesetzt. Bis aber ein Gemeindehaus beschlossen und am vorgesehenen Standort gebaut und bezugsbereit sein konnte, würden wohl noch fünf bis acht Jahre vergehen. Deshalb schloss der Gemeinderat mit dem Besitzer des «Lilie»-Zentrums einen Mietvertrag über 1200 m² Büroräumlichkeiten ab und unterbreitete dieses Vorhaben der Urnenabstimmung vom 4. März 1973. Es wurde mit 2039 NEIN gegen 561 JA (Stimmbeteiligung 42%) massiver als erwartet verworfen. Schon drei Wochen später bewilligte die Gemeindeversammlung einen Projektierungskredit für ein Gemeindehaus an der Freiestrasse (am jetzigen Standort). Um das Funktionieren der Gemeindeverwaltung einigermassen sicherstellen zu können, legte der Gemeinderat am 20. Mai einen neuen Mietvertrag über nur noch 520 m² Bürofläche im «Lilien»-Zentrum vor (Jahresmiete Fr. 105 000); aber selbst diese Mini-Lösung wurde massiv abgelehnt. Noch im selben Jahr mietete der Gemeinderat in eigener Kompetenz Räume in zwei Liegenschaften, um die schlimmste Raumnot der Verwaltung zu mindern.

Gleichzeitig lief ein Projektwettbewerb unter zehn Architekten für ein Gemeindehaus. Jetzt sollte es nicht mehr für eine Einwohnerzahl von 25 000 [1], sondern nur noch von 20 000 vorgesehen sein. Das Projekt des Zürcher Architekten Langenegger gefiel am besten.

Die 9-köpfige Exekutive hiess jetzt Stadtrat. Und dieser unterbreitete im November 1974 der Legislative, den 36 Gemeinderäten, einen Projektierungskredit von Fr. 391 000. Der Stadtrat bezeichnete den Bau eines Gemeindehauses als Vorhaben höchster Priorität

Der Gemeinderat stimmte zwar diesem Projektierungskredit mit 12:8 Stimmen zu. Doch 12 Gemeinderäte erwirkten eine Urnenabstimmung (dank der neuen Gemeindeordnung). Alle Hinweise darauf, wie umständlich und unrationell eine Verwaltung an sieben verschiedenen Standorten sei, nützten nichts: An der Urne lehnten die Schlieremer den Projektierungskredit mit 1737 gegen 1373 Stimmen ab.

Die Krise im Baugewerbe hilft

Zu dieser Zeit herrschte im schweizerischen Baugewerbe schon über zwei Jahre eine schlechte, ja katastrophale Auftragslage. So schlecht, dass der Bund öffentliche Bauten, welche vorgezogen und innert einer Frist von 2 Jahren neu erstellt wurden, mit einem Beitrag von 10% subventionierte. Das veranlasste die Fraktionschefs Fritz Miller von der SVP und Heini Bloch von der SP im Februar 1976 kurz hintereinander je eine ähnliche Motion einzureichen, die den Stadtrat beauftragte, diesen recht massiven, staatlichen Beitrag in Anspruch zu nehmen und so gleichzeitig endlich zu einem Stadthaus zu kommen. Am 22. März 1976 gab der Gemeinderat mit der Überweisung beider Motionen dem Stadtrat endlich den Weg zur Projektierung frei. Die Exekutive reagierte rasch. Sie reduzierte die mutmassliche Zahl der zu betreuenden Einwohner auf 15 000 und gab dem Architekten des erstrangierten Projekts den Auftrag, innert zweier Monate ein solch reduziertes Projekt im Massstab 1:200 abzuliefern. So konnte es bereits im Januar 1977 vorgestellt werden. Es sollte Baukosten von «nur» 4,5 Mio. Franken verursachen, von denen 10% als Bundessubvention in Aussicht standen.

[1] Die Studie Kneschaurek hatte Schlieren sogar 45 000 Einwohner prognostiziert.

Übrigens: Bis 1976 wurde das Gebäude nie *Stadthaus* genannt, sondern nur *Gemeindehaus* oder *Verwaltungsgebäude* – auch in der Zeitung.

Im vierten Anlauf gelingt's

Am 4. April 1977 stand der vierte Urnenentscheid innert 5 Jahren über einen weiteren Mietvertrag oder ein eigenes Verwaltungsgebäude an. Eine zahlenmässig kleine Gegnerschaft – es waren 4 der 36 Gemeinderäte – focht gegen den Kredit, mit Argumenten, die an den Haaren herbeigezogen waren. Diesmal gelang es aber den Befürwortern mit 1662 gegen 1210 Stimmen, die Neinwelle zu stoppen. 10 Tage später hatte der Abstimmungskampf ein Nachspiel an der Gemeinderatssitzung. Der engagierteste Gegner eines Stadthauses, Robert Schwager, war turnusgemäss als zweiter Vizepräsident vorgeschlagen. Aber die Parlamentarier fanden, er habe bei der Abstimmung über das Stadthaus zu weit im Offside gestanden, und wählten im dritten Wahlgang einen andern.

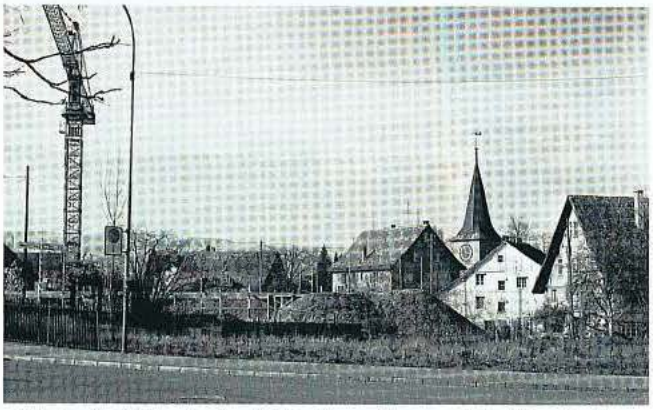
Schon am 18. September wurde der erste Spatenstich getan. In Rekordzeit war der Rohbau vollendet, und am 18. Mai 1978 feierte man Aufrichte. Weil der Zeitplan so wichtig war, hatten Bauleitung und Stadtrat den Zeitpunkt der Rohbaufertigstellung schon im Herbst zuvor auf den 5. Mai festgelegt. Für jeden Tag Vorsprung auf diesen Termin standen dem Unternehmer Fr. 250 in Aussicht; für jeden Tag Verspätung hätte er denselben Betrag an die Gemeinde zahlen müssen. Bausekretär Hans Schläpfer erwähnte lachend, dass Schlieren noch nie so gern Fr. 2000 bezahlt habe.

Bei wichtigen öffentlichen Gebäuden gehört traditionell eine Grundsteinlegungs-Zeremonie zu den ersten Maurerarbeiten. Damit der Grundstein des Stadthauses nicht im zweiten Untergeschoss ein vergessenes Dasein friste, verlegte man diesen Akt auf den Zeitpunkt der Aufrichte und mauerte den Grundstein in Form einer Kupferkassette neben dem Haupteingang ein.

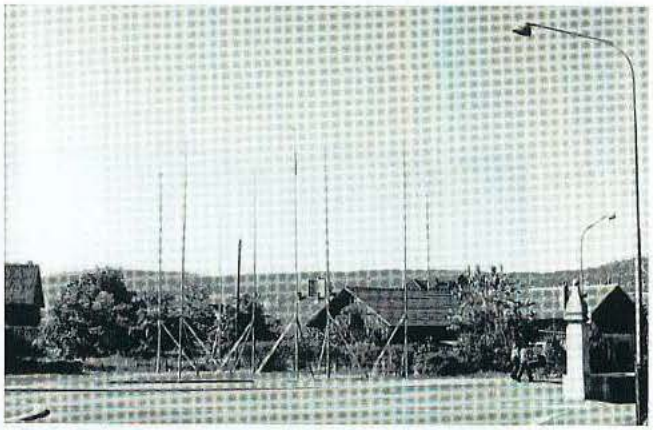
Einen Wermuts-Tropfen musste die Nachbarschaft der Baustelle Stadthaus schlucken: Der Kran störte den Fernsehempfang empfindlich. Abhilfe war nicht möglich. Immerhin beschleunigte diese Tatsache die raschere Einführung des Kabelfernsehnetzes in unserer Stadt.

Publikums-Kommentare zum Bau des Stadthauses

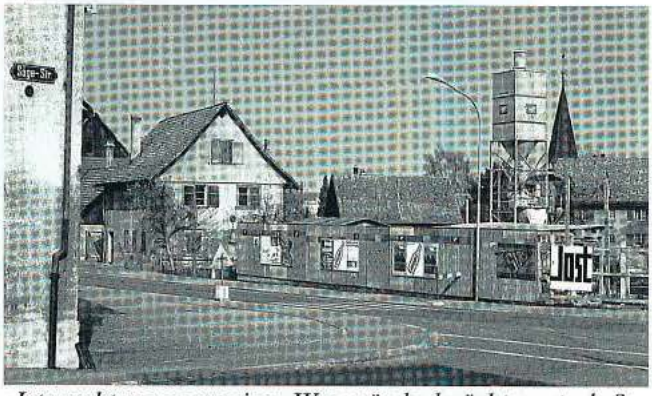
«Warum müends d Arch abrüsse, s schönscht alt Puurehuus in Schliere? Es hett na mäng andere Platz für es Stadthuus.»



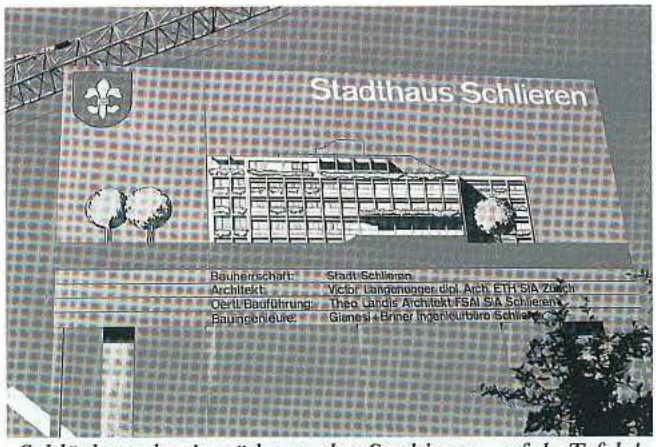
«Jetz isch d Gmeindsschüür äna wägg und de Sännhof. Die rissed ja de halb Dorfchärn ab!»



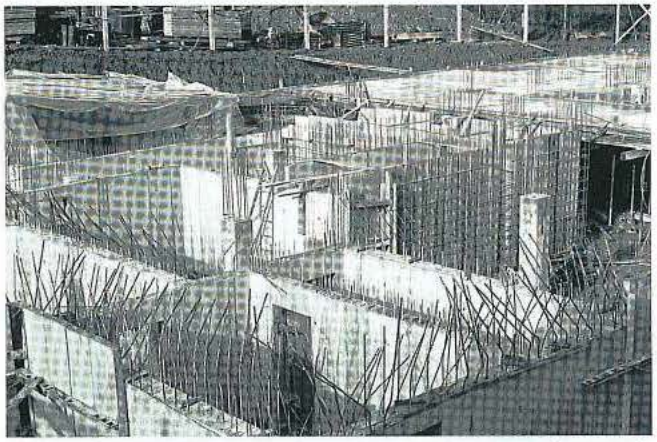
«Da gaht ja gar nüt – nu Stange häts.»



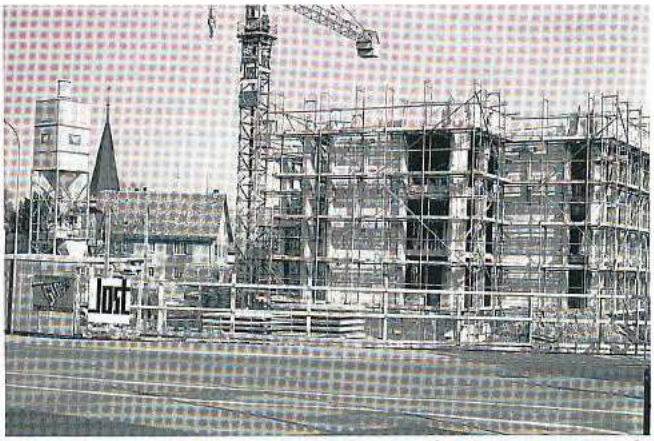
«Jetz gseht me na weniger. Was mönds da ächt verstecke?»



«Schlächt gsehts ja nöd uus, das Stadthuus – uf de Tafele!» «Chabis! Das isch doch en schreckliche Betonchlotz.»



«Jetz lueg emal die Chällermuure! We binere Bank! Wänds da une eusi Stüürbatze iilagere? Oder isch das de Luftschutzbunker für eusi Stadträt?» «Däm seit me s Gäld verloche!»



«Jetz sinds nach nume föif Mönet scho im vierte Stock. Hoffetli isch das guet pout und hebed!»

Bezug und Einweihung

Termingerecht war das Stadthaus Ende 1978 fertig. Also zahlte der Bund die 2 Jahre zuvor in Aussicht gestellte, runde halbe Million Investitionsbonus. Auch der Baukredit von 6 Mio. Franken (inkl. Bauland) konnte problemlos eingehalten werden. Die gewaltige Arbeit der «Züglete» sämtlicher Verwaltungsabteilungen im Januar 1979 nahmen die 65 Angestellten gerne auf sich.

«Was lange währt, wird endlich gut», galt für das Stadthaus in besonderem Mass und war ein Fest wert. Grund zum Feiern hätte Schlieren eigentlich schon am 1. Juni 1978 gehabt: Auf diesen Tag – allerdings 1150 Jahre zuvor – ist nämlich die Schenkungsurkunde eines gewissen Nandheri datiert, in welcher der Name «Sleiron» für unsere Stadt erstmals schriftlich erwähnt ist. Nun feierte man halt am dritten «Schlierefäscht 1979» zusammen mit der Stadthaus-Einweihung «1151 Jahre Schlieren» .

Das Stadthaus von Westen mit dem «Lätsch» von Jos. Staub, Dietikon, wie es sich heute präsentiert; 1992/93 wurde es nämlich um vier Fensterelemente nach Norden (im Bild nach links) erweitert.

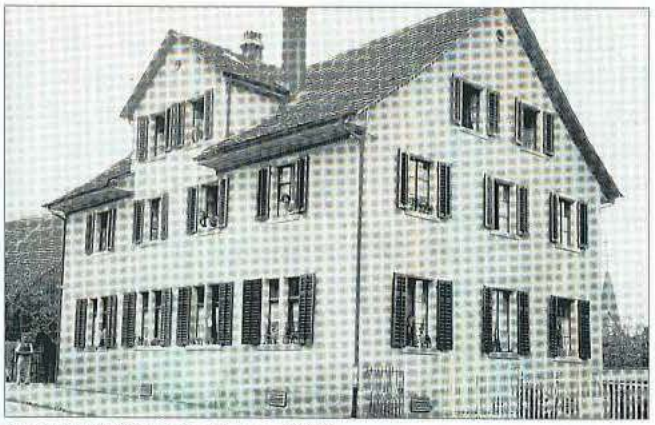
Die alten Häuser ums Stadthaus

In dem von Brunn- und Kirchgasse, Freie- und Uitikonerstrasse begrenzten Gebiet standen nach 1970 noch 10 alte Häuser, davon 7 in Privatbesitz. 4 davon galten nie ernsthaft als erhaltungswürdig.

Uitikonerstr. 4 («Mänschefabrik») um 1950

Brunngasse 7/9 («Schwanen») 1998

Brunngasse 6 (Haus Acklin) um 1950



Freiestr. 4 (Sennhof) um 1920

Das Haus Acklin fand zwar einzelne Befürworter, aber ernsthaft glaubte niemand an dessen Erhaltungswürdigkeit.

Hohe Wellen dagegen warf 1971 die Absicht des Gemeinderats, die «Arch» zu kaufen. Und zwar, weil die Exekutive in ihrem Antrag an die Gemeindeversammlung die Absicht kund tat, das Haus abzubrechen und den Platz allenfalls als Standort eines Gemeindehauses zu verwenden.

Die «Arch» von SO um 1920

Die «Arch» von SW um 1970

Dem widersetzte sich der Präsident der Vereinigung für Heimatkunde Schlieren: Das Haus sei gemäss Bericht des kantonalen Denkmalpflegers das baugeschichtlich interessanteste und wertvollste Objekt im alten Dorfteil. Das Haus mit seiner seltenen Dachkonstruktion stamme aus der Mitte des 16 Jhs. und sei somit älter als die Zehntenscheune. Der Gemeinderat machte angesichts des schlechten Zustandes der «Arch» grosse Sanierungskosten geltend. Diese liessen sich nur bei anschliessender, sinnvoller öffentlicher Nutzung rechtfertigen, die aber nicht gegeben sei. Die Gemeindeversammlung beschloss trotz dem flammenden Aufruf von Fritz Lebert den Kauf und damit den Abbruch mit grossem Mehr.

Das «Freizythüsli»

Das erste «Schlierefäscht» von 1969 war ganz auf den bevorstehenden Bau des Alterswohnheims Sandbühl ausgerichtet. Der gesamte Reingewinn von Fr. 200 000 wurde in einem Fonds für betagte Einwohner angelegt. Der Ertrag des «Schlierefäscht 1976» sollte den Vereinen zugute kommen. Weil diese laufend über den Mangel an Vereinslokalen klagten, wurde der ganze Gewinn von Fr. 70 000 für die Renovation des «Freizythüslis», Kirchgasse 6, verwendet. Im Untergeschoss dieses Hauses war einst die wohl erste Kleintiermetzgerei in Schlieren betrieben worden. Jetzt stehen 5 relativ kleine Räume den Vereinen zur Verfügung.

Das «alte» Pfarrhaus

Die Erhaltung dieses Hauses an der Kirchgasse 4 gegenüber der Kirche stand eigentlich nie in Frage. Einzig im Rahmen des auf Seite 4 beschriebenen Architekten-Wettbewerbes für den alten Dorfkern war es zum Abbruch frei gegeben worden.

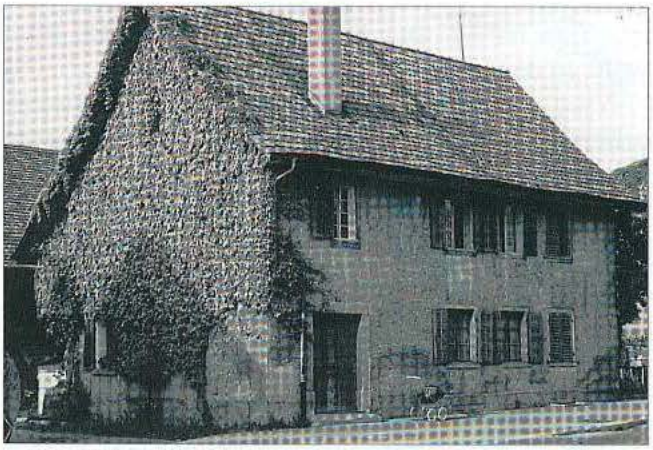
Als es 1737/38 erbaut wurde, war es das «neue» Pfarrhaus. Es ersetzte einen einfachen Holzbau aus dem Jahre 1498, den die Gemeinde noch auf eigene Kosten hatte erstellen müssen. Er war darum von derselben einfachen Art wie die Bauernhäuser ringsum. Es gab weder fliessendes Wasser, noch sanitäre Einrichtungen, noch eine Heizung. Erst 1692 baute man nebenan ein separates «Bad- und Wöschhüsli». (Das heute bestehende stammt aus den 90er-Jahren des 18. Jhs.) Immer wieder klagten die Pfarrer über den schlechten, ja lebensgefährlichen baulichen Zustand. Dringende Reparaturen verschlangen immer wieder grosse Summen, so dass sich die Verwaltung des «Spittels» in Zürich – die zum Unterhalt verpflichtet war – entschloss, einen Neubau zu erstellen. Und das Spital liess ihn sich etwas kosten! Auf Qualität bedacht, errichtete man ihn vollständig aus Stein; damals noch ein aussergewöhnliches Baumaterial. Fünf Stockwerke fanden Platz unter dem steil aufragenden Dach – mit Ziegeln!

Ein solch urbanes Gebäude im Übergangsstil von der späten Gotik zum frühen Barock war für ein kleines Bauerndorf mit etwa 380 Einwohnern einmalig und dürfte gegenüber dem damaligen bescheidenen Kirchlein und mitten in den strohgedeckten Bauernhäusern fast als Fremdkörper gewirkt haben. Leider erwies sich der Baugrund für den massigen Bau als zu unstabil und musste nachträglich gefestigt werden. Seit der Renovation von 1981 ist das Haus eine Zierde des Kirchplatzes.

Als man 1937 im Zuge des Ausbaus der reformierten Kirche auch ein weiteres Pfarrhaus erstellte, wurde aus dem Haus Kirchgasse 4 das «Alte Pfarrhaus» oder auch das «Sigristenhaus», weil mehrere Jahrzehnte lang jeweils die Sigristen darin wohnten. Heute vermietet die Kirchgemeinde drei Wohnungen im Haus.

Das «Alte Schulhaus»

...von SO – um 1910



...von SW – um 1960

...von NO – kurz vor der Renovation von 1979

...von NW – kurz vor der Renovation von 1979

Das Haus Freiestrasse 10 wurde 1732 als erstes Schulhaus von der Gemeinde errichtet und ist somit 6 Jahre älter als das «Alte Pfarrhaus». Im Erdgeschoss lag das Schulzimmer, 3 m tief unterkellert, im ersten Obergeschoss die Lehrerwohnung. Der Dachstock mit dem von innen sichtbaren Gebälk war nie zum Wohnen eingerichtet. 1845, nach dem Bau des zweiten Schulhauses an der Badenerstrasse, kaufte eine Familie Meyer das Gebäude, unterteilte das Schulzimmer mit Zwischenwänden und richtete so eine zweite Wohnung ein. 1964 ging das «Alte Schuelhüsli» in den Besitz von Fritz Jost über.

Trotz der Renovation und Umnutzung des Freizeithauses herrschte nach wie vor grosser Mangel an Räumlichkeiten für Vereinssitzungen, Kurse und private Zusammenkünfte. Im Stadtrat waren wir uns bald klar, dass im Alten Schulhaus weitere 4–5 Räume für solche Zwecke geschaffen werden könnten. Nachdem es durch einen Landabtausch an die Stadt übergegangen war, gaben wir Pit Wyss, dem zürcherischen Heimatschutzbeauftragten und renommierten Architekten, den Auftrag, die Bausubstanz des Hauses zu untersuchen und wenn möglich ein Umbauprojekt für öffentliche Nutzung zu erstellen. P. Wyss kam zur Ansicht, das ehemalige Schulhaus sei trotz seiner 250 Jahre sehr wohl erhaltungswürdig. Damit es aber den vorgesehenen Zweck erfüllen könne, seien einige grundlegende Änderungen nötig. Er schlug vor, den Boden des Schulzimmers um 30 cm abzusenken, um in diesem attraktivsten Raum für bis zu 40 Personen genügend Luftraum zu gewinnen. Der entsprechend niedrigere Keller werde deshalb auch schneller erwärmt. Die Zwischenwände im ersten Obergeschoss mussten bestehen bleiben, weil sie seinerzeit beim Bau als Tragkonstruktion für Böden und Decken erstellt worden waren. Das Dachgeschoss sollte unter Beibehaltung des offenen Gebälks und mit einer guten Isolation zu einem weiteren, grossen, attraktiven Versammlungsraum ausgebaut werden. Das Projekt erfuhr im Gemeinderat breite Zustimmung. Dagegen waren nur ein paar heimatkundliche Fundamentalisten. Sie lehnten die Absenkung des Schulzimmerbodens, die Nutzung des Dachstocks und die Verlegung des Hauseingangs (aus Sicherheitsgründen) auf die nördliche, also die Rückseite des Hauses, ab, wenn man das Haus als Zeitzeugen der Nachwelt erhalten wolle. Ich bin heute noch froh, und im Grunde

genommen den Gegnern dankbar, dass sie nicht das Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss ergriffen haben. Der Kredit von Fr. 400 000 wäre wohl an der Urne gefährdet gewesen.

Nach wenigen Monaten waren die Renovationsarbeiten in vollem Gange. Unter dem weggespitzten Verputz kam das alte Fachwerk zum Vorschein. Ein Teil davon war allerdings vom Holzwurm befallen. Kommentar vieler Passanten auf dem Trottoir vor dem «Alten Schulhaus»: *«Da sieht man wieder, was sie mit unseren Steuergeldern machen: verwurmte Balken erhalten. Hätte man uns gefragt, hätten wir NEIN gestimmt.»*

Im Laufe der Renovation kamen im Bauamt Bedenken auf, der Kredit von Fr. 445 000 könnte nicht ausreichen. Man trat mit der Frage an die Behörden heran, ob nicht die Stadt- und Gemeinderäte als Spender der Stabellen (je Fr. 300) für die Möblierung des Dachstocks auftreten könnten. Dafür würde ihr Name in die Rücklehne «ihres» Stuhles geschnitzt. In kürzester Zeit kam allein aus dem Kreis der Gemeinderäte eine genügende Zahl von Stühlen zusammen. Kurz entschlossen erklärten sich die neun Stadträte bereit, drei Tische aus ihrer Tasche zu berappen. So kostete die gesamte Möblierung des Dachstocks die Stadtkasse nichts.

1075 Mal wurden die fünf Räume im Jahr 1981 belegt, als sie erstmals zur Verfügung standen!

Das «Alte Schuelhüsli» von SO...

...und von SW – nach der Renovation von 1979

Das «Stürmeierhuus»

In dieser Angelegenheit muss ich etwas weiter ausholen.

Seit den 50er-Jahren plante die Reformierte Kirchgemeinde den Bau eines Kirchgemeindehauses in der Nähe ihrer Kirche. Mit zwei Bazaren 1952 und 1954 wurden zusammen Fr. 53000 eingespielt. Der damit gegründete Fonds wurde in den folgenden Jahren aus Rechnungsüberschüssen immer weiter geäufnet und wuchs innert 20 Jahren auf rund 1,5 Mio. Franken an.

Nach dem Bau ihrer neuen Kirche entstand in den 60er-Jahren auch bei den Katholiken der Wunsch nach einem Pfarrei-Zentrum.

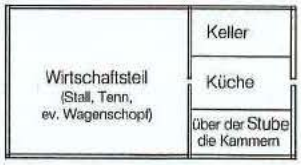
Das war für verschiedene Frauen und Männer beider Religionen ein Signal: Ein gemeinsames kulturelles Zentrum für unsere Gemeinde hielten sie für die bessere Lösung als zwei getrennte, religiös geprägte Versammlungshäuser. 10 Katholiken und Protestanten fuhren für einige Tage ins burgundische Taizé, wo der bekannte Abbé Roger Schutz in einem alten Kloster ein ökumenisches Begegnungszentrum aufgebaut hat. Sinn der Reise war, auch in Schlieren engere Bande zwischen Mitgliedern unserer beiden Landeskirchen zu knüpfen. Die Gruppe kam zurück mit der Überzeugung, dass eine solche ökumenisch-kulturelle Begegnungsstätte für unsere Gemeinde ein erstrebenswertes Ziel sein müsste.

1970 gab vor allem dieser Kreis den Anstoss zur Bildung einer paritätischen Studiengruppe aus beiden Landeskirchen und der Politischen Gemeinde. 1972 trat sie mit einem Bericht zu einem offenen Gemeinschaftszentrum an die Öffentlichkeit. Als idealen Standort sah sie den südlichen Teil des Stadtparks an.

Danach geschah längere Zeit nichts Entscheidendes, nämlich bis 1977, als drei Mitglieder der früheren Studiengruppe sich zur «Initiativgruppe pro Stürmeierhuus» zusammenschlossen und sie auf sechs Personen erweiterten. Sie taten das aus der Erkenntnis heraus, dass es sich lohnte, die grosse Baukubatur und die gut proportionierten Umrisse des «Stürmeierhuus» für ein Gemeinschaftszentrum zu nutzen. Architekt Pujol, Mitglied der Sechsergruppe, erfasste den aktuellen Zustand des Gebäudes in genauen Plänen und zeigte auf, welche gesellschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse darin gedeckt werden könnten.

Ich gehe jetzt kurz auf die interessante Geschichte des Hauses und seiner Bewohner ein, zu welcher der Umbau wesentliche neue Erkenntnisse beigetragen hat. Ich stütze mich dabei auf die Artikel von Dr. Ursula Fortuna und Philipp Meier in der Dokumentation zur Eröffnung am 31. Mai 1986.

Die während des Umbaus vorgenommene Altersbestimmung durch Jahrringvergleiche, die sog. dendrochronologische Untersuchung, ergab für die Eichenholzbalken Herbst/Winter 1531 als Fällzeit. Das Haus dürfte also 1532 erbaut worden sein, zumindest die bis heute erhaltene östliche Hälfte. Sie wies, wie die meisten grösseren Bauernhäuser unserer Region, die typische dreiraum-tiefe Einteilung auf.



Bautechnische Spuren an der westlichen Trennwand lassen nur vermuten, dass gleichzeitig auch westlich davon ein Gebäude entstand, vielleicht ein Speicher, eine Trotte oder sogar ein Wohnteil, von dem aber nichts erhalten blieb. Es hätte sich dann also schon damals um ein Doppelwohnhaus gehandelt. Im 16. Jh. wurden nämlich viele mittelalterliche Höfe durch neue, grössere Häuser ersetzt.

1464 ist schriftlich in einem Urbar belegt, dass schon zuvor das «Gut» (Bezeichnung für zusammengehörige Grundstücke ohne eine Hofstatt) in Schlieren dem Nonnenkloster Selnau gehörte und verschiedenen Familien gegen einen genau festgehaltenen Pachtzins verliehen worden war. In einem Vertrag von 1532 mit einem neuen Lehensmann namens Goeldly[1] war plötzlich von einem «Hof» die Rede, was auf einen Hausbau hinweist. Ob zuvor schon ein Haus bestand, ist nicht mehr festzustellen.

Im Laufe der Jahrhunderte erlitt das ursprüngliche «Stürmeierhuus» mehrere grundlegende Umbauten:

Ende 17. Jh. wurde der westliche Hausteil in Fachwerk-Bauweise ersetzt oder erst erstellt. Damit erhielt das «Stürmeierhuus» seine jetzige Länge.

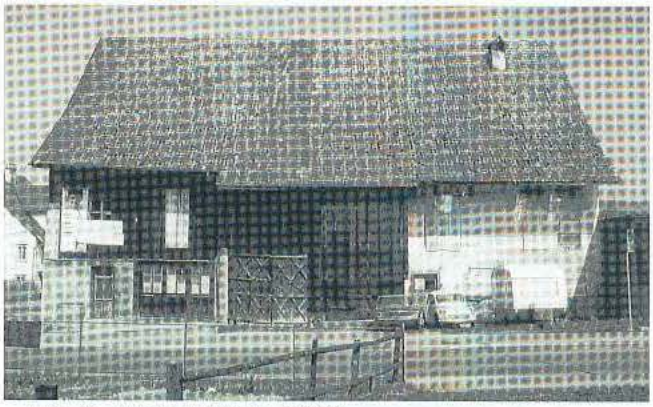
Im 18. Jh. – vielleicht auch schon 1670 – trug man das Dach ab, erhöhte den Bau um 1,2 m und erhielt durch eine neue Dachkonstruktion ein zweites Obergeschoss. Im Westteil baute man zwei nordgerichtete Stuben und in der Hausmitte eine Küche ein. Spätestens bei diesem Umbau mauerte man an der Westfassade eine Bruchsteinmauer bis unter den Giebel. Und auch vor die Ostfassade stellte man kurzerhand eine Mauer.

Im 19. Jh. verbreiterte man den östlichen Hausteil. Die neue Fassade wurde in Fachwerktechnik erstellt, die Bohlen-Trennwände im Innern blieben.

Neben diesen Umbauten erlebte das Haus laufend weitere kleinere Veränderungen. So baute man einen Keller im Nordwesten und die überkragenden Anbauten über dem Stall («Heu- oder Güselchratte»). Schliesslich ersetzte man die Bohlen- und Riegelwände der Nordseite durch Mauerwerk und verputzte jene der Südfassade.

[1] Wahrscheinlich war er auch «Meier» des Klosters, d. h. Verwalter und Steuereintreiber, worauf der Hausname hinweist.

...von SO – noch bewohnt, ca. 1952



...von S – vernagelt (um 1970)

...von O – zum Abbruch freigegeben (1978)

Bis anfangs des 17. Jh. wohnte im «Stürmeierhuus» stets nur eine Familie, die Lehensnehmer waren jeweils von Beruf Müller. Nach der Aufhebung der Klöster in der Reformation ging der Zins 45 Jahre lang an das Spital zu Zürich als Verwalterin der Kirchgemeinde Schlieren, 1622 an die Zürcher Patrizierfamilie Lavater, die ein genaues Güterverzeichnis erstellte. Im selben Jahr zog ein Ueli Müller mit Familie im Ostteil ein, 1670 ein Rudolf Müller im Westteil. In den darauffolgenden Jahrzehnten schwoll die Bewohnerzahl gewaltig an, weil das Haus wegen ständiger Umbauten nun fortan vier bis fünf Familien mit 19, gelegentlich bis 22 Mitgliedern in engstem Nebeneinander Unterkunft bot. 1951 kaufte Baumeister Fritz Jost das «Stürmeierhuus», nutzte es anfänglich als Arbeiterunterkunft und zuletzt nur noch als Lager.

1978 gelangte das «Stürmeierhuus» durch einen Landabtausch mit der Firma J. F. Jost in die Hand der Stadt Schlieren.

1979 nahm eine paritätische Planungskommission aus Vertretern beider Landeskirchen und der Politischen Gemeinde ihre Arbeit auf. Sie verschickte in alle Haushaltungen einen Fragebogen für Wünsche zum angestrebten Gemeinschaftszentrum. 400 Antworten gingen ein, zwei Drittel sprachen sich für eine Erhaltung des Hauses aus. Es gab aber auch Schlieremer, die lieber einen Neubau gesehen hätten. Ich hörte auch Stimmen, dass «die Feuerwehr nicht wie sonst üblich pressieren müsste, wenn endlich jemand den Mut hätte, die Hütte anzuzünden».

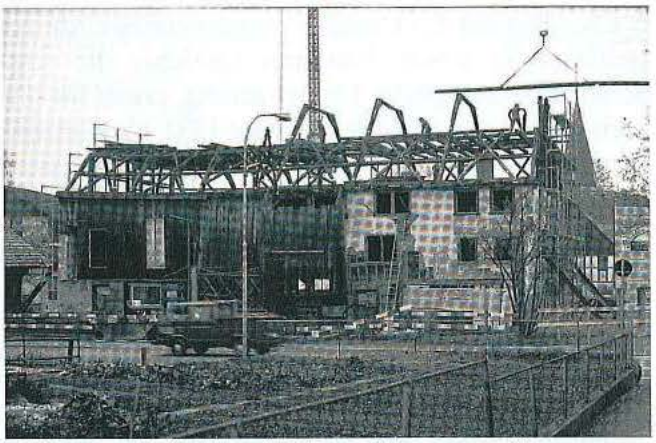
Im Herbst 1979 untersuchten Baufachleute den Zustand des Hauses. Besonderes Augenmerk legten sie auf die beiden Giebelmauern und das Holzwerk. Am erstaunlichsten war der Bericht des Zimmermeisters Robert Angst: Er befand die rund 200 Jahre alte Dachkonstruktion als überaus gut erhalten, so dass mit dem überwiegenden Teil – sorgfältig abgebaut und konserviert – der gleiche Dachstuhl wieder erstellt werden sollte. Auch das Eichenholz an der Fassade und im Innern sei in so gutem Zustand, dass es wieder verwendet werden könne.

In einem weiteren Tauschgeschäft übereignete die Stadt 1982 das «Stürmeierhuus» der Reformierten Kirchgemeinde und sicherte ihr einen Beitrag von Fr. 600 000 an die Baukosten zu, die Bürgergemeinde einen solchen von Fr. 400 000.

Auch die Katholische Kirchgemeinde sicherte ihren jährlichen Betriebskostenbeitrag zu, obschon sie im August 1983 ihr eigenes Pfarreizentrum an der Uitikonerstrasse eingeweiht hatte.

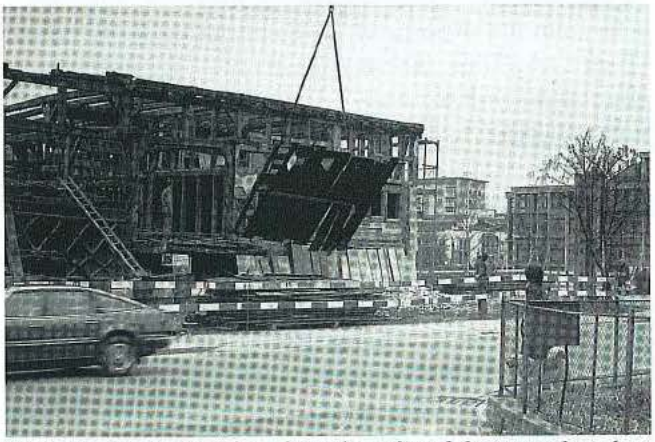
Dem alles entscheidenden Urnengang ging ein sehr emotional geführter Abstimmungskampf voraus. Am 5. Februar 1984 genehmigten die Stimmberechtigten der Reformierten Kirchgemeinde den umstrittenen Umbau und den Kredit von 2,3 Mio. Franken mit 979 JA gegen 728 NEIN.

Schon im Mai war Baubeginn.

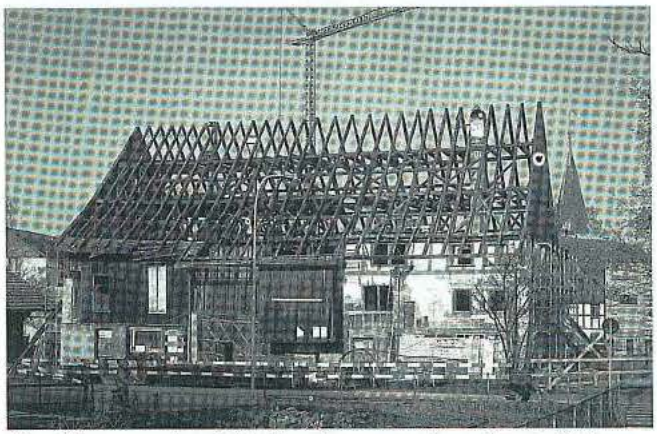


Balken um Balken wurde demontiert, nummeriert…

… und sortiert zur Aufbereitung gestapelt.



Manche Fassadenteile – hier der «Güselchratte» über dem Tenntor – wurden als Ganzes vom Haus gelöst.



Das Haus wurde nicht abgerissen, sondern demontiert.

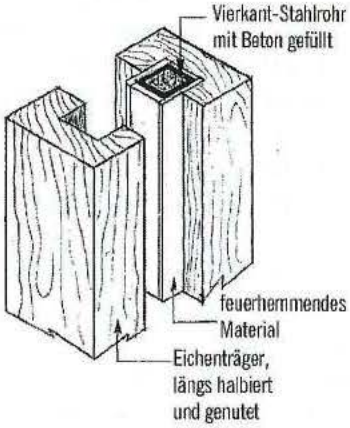
Schliesslich blieben nur die beiden Stirnmauern übrig.

Die sorgfältige Demontage, geradezu eine «Zerlegung» des Hauses, brachte einerseits etliche bautechnische Kostbarkeiten zu Tage und bestätigte andererseits die Forschungsarbeiten der Schlieremer Historikerin Dr. U. Fortuna.

Für alle am Bau Beteiligten galt als oberster Leitgedanke, den ursprünglichen Charakter des Hauses zu erhalten. Nach sechs verschiedenen, z.T. von privater Seite eingereichten Umbauplänen fand der siebte das Plazet der Baukommission und der Trägerschaft.

Für den Architekten war es keine leichte Aufgabe. Die völlige Auskernung war Voraussetzung, um 4 kleine Wohnungen, drei Ställe, ein Tenn und eine Heubühne in einen Saal, drei Mehrzweckräume, einen Büroraum und eine Wirtschaft mit Säli umzuwandeln. Besondere Schwierigkeiten bereitete die unterschiedliche Höhe der Zwischenböden als Folge der seinerzeitigen Aufstockung

Noch ein Beispiel: Die Eichenpfosten, welche die Decken – zugleich die Böden des darüberliegenden Geschosses – zu tragen haben, waren für 5–6 Bewohner bemessen, nicht aber für die Belastung durch 200 bis 300 Besucher. Die nebenstehende Zeichnung zeigt die überraschende Lösung zur Verstärkung.

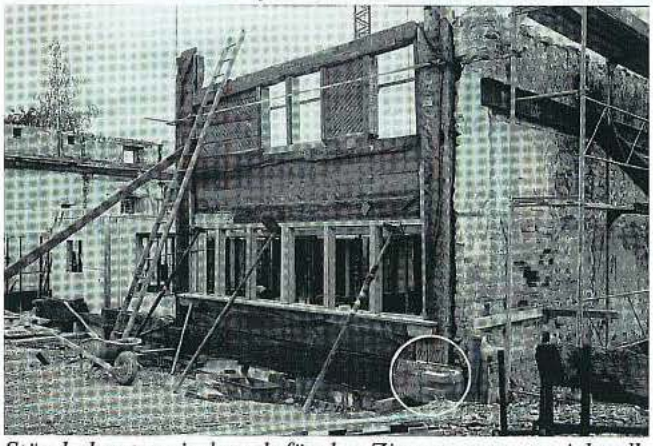


Die korrekte Ausführung der Heizungs-, Lüftungs-, elektrischen und sanitären Installationen stellte die Handwerker oft vor ungewohnte Aufgaben. Und die modernen Vorschriften von Feuerpolizei, Wirtschaftsamt und Lebensmittelinspektorat wollten nicht immer zu einem 450-jährigen Bau passen. Man musste Kompromisse eingehen. So konnte das Treppenhaus aus feuerpolizeilichen Gründen nicht im Luftraum über Tenn, Scheune und Heubühne gebaut werden, wie es eigentlich der Dreiteilung des Hauses entsprochen hätte. Diese tritt dafür nun äusserlich an der Südfassade deutlich zu Tage. Fast centimetergenau entspricht sie dem einstigen Erscheinungsbild.

Und sie führt dem Passanten eindrücklich die Entwicklung der früheren Holzbautechnik vor Augen: Ostteil (Wirtschaft) und Eingangshalle sind im Ständerbau errichtet, der bis ins 17. Jh. vorherrschte. Dann löste ihn der arbeits- und materialmässig weniger aufwändige, aber technisch anspruchsvollere Fachwerk- oder Riegel-Bau ab.

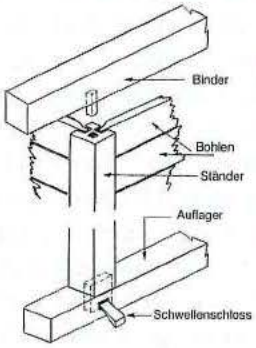
Als Erstes wurden die Giebelmauern unterfangen und die Fundamente für die übrigen Mauern erstellt.

Die Fachwerktechnik erfordert höchste Handwerkskunst.

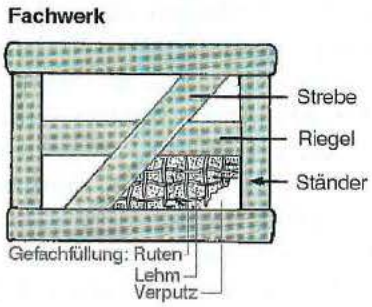


Ständerbauten sind auch für den Zimmmermann nicht alltäglich. Auf der Foto finden Sie alle Teile aus der Zeichnung links unten – auch die Schwellenschlösser.

Ständerbauweise



Fachwerk- oder Riegelbau



Am 31. Mai 1985 konnte das «neue Stürmeierhuus» eingeweiht werden. (Man hat den Namen absichtlich beibehalten.) Seither sind jene Stimmen verstummt, welche mit der Umgestaltung dieses historischen Baus nicht einverstanden waren. Im Gegenteil, die weitaus meisten Leute und alle Benutzer sind stolz. Die Schlierenfeste im Stadtpark umrahmt von alten Häusern mögen zum Meinungsumschwung beigetragen haben. Und immer wieder beneiden uns Besucher aus anderen Gemeinden um das, was Schlieren aus seinen wenigen 250–400 Jahre alten Bauten gemacht hat.

Das wieder erstandene «Stürmeierhuus» von SO...

... und von SW

Das Haus Kirchgasse 2

Für den Erhalt dieser Liegenschaft aus dem Jahr 1897 konnte eine völlig andere Lösung gefunden werden. 1986 wollten nämlich Stadt- und Gemeinderat das wohlproportionierte Haus, das nur einer einzigen Familie Wohnraum bot, in den Umrissen erhalten, aber einer intensiveren Nutzung zuführen. Im Erdgeschoss waren Räume für die Spitex vorgesehen, im Ober- und im Dachgeschoss drei moderne, attraktive Wohnungen. An der Urne wurde der hiefür nötige Kredit aber abgelehnt. Anschliessend hat nun der kantonale Heimatschutz das Haus im Baurecht übernommen, die einzige Wohnung nach seinen Grundsätzen umgestaltet und vermietet sie auch selber. Der Bestand des Hauses dürfte deshalb für Jahrzehnte gesichert sein.

Wie weit sollen alte Häuser erhalten bleiben?

Die Frage ‹Abbruch oder Renovation alter Häuser› gab in den letzten 40 Jahren in Schlieren wie andernorts Anlass zu sehr konträren, hitzigen Diskussionen. Letztlich ist es nur eine Frage des Geldes. Eine zeit- und vorschriftsgemässe Restauration kommt nämlich teurer zu stehen als die Erstellung einer neuen Baute gleichen Bauvolumens. In jedem Fall muss eine Mehrheit in Behörden und Bevölkerung für einen entsprechenden Kredit gefunden werden. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass eine Aussicht auf Erfolg nur dann besteht, wenn alte Gebäude nach der Restauration von den Einwohnern intensiv genutzt werden können. Historische Bauten zu einem Museum mitten im pulsierenden Leben einer Stadt herzurichten, bringt nichts.

Lassen Sie mich dies am Beispiel des «Stürmeierhuus» darstellen: Einer der engagiertesten Gegner des Projekts – solche gab es auch im Zusammenhang mit dem Abbruch der «Arch», des «Meierhofs», des Hauses Acklin – verlangte, das «Stürmeierhuus» sei in jenen Zustand zu versetzen, als es noch von 4 Familien bewohnt war.

Hätte man im Jahre 2000 wohl jemanden gefunden, der bereit war, für einen kostendeckenden Mietzins in diesen engen, kleinen Zimmern ohne jeden Komfort zu wohnen? Das Haus wäre wohl ein Museum geworden, das sich vielleicht jeder Schlieremer einmal angesehen hätte und dann nicht mehr. Seit der Einweihung am 31. Mai 1986 haben aber unzählige Einwohner – und erst recht jene, die aktiv am Gemeindeleben teilnehmen – viele Stunden im Saal, in den Stuben oder in der Wirtschaft verbracht.

Und jene Puristen unter den Heimatschützern, die jeglichen Innenumbau oder gar eine Auskernung bekämpfen, seien daran erinnert, wie viele gewaltige Umbauten gerade das «Stürmeierhuus» in seiner langen Vergangenheit erlebt hat.

Haus Kirchgasse 2

Misslungener Grenzabtausch

Der Bahnhof Urdorf sowie die Häuser und Betriebe zwischen der Stationsstrasse und dem Wald stehen auf Schlieremer Gemeindegebiet. Seit Jahzehnten war es der Wunsch Urdorfs, dieses Gebiet zu seiner Gemeinde zählen zu können.

Mitte der 60er-Jahre war das Spital Limmattal im Bau und seine ganze Umgebung zwischen Urdorfer- und Badenerstrasse in voller Planung. Je ein kleiner Teil davon gehörte zu den Gemeinden Dietikon und Urdorf und sollte der Einfachheit halber Schlieren zugeschlagen werden. In den Verhandlungen zwischen den drei Gemeinden zeigte sich, dass Urdorf diese Gelegenheit nutzen wollte, nach über hundert Jahren endlich zu einem Bahnhof auf seinem eigenen Gebiet zu kommen. Da die drei Gemeinwesen auch denselben Gemeinde-Ingenieur in ihren Diensten hatten und sich die Gemeindebehörden einig waren, wurde der Grenzabtausch vorbereitet und die Weisungen zu Handen der jeweiligen Gemeindeversammlungen bzw. dem Gemeindeparlament Dietikons verfasst. An der Sitzung der Schlieremer Exekutive rund zwei Monate vor der Gemeindeversammlung stellte ich – als Gemeindepräsident gerade erst drei Monate im Amt – den Antrag, dass der Bauvorstand als Vorbereiter des Geschäfts naturgemäss den Antrag zu vertreten habe. Dieser aber – Arthur Jost – lehnte in seinem urchigen Berndeutsch ab: «Nei, chöit tänke! Es geit hie um üsi Gmeindsgränze und um Gmeindsiiwohner. Das isch klar d Sach vom Herr Präsident!» Meine Einwände halfen nichts. Mit allen gegen meine Stimme beschloss der Gemeinderat, dass ich den Antrag über den Grenzabtausch zu vertreten hätte. Ich musste mich fügen.

Etwa einen Monat vor der Gemeindeversammlung – inzwischen war die Weisung an die Stimmbürger verschickt worden – machte ich mich auf den Weg, die betroffenen sechs Familien zu besuchen. Den Anfang machte ich beim Bahnhofvorstand. Der bedauerte zwar die vorgeschlagene Änderung, hatte aber Verständnis für die Argumente. Gleichzeitig erfuhr ich aber auch, dass ich der erste war, der mit ihm über die Angelegenheit sprach.

Beim nächsten Betroffenen, dem Farbenfabrikanten Otto Weibel, kam ich gar nicht gut an. Seine ersten Worte waren «So, kommt endlich einer und sagt uns, was ihr mit uns vorhabt.» Neuerlich erstaunt gab ich ihm zurAntwort: «Aber Herr Weibel, sicher haben die Leute unserer Gemeindeplanung mit Ihnen gesprochen.» Denn das kantonal-zürcherische Gemeindegesetz schrieb schon damals zwingend vor, dass von einem Grenzabtausch betroffene Einwohner vorgängig zu informieren seien. Das war offensichtlich nicht geschehen. So entschuldigte ich mich für diese Unterlassung und versuchte ihn von den Vorzügen des Abtausches zu überzeugen. Vergeblich! Er stellte mir sogar in Aussicht, dass er und andere Betroffene «es uns an der Gemeindeversammlung schon zeigen würden».

Meine Gespräche mit den restlichen Betroffenen, die ich alle persönlich kannte, verliefen zwar ruhiger. Aber es war mir peinlich, dass eine so wichtige Gesetzesvorschrift von Seiten unserer Mitarbeiter nicht beachtet worden war.

Der grosse «Hosenlupf» am 15. Dez. 1967

Die Gemeindeversammlung nahte. Im Limmattaler Tagblatt erschien ein Inserat der Einwohner an der oberen Stationsstrasse. Der Inhalt und die Argumente lauteten kurz zusammengefasst:

> *Wir bitten die Stimmbürger Schlierens, den Grenzabtausch in der vorgesehehen Form abzulehnen und alle betroffenen Häuser auf Schlieremer Boden zu belassen. Es ist für deren Bewohner nicht zumutbar, nach Jahren oder gar Jahrzehnten plötzlich in Schlieren nicht mehr stimmberechtigt zu sein und ihre Kinder in Urdorfs Schulen zu schicken. Allein aus den industriellen Betrieben gehen Schlieren Einkommenssteuern von Fr. 351 000 und 1,8 Mio. Franken Vermögenssteuern verloren. Das dagegen eingetauschte Gebiet im Schönenwerd ist noch unüberbaut und wird Schlieren auf Jahre hinaus statt Steuereinnahmen erhebliche Aufwendungen für die Erschliessung bringen.*

Mit gegen 200 Stimmbürgern war die entscheidende Gemeindeversammlung überdurchschnittlich besucht und stimmte dem eingangs behandelten Budget (mit einer Steuererhöhung von 132% auf 138%!) diskussionslos zu. Ganz anders – und wie zu erwarten war – beim Traktandum 5 mit dem lapidaren Titel «Veränderung der Gemeindegrenze zwischen Schlieren und Urdorf, bzw. Schlieren und Dietikon». Hauptgegner Otto Weibel ritt gleich zu Beginn eine vehemente Attacke gegen den gemeinderätlichen Antrag. Unter anderem wies er darauf hin dass die betroffenen Einwohner an der oberen Stationsstrasse während langer Jahre ihre Pflichten Schlieren gegenüber getreulich erfüllt und jederzeit gerne zu dieser Gemeinde[1] gehört hätten.

[1] Als «getreue Schlieremer» gaben aber – und geben noch immer – die Betriebe «8902 Urdorf» oder «Zch.-Urdorf» als Firmenadresse an…

Er bezeichnete es – natürlich zu Recht – als Affront, nicht rechtzeitig über den vorgesehenen Abtausch informiert worden zu sein. Er verglich auch die Steuerabgaben der betroffenen vier Betriebe und sechs Familien mit den meinen und meinte dann humoristisch, für die Gemeinde wäre es wohl finanziell attraktiver, den Gemeindepräsidenten an Urdorf abzutreten. Zum Schluss seiner Rede versprach er allen Anwesenden Freibier im «Salmen».

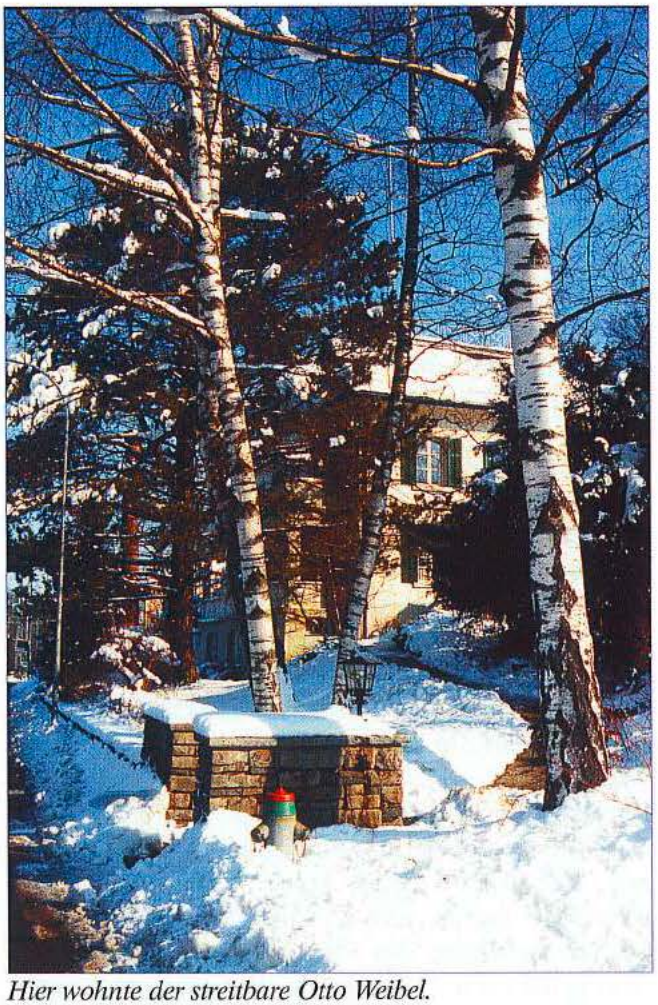
Ich hatte Otto Weibels Vergleich erwartet, blieb gelassen und trat auf dieses Argument gar nicht ein. Vergeblich wartete ich auf Rückendeckung oder wenigstens rhetorische Unterstützung seitens meiner Gemeinderatskollegen oder des anwesenden Gemeinde-Ingenieurs, in dessen Händen ja alle Vorbereitungen lagen. Aber man liess mich im Regen stehen. Alle Sprecher der Parteien und weitere Votanten rügten die schlechte Vorbereitung des Abtauschs und beantragten Ablehnung oder Rückweisung.

Das Resultat der Abstimmung überraschte niemanden, der im Salmen-Saal anwesend war. Es war so eindeutig gegen den Grenzabtausch mit Urdorf, dass ich gar nicht erst die Stimmenzähler zur Ausübung ihrer Funktion bitten musste. Der Entscheid wurde von Applaus begleitet und anschliessend an die Gemeindeversammlung mit Freibier gefeiert.

Aus dem Misserfolg an dieser Gemeindeversammlung (es war erst meine zweite als Präsident) habe ich zwei Dinge gelernt:

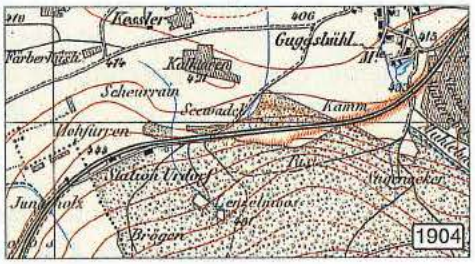
1. Es gehört auch zu den Aufgaben eines Präsidenten, mangelhaft vorbereitete Geschäfte schon in der Behörde zurückzuweisen.
2. Bei Widerstand oder gar Niederlagen in der Versammlung darf er die Ruhe nicht verlieren.

Übrigens: An einer späteren Gemeindeversammlung fand ein neuer Grenzabtausch mit Urdorf ohne die bewohnten Häuser an der oberen Stationsstrasse problemlos die Zustimmung der Schlieremer.



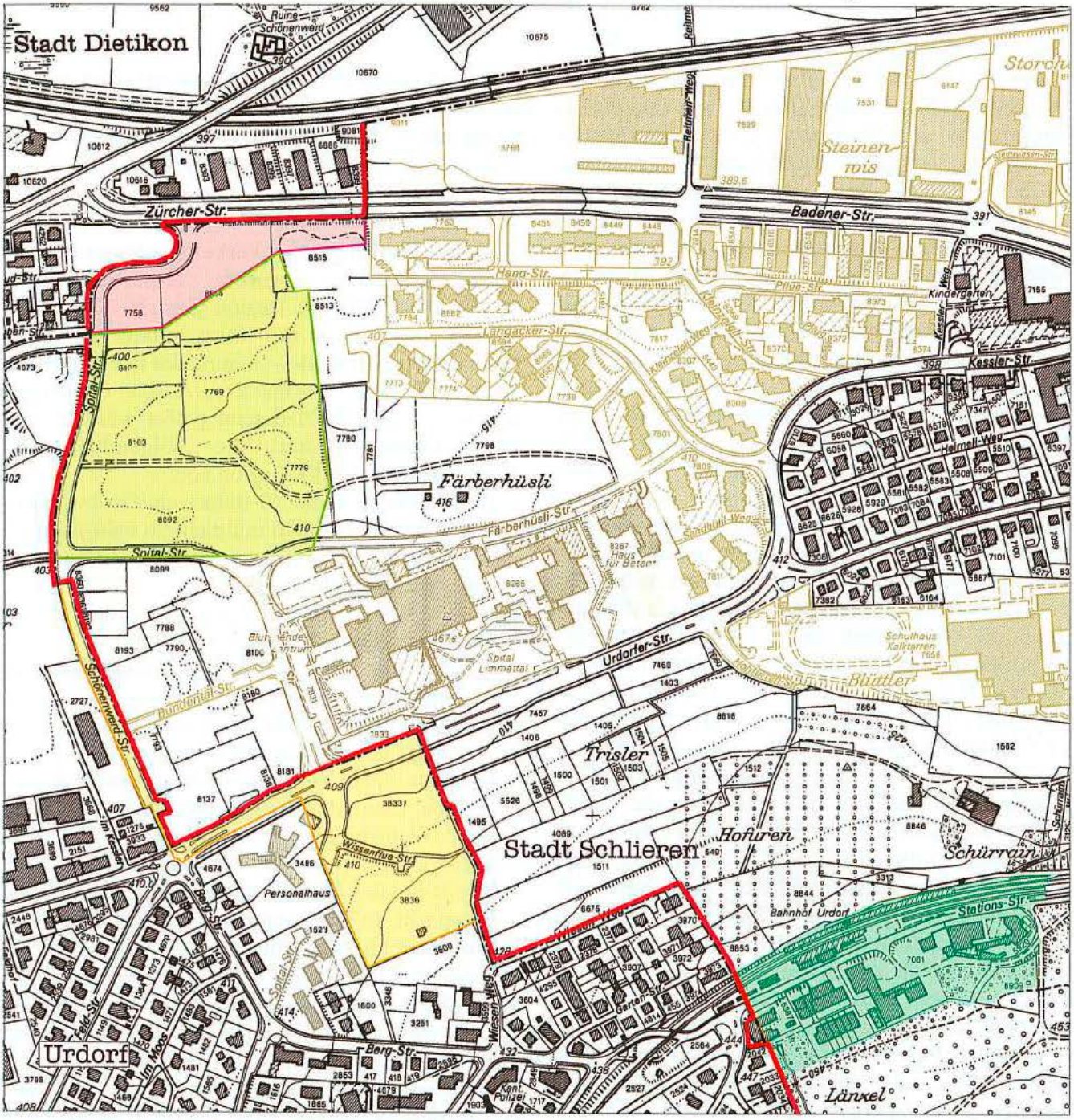
Hier wohnte der streitbare Otto Weibel.

Der einzige horizontale Abschnitt der Ämtlerlinie (Bau 1862–64) liegt oberhalb der «Hohfurren». Nur hier konnte damals die Nordost-Bahn Urdorfs Wunsch nach einer eigenen Station erfüllen. Darum steht der Bahnhof mit der Ortstafel «Urdorf» auf Schlieremer Boden. ▼



◀ *Erneuerungs- und Neubauten schufen seltsame Verhältnisse an der Gemeindegrenze: Sie verläuft mitten durch die Veloständer (links im Bild) und trennte einst das Restaurant «Bahnhöfli» (rechts, ausserhalb des Bildes) und seinen Saal.*

Grenzabtausch und Landumlegung; Vorschlag an die Gemeindeversammlung vom 15. Dez. 1967



Erläuterungen	
Die im Plan hell eingefärbten Häuser und Strassen existierten im Zeitpunkt des Grenzabtausches noch nicht.	heutige Gemeindegrenze
ca. 11 600 m² von Dietikon an Schlieren	ca. 23 000 m² von Schlieren an Urdorf
ca. 50 800 m² von Urdorf an Schlieren	Wegen dieser strittigen Landumlegung von Schlieren an Urdorf scheiterte 1967 der gesamte Landabtausch.

Schlieren als U-Bahnstation?

Der Strassenverkehr überbordet

Bis in die 1980er-Jahre war die Bahn im Vergleich zu heute wenig attraktiv, die Zugfolge zu wenig dicht, die Stationen zu weit auseinander. Schon die einstige «Städtische Strassenbahn Zürich» (StStZ) – seit 1950 «Verkehrsbetriebe Zürich» (VBZ) – erreichte nur Zürichs Aussenquartiere. Eine Ausnahme stellte die Linie nach Schlieren dar – einspurig, mit nur zwei Ausweichstellen! Erst seit 1957, mit der Umstellung auf Trolleybus, vermochte sie mehr Passagiere in kürzeren Abständen zu transportieren. Der Busverkehr auf wenigen, kurzen Strecken in den Aussengemeinden (wie z.B. Schlieren–Dietikon und Schlieren–Weiningen) diente nur lokalen Bedürfnissen. Von regelmässigen Anschlüssen an die Bahn oder gar von einem Taktfahrplan keine Spur, geschweige von einer Vernetzung. Manche regionale Busbetriebe hatten eigene Tarife und Billette.

Nach Übernahme und der teilweisen Aufhebung der Limmattal-Strassenbahn betrieben anfänglich zwar die StStZ mit ihrem «Überlandbetrieb» Buslinien im Limmattal, aber zu erheblich höheren Tarifen. Entgegen dem Konzessionsvertrag von 1931 führten sie auch immer weniger Kurse, nach 21 Uhr überhaupt keine mehr, forderten aber von den bedienten Gemeinden immer höhere Defizitbeiträge... Das änderte nur wenig unter den VBZ.

Wer mit dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit fuhr, musste schon von seiner Wohnung aus lange Fussmärsche zur nächsten Haltestelle in Kauf nehmen und oft mehrmals umsteigen. Das wäre zwar vom gesundheitlichen Standpunkt aus zu begrüssen gewesen, aber die Anschaffung eines Autos lag den meisten näher. Umso mehr, als diese dank des Bedarfs und der Massenproduktion immer erschwinglicher wurden. Je weiter sich die Wohngebiete in die zürcherische Landschaft hinaus dehnten, desto wichtiger wurde das Auto als oft einziges Verkehrsmittel. Das war der Anfang der heutigen «mobilen Gesellschaft».

Anfang der 60er-Jahre begann das Strassennetz in der Region Zürich an seine Kapazitätsgrenze zu stossen. Schlieren am Schnittpunkt der beiden Einfallstrassen nach Zürich mit den Querverbindungen zu den abseitiger gelegenen Dörfern wie Urdorf, Weiningen usw. bekam das besonders zu spüren. (Der Strassenverkehr ist im Jahrheft 2006 eingehend beschrieben.)

In den morgendlichen und abendlichen Stosszeiten wurden die Kolonnen immer länger; am Morgen Richtung Stadt Zürich, am Abend stadtauswärts.

So wichen die Pendler auf Nebenstrassen aus, wo sie aber unerwünscht waren. Als Folge belegten die Gemeinden die Strassen mit Hindernissen wie Fahrverboten und Einbahnverkehr.

Ein Transportplan für die Region

Unter Führung von Verkehrsingenieur Hans Barbe erstellten mehrere Experten einen Transportplan für die Region Zürich[1]. Sie kamen zum Schluss, dass das Strassennetz an seine Grenzen stosse. Die Bewältigung des Pendlerstroms könne nur durch ganz massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs befriedigend gelöst werden. Der Plan Barbe schlug die folgenden drei Verkehrsträger für die Region vor.

1. Eine schnelle Bahn (S-Bahn) als Grobverteiler auf dem Netz der SBB mit dichtem Fahrplan, der durch einen weitgehenden Ausbau auf Doppelspur zu ermöglichen sei.
2. Eine U-Bahn mit vorerst zwei diagonalen Hauptlinien (sog. Durchmesserlinien):
   Dietikon–Stauffacher–Zch.-Hauptbahnhof–Milchbuck–Kloten
   und Dübendorf–Milchbuck–Limmatplatz–Stauffacher–Paradeplatz–Bellevue.
   Der Plan sah eine spätere, dritte Hauptlinie vom rechten Limmatufer über die Innenstadt nach Enge–Wollishofen vor. Die U-Bahn sollte die Rolle des Mittelverteilers übernehmen.
3. Die Rolle des Feinverteilers war Tram und Bus zugedacht. In Schlieren und Umgebung wären es wohl ausschliesslich Buslinien gewesen.

Von den Fachleuten, den Verantwortlichen in Stadt- und Vorortgemeinden und von den Medien wurden diese Vorschläge recht positiv aufgenommen. Aus drei Regierungs- und drei Zürcher Stadträten sowie den Gemeindepräsidenten von Kloten, Opfikon-Glattbrugg, Schlieren und Dietikon wurde die «Behörden-Delegation für den Regionalverkehr» gebildet. 1–2 Vertreter der Generaldirektion SBB steuerten ihre Erfahrungen bei.

[1] An einem Vortrag vor der kantonalen Verkehrskommission hatte RR H. Ernst schon 1916(!) für den (Bahn-)Nahverkehr im Kanton folgende drei wesentlichen Punkte genannt:
1. Vereinheitlichung von Tarifen und Rollmaterial
2. Rückkauf durch den Kanton statt ein Dutzend private lokale Betriebe
3. Betrieb durch eine finanziell gesicherte Gesellschaft mit fachlich geschultem Personal.

1971/72 konkretisierte sich das Projekt «U- und S-Bahn». Wie wichtig der Bau dieser U-Bahn der Stadtzürcher Bevölkerung erschien, mag folgendes zeigen: 1971 war zwischen dem Autobahn-Dreieck Ost (Aubrugg) und Milchbuck/Bucheggplatz der innerstädtische Abschnitt der N1 im Bau. Unter dieser Strasse sollte aber zuvor der Tunnel der U-Bahnlinie nach Dübendorf erstellt werden. Hiefür bewilligten die Stimmbürger der Stadt Zürich mit grossem Mehr 30 Mio. Franken.

Der wichtigste Beitrag der SBB war der Tunnel durch den Zürichberg vom Bahnhof Stadelhofen nach Stettbach. Als erste, 27 km lange U-Bahn-Strecke sollte deshalb die Durchmesserlinie Dietikon–Zch.-Hauptbahnhof–Kloten gebaut werden. Auf Schlieremer Gemeindegebiet waren vier Stationen vorgesehen. Schlierens Beitrag an den Gesamtkredit sollte 10,6 Mio. Franken betragen; etwa gleich viel wie derjenige an den Ausbau der Zürcher-/Badenerstrasse.

Wenige Wochen vor der Abstimmung begann sich in der Stadt Zürich Widerstand gegen das Grossprojekt zu regen. Vor allem die SP bezog Stellung dagegen. Sie befürchtete, dass die Liegenschaften entlang des neuen Verkehrsträgers zu sehr aufgewertet würden und den Besitzern zu grosse Gewinne einbrächten. In der geschickten Propaganda wurde aber auf die grossen Verkehrsbehinderungen während der langen Bauzeit hingewiesen. Die Folge davon: Vier der fünf «U-Bahn-Gemeinden» lehnten die Vorlage ab; ebenso der Kanton insgesamt. Die Schlieremer schickten sie bei hoher Stimmbeteiligung (64%) mit 2581 NEIN zu 1526 JA massiv bachab. Im gleichen Urnengang, in dem sie zu 12 weiteren Fragen Stellung nehmen mussten, stimmten sie aber der neuen Gemeinde-Ordnung zu.

Grosse Ernüchterung in der Region Zürich

Jahrelange, aufwändige und kostspielige Vorarbeiten schienen vergebens zu sein. Nahezu 10 Jahre später wurde der unbestrittene Teil der seinerzeitigen kantonalen Vorlage, die S-Bahn mit dem Zürichberg-Tunnel, doch noch vom Stimmvolk beschlossen. Zwischen Zürich-Hauptbahnhof und Dietikon – mit den zwei zusätzlichen Haltestellen Hardbrücke und Glanzenberg – funktioniert ein Viertelstundentakt. Als Ersatz für die nicht gebaute U-Bahn bestehen Pläne für eine Stadtbahn Limmattal zwischen Farbhof und Dietikon. Durch den vorher erwähnten U-Bahntunnel unter dem Milchbuck fahren jetzt die Trams der Linien 9 und 11 nach Schwamendingen–Hirzenbach bzw. nach Stettbach.

Ab 1930 fuhren «Kraftwagen» der «Überlandbetriebe der StStZ» nach Dietikon; ab 1931 auch nach Weiningen.

In den 50er-Jahren stellten die VBZ als Konzessionsnehmer neuere Fahrzeuge mit Liniennummern in den Dienst.

Mit den VBRL gab es dann ab 1978 Busse neuester Bauart – und neue Liniennummern.

Mit der Eingliederung in den Verkehrsverbund wechselten die Liniennummern zum dritten Mal.

Schlieren als Lokomotive für den regionalen Bus

Kurze Zeit nach dem Schock der Ablehnung von «U- und S-Bahn» war es für Schlieren klar: Wenigstens der regionale Busverkehr musste massiv gefördert werden. Als geeignete Kraft aus Überzeugung war Sepp Stappung der geeignete Mann. Im Februar 1978 gründeten Schlieren, Dietikon, Urdorf, Weiningen, sowie Ober- und Unterengstringen die «Verkehrsbetriebe der Region Limmattal» (VBRL). Zur Gründungsversammlung erschienen auch Regierungsrat Künzi und VBZ-Direktor Hartmann. Alle würdigten diese Verkehrsbetriebe als Markstein in der Geschichte des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich. Künzi bezeichnete den Vertrag als sein schönstes Geburtstagsgeschenk und ehrte Sepp Stappung als den Mann, ohne den der Vertrag nie zustande gekommen wäre.

Die beiden vorerst noch abseits stehenden Oetwil und Geroldswil traten kurze Zeit später ebenfalls bei. Ohne das seither stetig ausgebaute und immer besser funktionierende Netzwerk S-Bahn/Regionalbus wäre heute der Pendlerstrom im Limmattal nicht mehr zu bewältigen.

Sepp Stappung, wie er leibt und lebt.

Die verdiente Ehrung durch Regierungsrat Künzi

Sepp Stappung bringt die Verhandlungen zum Erfolg.

Der neuste Bus und ein Veteran bringen die Ehrengäste.

Wachstum über alle Grenzen

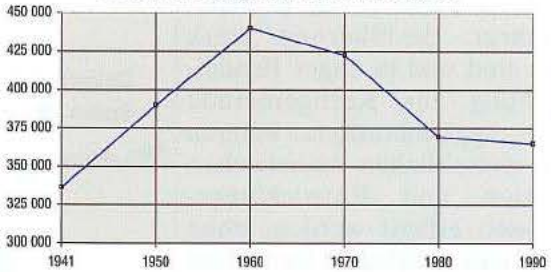
Die Stadt Zürich war seit jeher Handels- und später Industrie-Metropole. Hier hatten Escher-Wyss, die Maschinenfabrik Oerlikon und viele weitere Grossunternehmen ihren Standort. Wer hier Arbeit fand, wollte auch Wohnsitz in der Stadt nehmen, selbst wenn sein Arbeitsplatz in den unmittelbar angrenzenden Vororten lag. Man denke an die rund 6 000 auswärtigen Zu-Pendler nach Schlieren in die «Wagi» und ins Gaswerk.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bestand vorerst ein grosser Nachholbedarf im Wohnungsbau. Mit der Hochkonjunktur stieg der Begehr der Mieter nach grösseren und modern eingerichteten Wohnungen oder sogar nach Eigenheimen. Andrerseits suchten auch die bestehenden und neue Firmen Bauland. Aber die Fläche der Stadt war begrenzt, das trieb die Landpreise – und in der Folge die Mieten – in oft unerschwingliche Höhen. Eine weitere Eingemeindung wie 1893 und 1934 kam nicht mehr in Frage.

Regensdorf im Furttal, vor allem aber die Glattal-Gemeinden Opfikon-Glattbrugg, Dietlikon, Wallisellen konnten der Wirtschaft Brach- und Riedland mit Bahnanschluss zur Verfügung stellen. Daraus ist heute eine durchgehende Industrie- und Gewerbezone geworden.

Die ländlich-bäuerlichen Gemeinden im näheren und weiteren Umkreis der Stadt konnten Wohnbauflächen zu günstigen Bedingungen anbieten.

Bevölkerung der Stadt Zürich

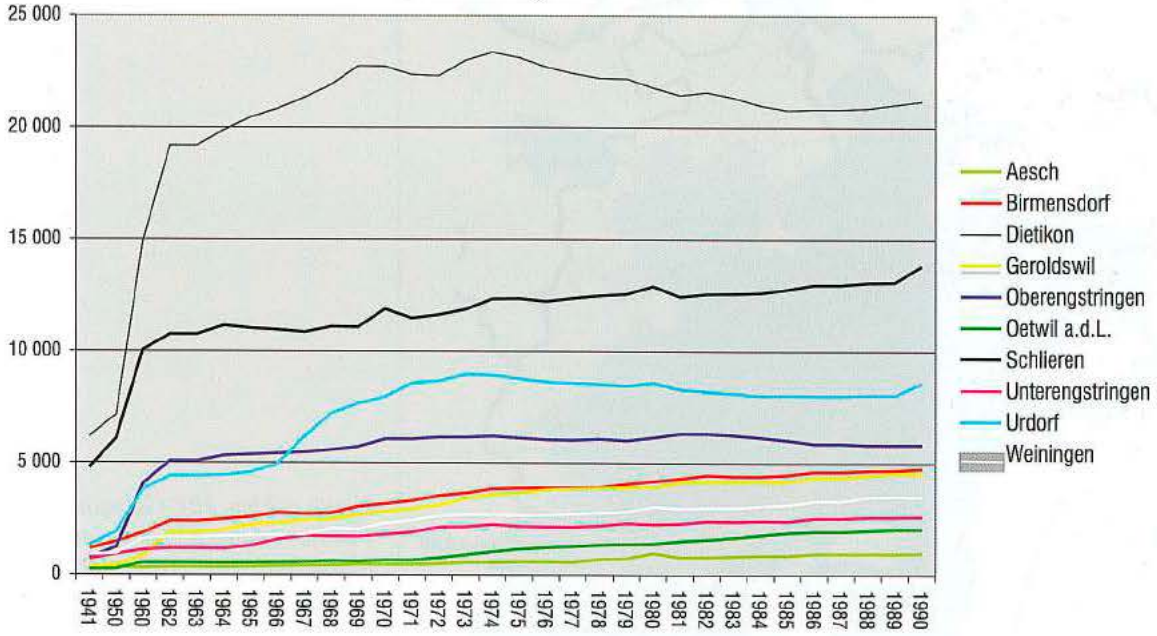


Schon gegen Ende des Zweiten Weltkriegs begann die Stadt ihren Wohnungsmangel aufzuarbeiten und schöpfte danach ihr Wohnungsbau-Potenzial bis 1960 zum Höchststand von 440 170 Einwohnern aus. Der Rückgang darnach ist fast ausschliesslich auf Abwanderung aus Gründen des Lärms, der Immissionen und der Überfremdung zurückzuführen.

Zum Teil war das (Bürger-)Gemeindeland zur Erhöhung der Steuererträge. Die meisten Angebote kamen aber aus privater Hand. Bauern, die ihren Hof mangels Nachwuchses oder Existenz sichernder Grösse aufgeben mussten. Andere verkauften abgelegene Parzellen oder ihren Hof im Dorfkern, um ihre Nutzfläche auf einem Aussiedlerhof zu arrondieren. Manches war Spekulation. Gross-Bauunternehmen vermochten zudem Druck auf die Öffnung neuer Bauzonen auszuüben.

Der Titel ist also nicht nur mengenmässig, sondern auch geografisch zu verstehen

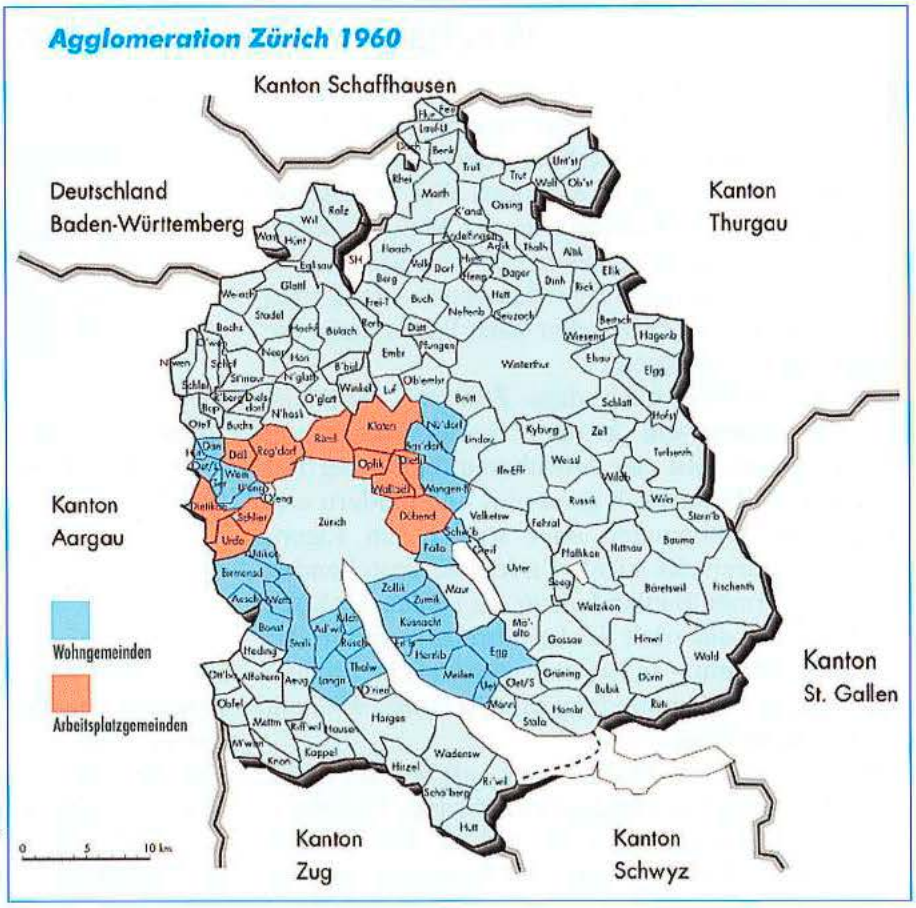
Bevölkerung im Bezirk Dietikon



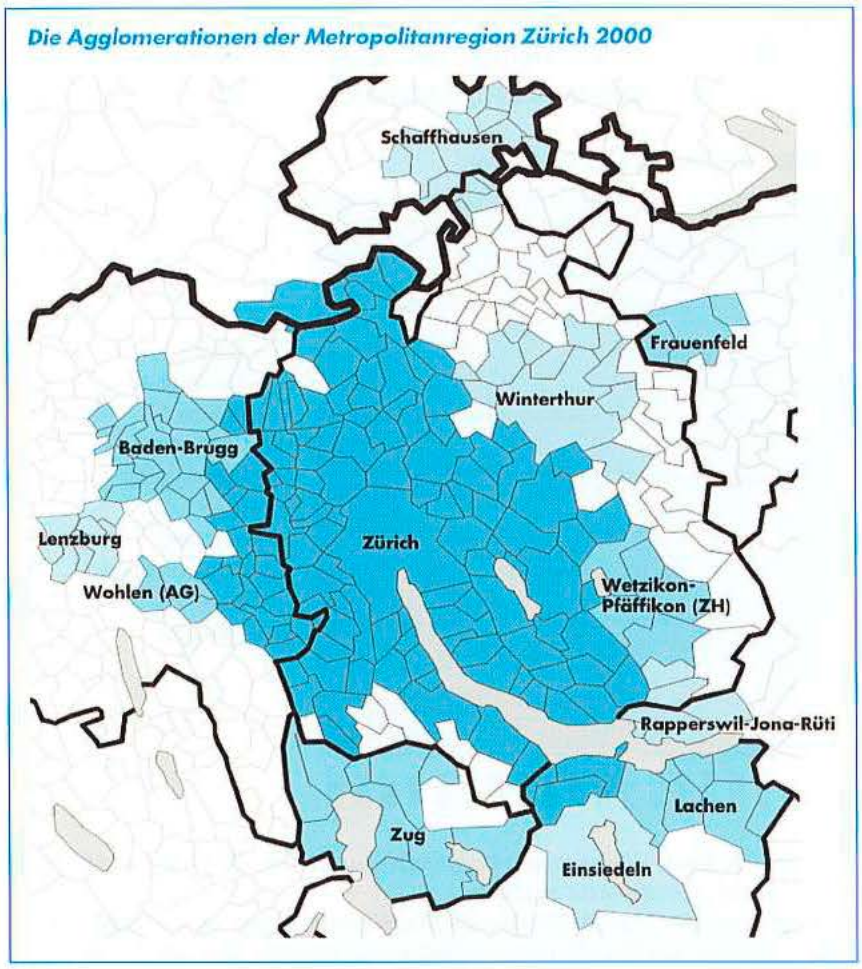
Schlieren und Dietikon als Industrieorte mussten wie die Stadt Zürich schon unmittelbar nach dem Weltkrieg in den 50er-Jahren Wohnungen entsprechend der steigenden Zahl der Arbeitsplätze erstellen.
Auffallend: je weiter die Gemeinde von Zürich entfernt ist, desto später begann die Bevölkerungszunahme und dauert noch immer an. In den Gemeinden des «ersten Schubs» stagniert das Bevölkerungswachstum oder nimmt eher wieder ab.

Agglomerationen sind Siedlungsgebiete, die in ihrem baulichen Erscheinungsbild und in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur ihrer Bevölkerung stark urban sind und in enger Pendelbeziehung zur Kerngemeinde stehen. Agglomerationen können nach einheitlichen statistischen Kriterien und Entwicklungsprozessen erfasst werden, ohne auf unterschiedliche Territorien oder auf oft zufällige Grenzziehungen Rücksicht nehmen zu müssen.

Nachdem die Stadt Zürich das Bevölkerungsmaximum von 440 170 erreicht hatte, begann in den 60er-Jahren der Auszug der Wohnbevölkerung in den sogenannten 1. Gürtel der Agglomeration. Mit wenigen Ausnahmen waren diese Gemeinden durch die Bahn direkt mit Zürich verbunden. Was fehlte war eine «Transversal-» oder «Durchmesserlinie» aus den südwestlichen Wohngemeinden quer durch die Stadt zu den Arbeitsplätzen im Glatt- und Furttal.[1]



[1] Diese wird nun durch den Bau des unterirdischen Bahnhofs Löwenstrasse und des Tunnels nach Oerlikon ermöglicht.



Heute zählen 101 Gemeinden mit einer Fläche von fast 850 km² und rund 950 000 Menschen zur Agglomeration Zürich, davon liegen sogar 16 ausserhalb der Kantonsgrenze.
Die 85 zürcherischen Gemeinden beherbergen auf 770 km² (45% des Kantons) 902 125 Einwohner oder 75% des Kantons. Davon leben 334 298 (oder 37% des Kantons) in der Stadt Zürich.

Öl im Grundwasser

1971 wurde in der Rütistrasse ein Sammelkanal als Hauptstrang für den Anschluss des Industriegebietes zwischen Gaswerk und Industriestrasse erstellt. Diese Leitung kam rund zwei Meter unter den Grundwasserspiegel zu liegen. Das machte für jeden Bauabschnitt eine Absenkung des Grundwassers nötig. Vor allem im östlichen Teil der Rütistrasse zeigte sich in der Baugrube ein Ölfilm auf dem Grundwasser. Das löste bei den Verantwortlichen der Gemeinde Alarm aus. Sie wurden dabei sofort unterstützt vom Kantonalen Amt für Gewässerschutz und in der Folge von der Direktion des Gaswerks. Bald war man sich im Klaren: Der Herd der Verschmutzung musste im Bereich des Gaswerks liegen. Stadtrat Maurer, Vorstand der Industriellen Betriebe Zürichs, teilte im Januar 1972 mit, dass tatsächlich eine grössere Teergrube im Kernareal des Gaswerks in den ersten Betriebsjahrzehnten, also ab 1890, als Verschmutzungsquelle in Frage kommen könnte. Das Öl war seither mit dem Grundwasser der Strömung folgend schon 500–1000 Meter westwärts gewandert.

Parallel zu diesen Erkenntnissen fragten wir bei den zahlreich in Schlieren ansässigen, pensionierten «Gasi»-Arbeitern nach, ob sie sich einen Grund für das Mineralöl im Boden vorstellen konnten. Zu unserem Erstaunen spürten wir bei den ehemaligen Arbeitern und Kaderleuten äusserste Zurückhaltung in den Antworten. Den Grund für diese Reserviertheit erfuhr ich von Karl Amsler (*1899): «Wir alle, die in der «Gasi» tätig waren, fühlen uns persönlich mit dem Werk sehr verbunden. Wir beziehen indirekt auch unsere Pension von unserem ehemaligen Arbeitgeber. Wenn uns die Stadt Zürich zur Erteilung von Auskünften ermuntern würde, könnten wir einiges zur Abklärung des Schadenfalls beitragen.» Umgehend gab der zuständige Stadtrat grünes Licht, mit der Bitte um erschöpfende Auskunft. Jetzt löste sich das Rätsel schnell.

Das Gaswerk lagerte aus Sicherheitsgründen stets eine Reserve an Steinkohle für ein Jahr. Jahre, sogar Jahrzehnte lang lagen diese Reserve-Kohlenhaufen südlich und nördlich der Bernstrasse entlang dem Anschlussgeleise zum Bahnhof Schlieren auf der blossen Erde. Es war ja viel rationeller, den täglichen Bedarf von rund 50 Eisenbahnwagen direkt zu den Kohlebunkern zu fahren, anstatt die Reserve zu brauchen und wieder zu ersetzen.

Das im Werk anfallende Altöl hievte man teilweise mit dem Bagger auf diese Haufen aus etwa 15 000 Eisenbahnwagen Steinkohle. Die Überlegung dabei war, den Heizwert des Altöls bei der Verbrennung, bzw. Vergasung der Kohle zusätzlich zu nutzen. Diese Praxis wurde von den 20er- bis in die 40er-Jahre angewandt. Niemand dachte oder realisierte, dass nicht die Kohle das Öl aufsog, sondern es der Regen während der langen Lagerzeit abwusch und es sich zum Grundwasser gesellte. Niemand der Beteiligten hatte umweltschützerische Bedenken. Solche waren in jenen Krisen- und Kriegszeiten nicht aktuell.

Auch in Bezug auf eine offene Teergrube hatte niemand Skrupel. Denn bis in die Mitte des 20. Jhs. hatte keine Amtsstelle diese Art der Entsorgung von Kohleabfällen beanstandet.

Jetzt kannten wir wenigstens den wahrscheinlichen Herkunftsort des Öls im Grundwasser. Aber wie gross war der Schaden, wie weit reichte die Verschmutzung? Zwischen der Limmat und der Zürcherstrasse fliesst nämlich ein gewaltiger Grundwasserstrom, gespiesen vom Fluss auf seiner ganzen Länge, teilweise vielleicht auch schon vom unteren Zürichsee her. (Rechts der Limmat in Flussrichtung ist er bedeutend schmäler.) Er bildet im einst angeschwemmten Schotteruntergrund eine Art See, 5–25 m tief, und nur 3 m unter dem gewachsenen Terrain. (Jeder Ersteller eines unterkellerten Gebäudes in diesem Gebiet hat damit zu kämpfen – so auch die Schule beim seinerzeitigen Bau des Schulhauses Zelgli.) Der Strom fliesst 1–2 m pro Tag talwärts, also sehr träge. Ihm entnehmen die Limmattaler Gemeinden einen Grossteil ihres Trinkwassers, Schlieren etwa 90%.

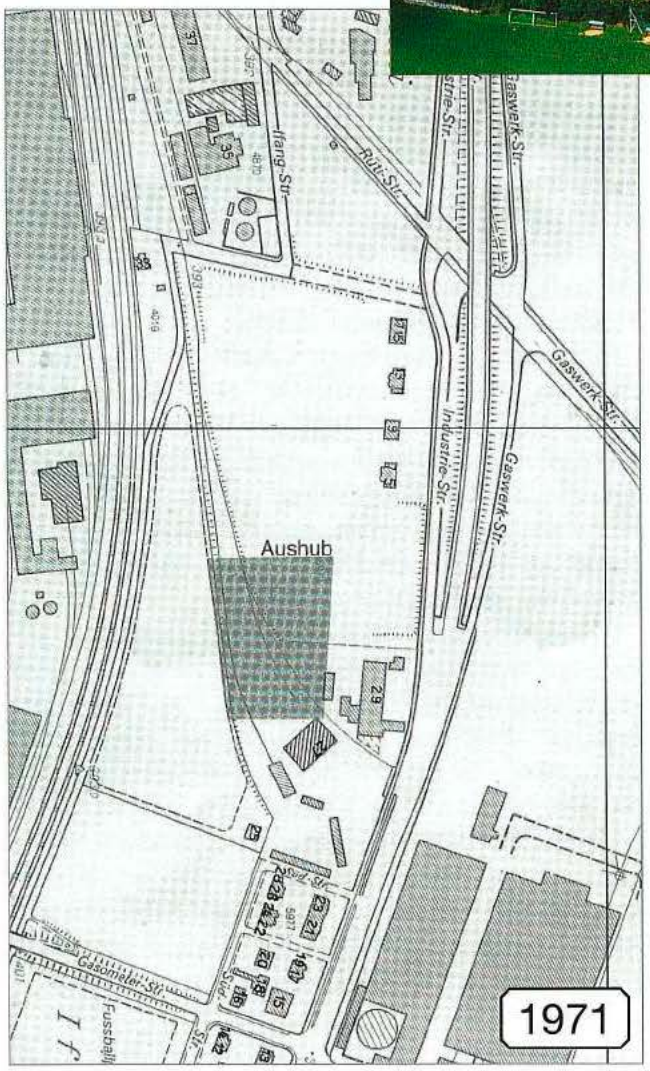
Fachleute des Kantonalen Amtes für Gewässerschutz stellten fest, dass das Öl – es schwimmt ja auf Wasser – an der Oberfläche des Grundwassers liegen blieb und wohl auch von den darüber liegenden Sandschichten zurückgehalten wurde. Die im Altöl stets vorhandenen Schwermetalle setzten sich am Grund des Stroms ab. Dank dessen blieb der weitaus grösste Teil des Wassers rein.

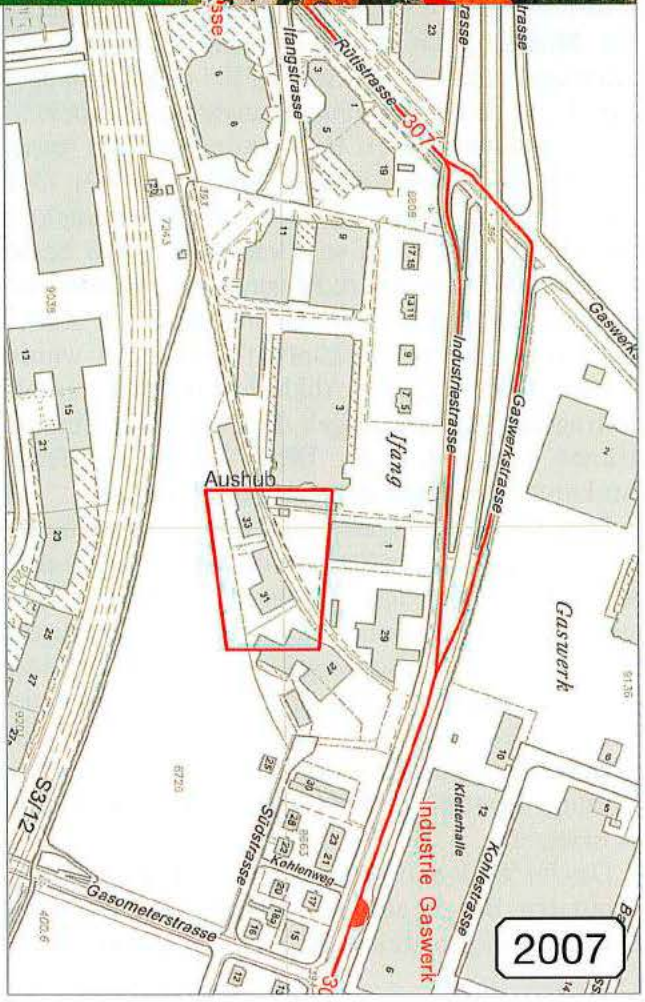
Die vorgenommenen Sondierbohrungen erstreckten sich vom Gaswerk bis in Gegend an der Gemeindegrenze zu Dietikon. Der bekannte Geologe Professor Jäckle stellte eine Verschmutzung bis ca. 900 m westlich des Gaswerks fest, also bis zum alten Fussballplatz bei der Überführung der Engstringerstrasse. Glücklicherweise waren die grossen Grundwasser-Pumpwerke im Betschenrohr, welche Trinkwasser für Schlieren und Unterengstringen fördern, davon nicht betroffen. Das dortige Grundwasser war absolut einwandfrei.

Wie wurde die Verschmutzung saniert?

Das Amt für Gewässerschutz ordnete folgende Massnahmen an:

Im Gebiet der ehemaligen Kohlelager war das gesamte Erdreich bis zum obersten Bereich des Grundwassers auszubaggern und zu sortieren. Dabei stellte man in den obersten 50 cm des Grundwasserträgers – also im obersten halben Meter der Kiesschicht – die grösste Veschmutzung fest. Diesen Kies lagerte man zwei Tage lang auf vier «Abtropfplätzen» von je 200 m². Anschliessend transportierten ihn Lastwagen nach Birmensdorf in die «Fildern». Dort kippte man ihn in eine hektargrosse, mit einer widerstandsfähigen Plastikfolie ausgekleidete Geländemulde. Das abfliessende, immer noch ölhaltige Wasser wurde der Birmensdorfer Kläranlage zugeleitet und dort endgültig gereinigt. Auf diese Weise wurden rund 50 000 m³ verschmutztes Erdmaterial und Kies entsorgt. Das Grundstück in den «Fildern» wurde nach etwa 3 Jahren wieder rekultiviert. Die Kosten von rund 9,5 Mio. Franken übernahm zum grössten Teil die Stadt Zürich. Sie hat sich in dieser Angelegenheit sehr kulant gezeigt und auf die Einrede der Verjährung verzichtet.





Die Goldschlägi – Schlierens Westtangente

Für einen gut funktionierenden Verkehr in Schlieren sind die Strassenübergänge über die SBB-Linie Zürich–Baden entscheidend. Vor 1925 existierte die Gasometerbrücke als einzige Möglichkeit, den Schienenstrang ohne Behinderung zu überqueren. Vor dem Ersten Weltkrieg führten dazu noch vier Strassen bzw. Wege à niveau über die Geleise. Es waren das (von Ost nach West): die Allmendstrasse (im Areal der Wagonsfabrik), die Bahnhofstrasse, die Bachstrasse und der Reitmenweg.

1914 schloss die SBB mit der Gemeinde Schlieren einen Vertrag über den Bau einer Brücke für die Engstringerstrasse und die Aufhebung von drei dieser Niveau-Übergänge (Allmend-, Bahnhof- und Bachstrasse). In diesem Vertrag sicherte die Bahn der Gemeinde auch den Bau einer Strassenbrücke im Bereich der (damaligen) Personenunterführung in der «Goldschlägi» zu. Die Erstellung der Rampen war in beiden Fällen Sache der Gemeinde. Wegen des Ersten Weltkriegs verzögerte sich der Bau der Überführung Engstringerstrasse beim Bahnhof um 10 Jahre; sie wurde erst 1924/25 verwirklicht.

Unterführung statt Brücke

Schon vor 1960 war klar, dass die Einlösung der SBB-Option für eine Brücke in der «Goldschlägi» dringend wurde, um eine zusätzliche, dritte Querverbindung zwischen Bern- und Badenerstrasse zu erhalten. Die beidseitigen rund 100m langen Auffahrts-Rampen hätten aber zu viel Land beansprucht. Deshalb war für Schlieren klar, dass die Lösung nur Unterführung heissen konnte.

1969 beschlossen die Stimmberechtigten an der Urne wie schon an der vorgängigen Gemeindeversammlung recht grosszügig den Bau einer 14,5 m breiten Unterführung. Bauvorstand Werner Störchlin hatte die Exekutive wie auch die Stimmbürger überzeugen können, die Passage auf diese Breite und keinen Meter weniger auszubauen, weil eine spätere Verbreiterung ungleich teurer käme. Die SBB lösten vertragsgetreu ihr Versprechen von 1914 ein und beteiligten sich mit einer halben Million – den mutmasslichen Kosten für eine Brücke – am Bau der Unterführung. Zudem verzichteten sie auf die Entschädigung ihrer eigenen Umtriebe während der Bauzeit.

Ingenieure, SBB, Unternehmer und Anwohner vor vielschichtigen, weitreichenden Problemen

Allein schon die Behinderungen für die Bahn waren erheblich. Während der gesamten Bauzeit von über einem Jahr durften die Züge die Hilfsbrücke über die Baustelle nur mit reduzierter Geschwindigkeit passieren. Das musste bei den internen Fahrplänen und in den Weisungen an die Lokomotivführer berücksichtigt werden. Bei 250 Zügen pro Tag oder rund 100 000 über die gesamte Dauer eine gewaltige Einschränkung und eine umfangreiche logistische Aufgabe.

Die Ingenieure und Bauunternehmer standen vor ernsthaften Problemen hinsichtlich Bauablauf und Bautechnik. Um eine genügende lichte Höhe der Unterführung unter dem Bahnkörper zu erreichen, kam allein die Strassenoberfläche schon 2 m unter den mittleren Grundwasserspiegel zu liegen. Das ganze Bauwerk musste also in einer wasserdichten Wanne gebaut und während ihres Baues das Grundwasser 3 m abgesenkt werden. Die abgepumpte Wassermenge durfte aber nicht einfach in die Limmat geleitet werden, sondern musste teilweise wieder dem Grundwasserstrom zugeführt werden, weil aus ihm 1 km talwärts Urdorf und Dietikon ihr Trinkwasser fördern. Als Erstes erstellte man auf der ganzen Länge der Unterführung beidseits Rühlwände (eine Art von Spundwänden), also auch im Bereich der Geleise. Wegen der dichten Zugfolge blieben hiefür nur die Nachtstunden zwischen 23 und 6 Uhr. Nicht dass dann keine Züge fuhren, aber doch erheblich weniger. 15 m lange Eisenbalken in den Boden zu rammen, verursacht Lärm. Bauvorstand Störchlin orientierte die Anwohner persönlich, dass trotz aller schalldämpfenden Massnahmen während fünf Wochen die Störung der Nachtruhe einfach unvermeidlich sei.

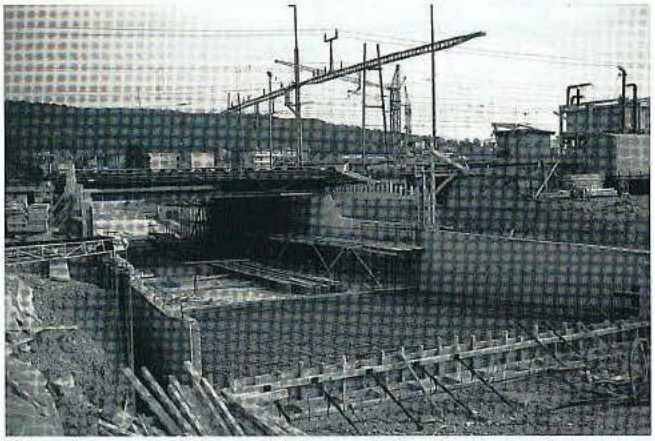
Die Zwischenräume entlang der erwähnten Eisenbalken wurden während des Aushubs der Baugrube laufend ausgefacht und dienten als hintere Schalung für die Seitenwände aus Pumpbeton mit gewaltigen Armierungseisen. Auf diesen 1 m dicken Mauern lagerten auch die Stahlträger der 18 m langen Hilfsbrücke für die Geleise.

Der Aushub bestand übrigens zu mehr als der Hälfte aus ausgezeichnetem, sauberem Kies, der direkt für die Kofferung der neuen Goldschlägistrasse Verwendung fand.

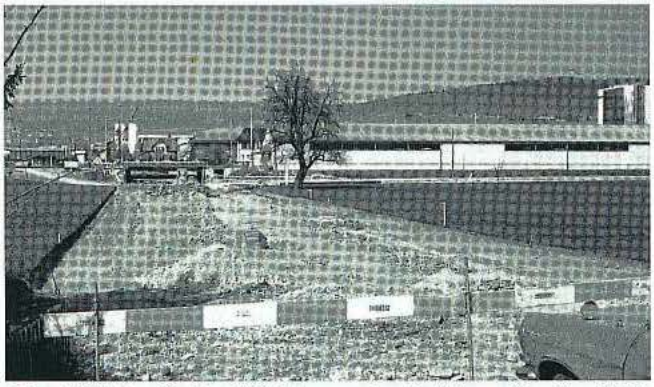
Gleichzeitig mit dem Bau der Goldschlägi-Unterführung erstellte man als Bestandeil der eingangs erwähnten West-Tangente auch eine neue Brücke über den Rietbachkanal. Er wird auch Färbibach genannt, weil er früher von Abwässern aus diesem einstigen Textilbetrieb öfters alle möglichen Farben annahm.

Den ursprünglich geplanten Ausbau der gradlinigen und kürzesten Fortsetzung der Goldschlägistrasse in die Bernstrasse verhinderten die Anwohner sicher mit gutem Recht. Geblieben ist nur der Ansatz dazu und ein Fahrverbot im nördlichsten, engen Reststück. 30 Jahre lang bog darum der Verkehr im rechten Winkel nach rechts, nach Osten, in die Brandstrasse ein und erreichte so die Engstringerstrasse. Aus der beabsichtigten Entlastung der Engstringerkreuzung wurde also nichts. Erst der Bau der Rietbachstrasse im Jahre 2002 schuf die direkte Anbindung an die Bernstrasse. Das nutzt nun der Lastwagenverkehr in die bestehenden und künftigen Industriegebiete nordwestlich der Bahnlinie, womit die Badenerstrasse von schweren Brummern spürbar entlastet wird. Diese neue Zufahrt ins «Innere» Schlierens entdeckte auch ein Teil der privaten Automobilisten während des völligen Neubaus der Überführung Engstringerstrasse beim Bahnhof. Hoffentlich werden es immer mehr, damit die Engstringerkreuzung vorallem von Abbiegern aus der Bernstrasse entlastet wird und damit letztlich auch das Zentrum.

Die alte Fussgänger-Unterführung mit den Installationen für die Grundwasserabsenkung

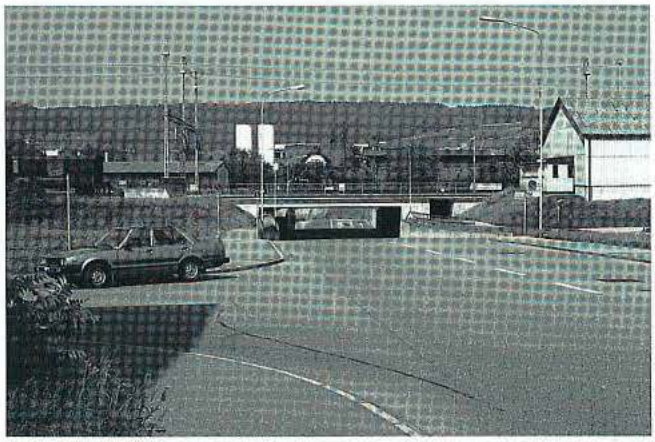


Betonieren der Seitenwände und des Bodens als wasserdichte Wanne



Die südliche Goldschlägistrasse im Rohbau, für den Teile des Aushubs der Unterführung verwendet werden konnten

Die Nordausfahrt der Unterführung mit dem alten Haus der Gemüsegärtnerin Hedinger vor dem Ausbau der nördlichen Goldschlägistrasse

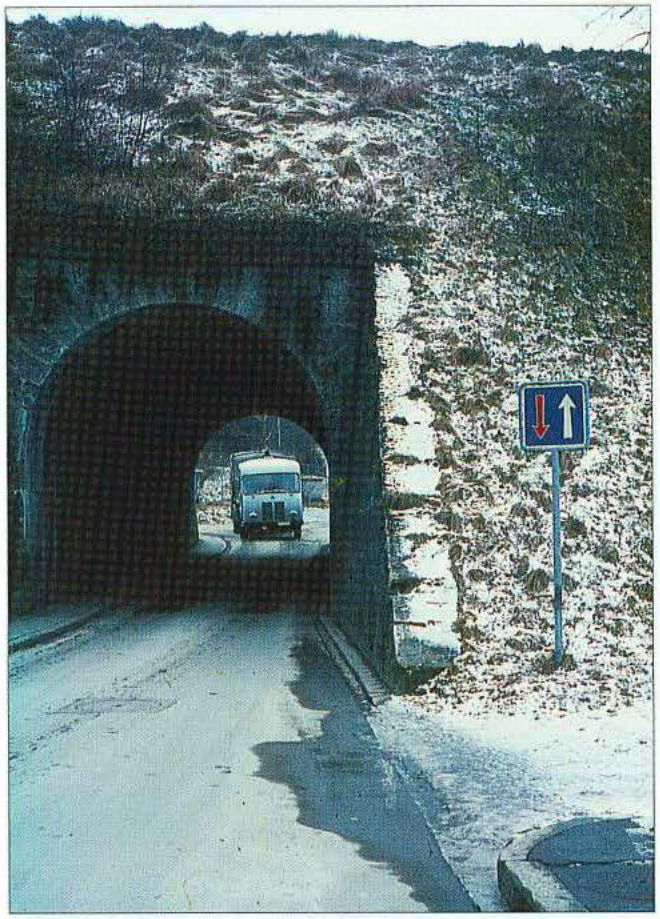


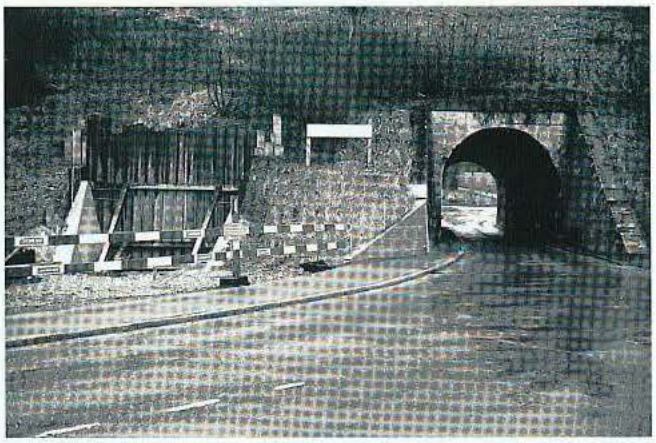
Die fertige Unterführung und die Goldschlägistrasse von Süden, von der Badenerstrasse her

Die Südseite der Goldschlägi-Unterführung

Die Goldschlägi-Unterführung aus nördlicher Richtung

Der Tunnel Uitikonerstrasse und sein jüngerer Bruder





Die Bahnlinie Zürich-Altstetten–Urdorf–Affoltern a.A. – Zug – Luzern wurde 1862–1864 gebaut und war 33 Jahre lang die einzige Anbindung der Stadt Zürich an die Gotthardlinie. (Die Verbindung Thalwil – Zug entstand erst 1897.)

In den Jahren 1862/63 schüttete man zwischen «Gugel» und «Föhrewäldli» einen mächtigen Bahndamm auf, um die dortige Senke zu überwinden (mit einer Steigung von 25‰, fast wie am Gotthard). Zuvor hatte man zwei Tunnelgewölbe gebaut: Ein verhältnismässig grosses für die Passage der Uitikonerstrasse, ca. 20 m westlich davon ein kleines für den Mülibach. Beide stehen noch heute so, wie man sie vor 150 Jahren konstruiert hatte. Der «grosse» Tunnel war damals natürlich für Fuhrwerke gedacht. Im «automobilen» Zeitalter wird er nur noch als Hindernis empfunden. Seit ca. 1965 wird dem Verkehr aus Richtung Schlieren «Vortrittsrecht vor dem Gegenverkehr» signalisiert (auf der Uitikoner-, der Süd-Seite, steht das gegenteilige Signal).

Im selben Zeitpunkt legte Gemeinde-Ingenieur Sennhauser ein Projekt vor für eine elegantere Führung der Uitikonerstrasse in einem breiteren Tunnel schräg durch den Bahndamm. Der Kanton als Eigentümer dieser Strasse war zwar damit einverstanden. Aber wir in der Exekutive legten die Pläne in eine tiefe Schublade des Bauamtes. Denn erfahrungsgemäss wirkte der Engpass als «Tropfenzähler»[1] gegen den stetig zunehmenden Transitautoverkehr von und nach Uitikon und in die Aargauer Gemeinden, der seine Aufgabe so lange als möglich weiter spielen sollte. Wichtiger schien uns nämlich, den Tunnel für die zahlreichen Fussgänger sicherer zu machen. Das Bauamt erhielt 1976 den Auftrag, den Durchstich einer Fussgängerpassage zu prüfen. Im Januar 1977 doppelte Gemeinderat Paul Furrer mit einer Interpellation nach, in der er auf das völlig ungenügende Trottoir von nur 70 cm Breite hinwies.

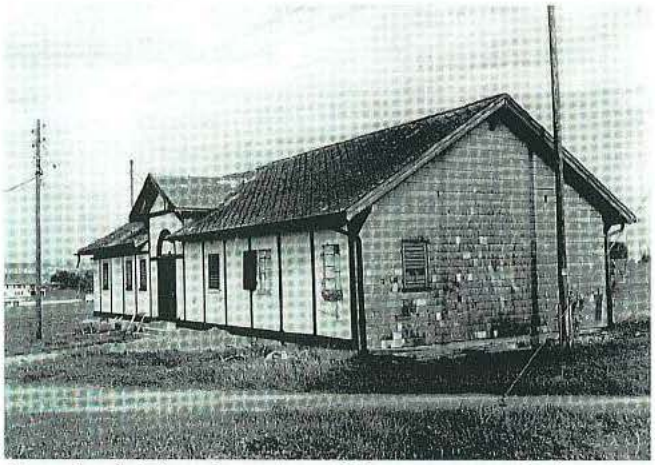
Endlich im September 1979 – ich weiss wirklich nicht mehr, warum es nochmals so lange dauerte – konnte das Gemeindeparlament Fr. 500 000 für den jetzigen, separaten Fussgängertunnel bewilligen. Der Kanton Zürich übernahm die Hälfte der Kosten.

[1] Diese Einrichtung gibt es ja neuerdings auch an den Autobahneinfahrten und ist dort noch unbeliebter.

Das Jugendhaus

Schon 1963 hatte die Gemeindeversammlung einen Fonds für ein Jugendhaus geschaffen und mit Fr. 100 000 aus dem Rechnungsüberschuss gespiesen. Ein Jahr später wollte die SP aus einem weiteren Rechnungsüberschuss erneut Fr. 60 000 einlegen. Die schlecht besuchte Rechnungsgemeinde lehnte das aber mit 59 gegen 24 Stimmen ab.

Am 7. Oktober 1967 wurde diese für Schlieren völlig neue Art der Dienstleistung gestartet. Das alte Schützenhaus im «Fluhgarten» – seit Inbetriebnahme der neuen Schiessanlage im «Horgen» in Grenznähe zur Stadt Zürich nicht mehr benützt – war mit Geld aus dem erwähnten Fonds auf seinen neuen Zweck als Jugendhaus vorbereitet worden. Die Aufrichtefeier wurde umrahmt von launigen Kurzansprachen von nicht weniger als vier Präsidenten (der Politischen Gemeinde, der Schule und beider Kirchgemeinden). Und natürlich von Fritz Blocher, Fürsorgevorstand. Er betonte, dass bei jedem Haus die Aufrichte noch lange keine Eröffnung sei. Und darum erwarte er bis zur eigentlichen Einweihung von den künftigen Benutzern sehr viel Arbeitseinsatz.



Das alte Schützenhaus im «Fluhgarten» am Ende seiner Altersaufgabe als Jugendhaus

Vom Schützenhaus zum «Juhu»

In den Zeitungen der anschliessenden vier Jahre fand ich keine Berichte über das erste Schlieremer Jugendhaus; es muss also wohl alles rund gelaufen sein.

Im Mai 1971 stellte der Gemeinderat, die damalige Exekutive, fest, dass der von einer Jugendgruppe ausgebaute Keller und weitere Räume im über 100 Jahre alten Bauernhaus Badenerstrasse 19 von verschiedensten Gruppen für Zusammenkünfte benutzt wurden. Da sich immer mehr Interessierte mit den unterschiedlichsten Wünschen meldeten, gab der Gemeinderat der Fürsorgekommission den Auftrag, eine Hausordnung aufzustellen und einen nebenamtlichen Leiter zu suchen. Ferner seien Renovationsarbeiten vorzunehmen, da sich das erwähnte Haus in baulich schlechtem Zustand befinde.

Im November desselben Jahres stimmte der Gemeinderat einer Teilrenovation des als Provisorium gedachten Hauses zu und sah vor, einen Sozialarbeiter als vollamtlichen Leiter anzustellen.

Das Haus Badenerstrasse 19 um 1940. Es war das Elternhaus des Verfassers, in dem er 30 Jahre verbrachte.

Im März 1972 stellte der Gemeinderat Fr. 40 000 für bauliche Verbesserungen zur Verfügung. Damit war der Weg frei für den zweiten Anlauf von Fritz Blocher, Fürsorgevorstand von Schlieren und Hauptinteressiertem an einem Jugendhaus. Nachdem die Handwerker ihren Anteil an der Renovation geleistet hatten, kamen nun rund 40 Jugendliche zum Zug. In 1300 Arbeitsstunden (gemäss «Limmattaler Tagblatt») malten sie Innenräume, nähten und montierten Vorhänge, schliffen Böden und reinigten schliesslich das «Juhu», wie sie das Haus nun nannten. In der Zwischenzeit war mit Franz Breu auch ein vollamtlicher Jugendhaus-Leiter gefunden und angestellt worden. Auf den 23. September 1971 war die feierliche Eröffnung angesetzt. Als Gemeindepräsident habe ich mit ehrlicher Freude mein Elternhaus – seit 13 Jahren im Besitz der Gemeinde – den Jugendlichen übergeben. Und ebenso gerne überreichte ich Fritz Blocher, dem Initianten und Verfechter eines Jugendhauses, einen Blumenstrauss. Er antwortete: «Zum Glück gibt's auch jetzt noch und in Zukunft einiges an diesem Haus zu verbessern. Denn ein Jugendhaus funktioniert am besten, solange daran gebaut werden kann. Ist es nämlich einmal wirklich ganz fertig, kommen schnell die Probleme.»

Die Öffnungszeiten waren auf Mittwoch 19–22:30 h, Freitag 19–23:00 h und Samstag 16–24:00 h festgelegt. Während der anschliessenden zwei Jahre erlebte das «Juhu» wohl seine beste Zeit.

Fritz Blocher wechselte 1973 vom Gemeinderat ins «Sandbühl» als Leiter des Altersheims. Fürsorgevorstand und damit verantwortlich für das Jugendhaus wurde sein Nachfolger Ernst Brem. Der Zustrom zum «Juhu» war gross. Nicht nur aus Schlieren, auch aus den umliegenden Limmattalgemeinden fanden sich vor allem freitags und samstags bis zu 200 Jugendliche ein, da im Limmattal nichts Vergleichbares in Betrieb war. Das hatte Folgen.

«Juhu» geschlossen!

Wie ein Blitz schlug am 3. Dezember 1974 diese Nachricht ein. Wegen eindeutiger Fälle von Drogenkonsum und -handel schloss der Stadtrat das Jugendhaus bis zum 5. Januar 1975. Er tat dies als dringliche Massnahme, weil sich keine andere Lösung bot. Den Ausschlag für diesen Entscheid hatte ein Bericht eines bekannten Schlieremer Arztes über Erstkontakte Jugendlicher mit Drogen gegeben. Die Jugendarbeits-Kommission und das «Juhu»-Team erhielten vom Stadtrat den Auftrag zur Suche nach Lösungen. Gegenüber der Presse erklärte ich, dass eine Überwachung des Massenandrangs die Kräfte und Mittel der Exekutive und der Polizei überstiegen hätten.

Einig war man sich allseits, dass das Haus trotz der bedauerlichen Entwicklung so bald als möglich wieder geöffnet werden sollte.

Am 11. Januar 1975 kam dann der entsprechende Beschluss. Um dem Drogen- und Alkoholmissbrauch einen Riegel zu schieben, wurden drei Massnahmen verfügt:

1. Eine grundsätzliche Ausweispflicht;
2. eine untere Altersgrenze von 16 Jahren;
3. ein unbedingtes Drogenverbot.

Die Ausweise stellte die Jugendarbeits-Kommission aus. Wer bei einer Kontrolle ohne Ausweis angetroffen wurde, hatte das Haus sofort zu verlassen. Drogenabhängige und Dealer belegte man mit Hausverbot. Entdeckte man Versuche des Handels oder der Gratisabgabe von Drogen, war unverzüglich die Polizei zu verständigen. Mit grosser Genugtuung nahm der Stadtrat Kenntnis davon, dass die Jugendlichen selber ein Rauchverbot im Keller des Juhu einführen und durchsetzen wollten.

«Vollversammlung» im Schulhaus Kalktarren

Mit der grundsätzlichen Einigkeit zwischen Behörden und Jugendlichen wollte es aber doch nicht so gut klappen. Mitte Januar fand im Luftschutzraum des Schulhauses Kalktarren eine sogenannte «Vollversammlung» der Jugendhausbesucher statt. Der Stadtrat ordnete mich zur Begründung seiner Anordnungen ab. Der ebenfalls anwesende Chefredaktor des «Limmattaler Tagblatts» formulierte in seinem Bericht:

... Heinrich Meier beantwortete alle Fragen mit grosser Übersicht und in klarer Formulierung. Das hielt die Jugendlichen jedoch nicht von schweren Vorwürfen an die Stadträte ab. Meier brachte abschliessend seine Hoffnungen für ein Jugendhaus zum Ausdruck und verliess den Schutzraum nach rund einstündigem Disput.

Nach meinem Abgang fassten die rund 50 anwesenden Jugendlichen mehrere Resolutionen, in denen es um die Boykottierung der Räumlichkeiten, die Ignorierung der Behördenentscheide und um eigene Massnahmen zu deren Umgehung ging. In einer weiteren, einstimmig angenommenen Resolution beschloss die Versammlung, keinerlei Ausweise zu beantragen noch entgegenzunehmen.

Kurz nach dieser «Vollversammlung» änderte der Stadtrat die Unterstellung des Jugendhauses. Statt wie bisher der Sozialabteilung unter Ernst Brem teilte man es neu der Sportabteilung unter Alfred Altherr zu.

Da «Juhu»-Leiter Franz Breu inzwischen gekündigt hatte, wählte man Silvio Gossweiler zu seinem Nachfolger. Im «Juhu» war der Betrieb seit dem Frühjahr weiter gelaufen, allerdings nicht mehr mit der grossen Frequenz des Vorjahres.

Anfangs Dezember kam es zu einem weiteren Eclat. Die Jugendarbeits-Kommission, welche im Auftrag des Stadtrates die «Frontarbeit» zu erledigen hatte, trat geschlossen zurück. An ihrer Stelle setzte nun die Exekutive eine eigene Jugendhaus-Kommission unter dem Vorsitz von Alfred Altherr ein. Fünf Vertreter der Jugendlichen waren von einer Vollversammlung nominiert worden.

Erneute Schliessung...

Auf Ende Juni 1975 kündigte der Leiter des «Juhu». Eine Interimsleitung bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers konnte nicht gefunden werden. Da die Besucherzahlen ohnehin immer geringer wurden, weil die Verstärkeranlage im Jugendhauskeller defekt war, blieb das Haus bis auf weiteres geschlossen.

Schlieren war aber da kein Einzelfall. Der «Tages-Anzeiger» berichtete unter dem Titel «Geschlossene Jugendhäuser im Limmattal» über die Schliessungen in Dietikon, Urdorf, Oberengstringen und die des Jugendkellers in Uitikon.

Ein hoffnungsvoller Neubeginn

Am 24. Oktober 1977 wurde der Jugendhaus-Verein mit 6 Kollektiv-, 23 Einzel- und 11 Jugendmitgliedern gegründet.

Die beiden Kirchgemeinden und die Stadt Schlieren als Kollektivmitglieder leisteten einen jährli-

chen Beitrag von je 20 000 Franken an den Betrieb des Jugendhauses. Sofort wurde die Teilzeitstelle eines Jugendhaus-Leiters ausgeschrieben und am 7. Februar 1978 mit Reto Weber besetzt. Dieser nahm bereits am 1. März seine Arbeit auf, und es begannen umgehend erneute Umbau- und Renovationsarbeiten zusammen mit den Jugendlichen. Am 16. März 1978 wurde mit der Stadt ein Mietvertrag für das Haus Badenerstrasse 19 abgeschlossen. Den benötigten Kredit von 59 000 Franken bewilligte der Stadtrat am 11. Mai 1978.

Der Alkohol- und Drogenmissbrauch wurde auch in Schlieren ein immer grösseres Problem. Aus diesem Grund beschloss der Stadtrat, im Stadthaus eine Jugendberatungsstelle einzurichten. Mitte 1978 nahm Mark Gelpke als Jugendberater in Schlieren seine Arbeit auf. Nach einer halbjährigen Versuchsphase wurde die Jugendberatung im Dezember 1978 ins sogenannte «Stöckli», die ehemalige Remise, hinter dem Jugendhaus verlegt.

Diese Nähe zum «Juhu» erleichterte es den Jugendlichen, diese für sie eingerichtete Beratungsstelle aufzusuchen. Mark Gelpke umschrieb die Situation so: *Das Nebeneinander von Jugendhaus und Beratungsstelle erweist sich als wahrer Glücksfall. Dadurch sind zur Animierung, Beratung und Betreuung von Jugendlichen annähernd ideale Voraussetzungen geschaffen. Denn die Jugendlichen kommen nun auch schon von sich aus zu mir.*

Am 1. Januar 1979 reduzierte Reto Weber sein Arbeitspensum auf 75%; auf diesen Zeitpunkt nahm Kathrin Bürgi als Teilzeit-Mitarbeiterin ihre Tätigkeit auf.

Am 8. Januar 1979 besuchten 45 Lehrer und die gesamte Schulpflege das «Juhu». Kurz darauf lud der Jugendhausverein Gemeinderäte, Stadträte und die Presse auf den 24. März 1979 zu einer Informationveranstaltung ein. Denn ein gutes Einvernehmen mit der Bevölkerung und den Behörden – vor allem mit der Schulpflege – war ein grosses Anliegen des Jugendhausvereins und der «Juhu»-leitung.

Diesem Behördenbesuch am Ort des Geschehens räumte die Presse grosse Bedeutung und viel Platz in ihren Blättern ein. Dazu ein Zitat: ... *nicht zuletzt dank der eigenen Mitarbeit können die Jugendlichen wirklich von «ihrem» Juhu reden. Das ist nicht irgendein Jugendhaus, sondern die Verwirklichung eigener Kreativität, das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit den Vorstellungen und Ansichten des Einzelnen. ...*

Das neue Jugendhaus hat eine ganz grosse Chance, zu einem echten Treffpunkt für alle zu werden, für einige sogar vielleicht zur Rettungsinsel.

Im «Limmattaler Tagblatt» zog Chefredaktor Bernd Steiner eine sehr positive Bilanz. Auch er würdigte insbesondere das Novum der praktisch ins Jugendhaus integrierten Jugendberatungsstelle.

Stadtrat Ernst Brem, jetzt oberster Chef dieser Beratungsstelle, (1974 bei der ersten Schliessung unterstand ihm noch das «Juhu») äusserte, dass alle Gemeinden eine solche Institution bräuchten. Durch Schliessung und Ausweispflicht verlagerten sich die Probleme einfach in die Stadt Zürich. In Schlieren hätten wir eine beträchtliche Drogenszene; rund ein Dutzend Fixer seien namentlich bekannt, einen Todesfall habe es schon gegeben. Zudem wachse die Jugendkriminalität stark an.

Vom 6. April 1979 an öffnete das Jugendhaus jeweils am Freitagabend seine Cafeteria und sein Musikzimmer. Es wurde ein striktes Rauch-, Alkohol- und Drogenverbot eingehalten.

Der neuerliche Start war optimal gelungen, und es folgte eine lange und gute «Juhu»-Zeit. Sie dauerte mit Lichtblicken und vielen Flauten rund zwei Jahrzehnte.

Am 15. Juli 2004 ging das Haus in Flammen auf, 14 Tage vor dem beschlossenen Abriss. Der Brand hatte sicher keine technische Ursache, denn das Haus stand bereits 2 Jahre leer, ohne Strom.

Der Rest ist schnell erzählt. Der Stadtrat ordnete den Abbruch der Brandruine an. Kaum jemand drückte sein Bedauern aus. Und es ist seither auch kein politischer Vorstoss für eine weitere, ähnliche Institution lanciert worden.

Schlieren als Bezirkshauptort?

1954 hatte Hans Eicher von Birmensdorf im Kanton eine Einzelinitiative eingereicht, in der er die Schaffung eines Bezirks Dietikon forderte. Der Vorstoss stiess in den betroffenen Gemeinden auf Sympathie, wurde vom Kantonsrat jedoch abgelehnt. 1958 doppelte Kantonsrat Stocker aus Dietikon mit einer entsprechenden Motion nach. Sie wurde aber erst 1970 (!) behandelt. Beide Vorstösse machten geltend, dass das Limmattal eine geografische Einheit sei und damit ein Unding, dass die 67 000 Einwohner der elf Gemeinden mit der fünfmal grösseren Stadt Zürich zusammen eine politische Einheit bilden müssten. Bei den Wahlen entstünden groteske Situationen.

In der Tat waren die Bezirksbehörden personenmässig zu Monstern geworden. Die vielen Kandidaten konnten den Stimmberechtigten kaum bekannt sein. Der Bezirk Limmattal wäre bei einer Abspaltung der siebentgrösste von insgesamt elf geworden. In verschiedenen Bereichen hatten sich acht bis elf Gemeinden bereits zu gut funktionierenden Zweckverbänden zusammen geschlossen oder hatten eigene Institutionen: Spital, Planungsgruppe, Kehrichtverbennung, Kläranlage, Verkehrsbetriebe Limmattal, Kantonsschule usw.

In einer Umfrage bei den Gemeinden sprachen sich Dietikon, Geroldswil und Oetwil für Dietikon als Hauptort aus, alle übrigen für das zentraler gelegene Schlieren. Neben diesen beiden Ortsnamen wurde auch «Limmattal» als Name für den Bezirk genannt. In Gesprächen mit Gemeindepräsidenten anderer Bezirke stellte ich diesen oft die Frage: «Könntet ihr euch vorstellen, zusammen mit einer Stadt wie Zürich einen gemeinsamen Bezirk bilden zu müssen?» Die Antwort war jedesmal: Nein, überhaupt nicht.

1978/79 kam die Bildung eines eigenständigen Limmattaler Bezirks zumindest im Regierungsrat endlich ins Rollen. Wir merkten aber, dass die mangelnde Einigkeit über den künftigen Bezirkshauptort massgeblich an der Verzögerung schuld war. Im Oktober 1979 fragte die zuständige Direktion des Innern Dietikon und Schlieren nach geeigneten Standorten für das Bezirksgebäude und -gefängnis. Natürlich hatten beide Städte geeignete Grundstücke zur Verfügung. Im Stadtrat Schlieren merkten wir, dass unser Nachbar Dietikon mit 23 000 Einwohnern (Schlieren hatte «nur» 13 000) die Wahl zum Bezirkshauptort zu einer Prestige-Angelegenheit machte.

In einer Interpellation im Schlieremer Gemeinderat bezeichnete Peter Suter die Bildung einer eigenen, zahlenmässig überschaubaren Bezirksschulpflege als vordringlich und stellte die Frage, ob die «Würde» eines Bezirkshauptorts überhaupt Vorteile bringe und die Konkurrenz zwischen beiden Städten nicht eher schade.

Von massgebenden Funktionären im Departement des Innern war immer wieder zu hören, dass bis zum Vorliegen einer abstimmungsreifen Vorlage noch sehr viele Probleme zu lösen seien und die Verwirklichung eines eigenen Bezirks durchaus noch sechs bis sieben Jahre dauern könnte.

Im Februar 1980 stellte ich dem Stadtrat den Antrag, Schlieren solle auf den Anspruch als Bezirkshauptort verzichten. Meine Ratskollegen stimmten mir schliesslich zu. Von da an ging es in der Regierungsetage erstaunlich rasch vorwärts.

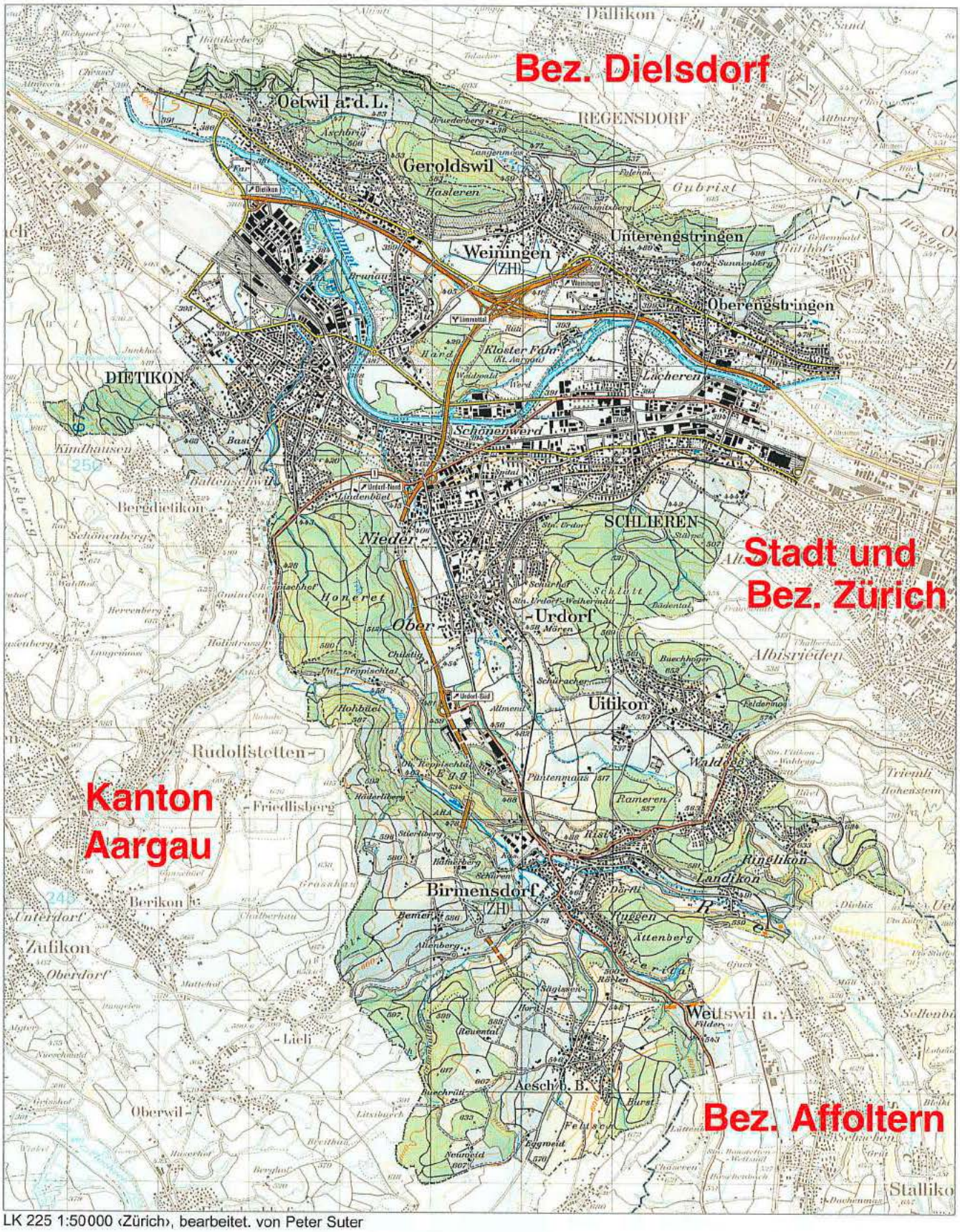
Rasch ?

Die kantonale Abstimmung fand erst am 10. März 1985 statt und schuf gleich ein neues Problem: Mit 155 080 JA zu 114 543 NEIN (Stimmbeteiligung 39,8%) stimmte nämlich der Kanton zu, aber die 11 Limmattalgemeinden schickten die Schaffung eines eigenen Bezirks bachab. Eine weitere Intiative «zur Abschaffung des Bezirks Dietikon» fand dann aber in der kantonalen Abstimmung vom 6. März 1988 mit 68 709 JA und 128 933 NEIN (Stimmbeteiligung 29.4%) keine Zustimmung mehr. Und so kam endlich«unser» Bezirk endgültig zustande.

Erst jetzt, 50 Jahre nach dem ersten Vorstoss, soll in Dietikon endlich ein Bezirksgebäude mit Gefängnis gebaut werden.

Einwohnerzahlen	1980	2006
Aesch	982	983
Birmensdorf	4 207	5 546
Dietikon	21 765	22 281
Geroldswil	3 925	4 422
Oberengstringen	6 154	6 252
Oetwil an der Limmat	1 399	2 215
Schlieren	12 891	13 278
Uitikon	2 763	3 735
Unterengstringen	2 290	2 900
Urdorf	8 589	9 118
Weiningen	3 054	4 038
ganzer Bezirk	62 830	74 736
Fläche	6 006 ha	

Der Bezirk Dietikon



LK 225 1:50000 ‹Zürich›, bearbeitet. von Peter Suter

Die Stadtbibliothek und ihre Vorgänger

Kultur auf Schmalspur, aber in Doppelspur

Als ich 1962 in den Gemeinderat (Exekutive) gewählt wurde, bekam ich als Polizei- und Landwirtschaftsvorstand von meinem Vorgänger, Hans Durtschi, zusätzlich das Präsidium der Bibliothekskommission zugeteilt. Über diese «Würde» informierte er mich folgendermassen: *«Wir haben eine Gemeindebibliothek im Keller des «Nähhüslis» an der Schulstrasse. Sie funktioniert gut. Unser tüchtiger Bibliothekar Walter Meyer hält jeden Freitagabend während drei Stunden den Raum offen und gibt die gewünschten Bücher aus, sofern sie vorhanden sind. Im Jahr kostet diese Einrichtung rund Fr. 2000 für neue Bücher. Du brauchst jedes Jahr zu einer Sitzung zur Beschlussfassung über den Ankauf einzuladen. In der Kommission sind auch noch zwei fleissige Frauen, die zusammen mit der Familie Meyer die neuen Bücher einbinden und beschädigte wieder in Ordnung bringen.»* Ich tat, wie mir geraten, und stellte fest, dass die Bibliothek tatsächlich gut funktionierte und ihre Stammkundschaft hatte.

Neben dieser Gemeindebibliothek gab es in der «Krone» eine Arbeiterbibliothek, welche von der Gemeinde ebenfalls einen jährlichen Beitrag von Fr. 1 000 erhielt. Sie war von den Arbeiterorganisationen in denselben Jahren gegründet worden, als auch die Arbeitervereine entstanden, die im Jahrheft 2006 beschrieben wurden.

Im Gespräch mit meinen beiden Gemeinderatskollegen von der SP, Sepp Stappung und Fritz Blocher, kam ich auf diese Doppelspurigkeit im kulturellen Bereich zu sprechen: «Wir betreiben in Schlieren für einen relativ kleinen Kreis von Lesern zwei einfache Bibliotheken mit einem ähnlichen Angebot an Lesestoff. Der wesentliche Unterschied ist wohl, dass im «Nähhüsli» die Werke von Karl Marx fehlen, sie in der «Krone» zwar im Regal stehen, aber von niemandem verlangt werden.» Die beiden Kollegen haben mir nicht widersprochen.

Die Arbeiterbibliothek wurde – soweit ich mich erinnere – Ende der 60er-Jahre mangels Benützer aufgehoben, die Gemeindebibliothek von Edwin Weinmann und seinem Team auf bescheidenem Niveau in den ungeeigneten Räumen weitergeführt.

1975 reichte die Gemeinderätin Elsbeth von Aesch mit 5 Mitunterzeichnern folgende Motion ein: *Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat Antrag auf Ausbau der Stadtbibliothek und deren Reorganisation nach den Richtlinien der Kantonalen Kommission für Jugend- und Volksbibliotheken zu stellen.*

In der Behandlung durch den Gemeinderat erwähnte sie, dass das Bücherangebot erweitert und in wesentlich grösseren und attraktiveren Räumlichkeiten ausgestellt werden müsse, wofür das bisherige Budget von Fr. 3 000 natürlich nicht genüge.

Die entscheidende Wende

Die Motion von Aesch brachte Bewegung in die Sache. Schulpräsdent Kurt Frey überzeugte sowohl den Stadtrat als auch am 2. Juni 1976 den Gemeinderat von der Notwendigkeit, in einem ehemaligen Ladenlokal an der Bahnhofstrasse 4 für rund Fr. 250 000 eine Stadtbibliohek einzurichten. Statt des bisherigen Beitrags von Fr. 4000 wären für Miete und Betrieb von 1977 an jährlich Fr. 45 000 aufzuwenden.

Anlässlich der Einweihung im April 199 musste ich als früherer Präsident der Bibliothekskommission neidlos anerkennen, dass wir während Jahrzehnten den Schlieremern eine allzu bescheidene Auswahl an Lesestoff in einer noch bescheideneren Umgebung angeboten hatten. Jetzt standen ihnen auf Anhieb 5000 Bücher, 450 Schallplatten und Kassetten, 90 Lernspiele, 7 Tageszeitungen und 14 Zeitschriften zur Verfügung. Die Hauptarbeit der Organisation und Einrichtung besorgten 16 Frauen in rund 2200 Arbeitsstunden unter Leitung der Initiantin Elsbeth von Aesch.

Die einstige Gemeindebibliothek im «Nähhüsli» nahmen rund 150 Einwohner, d.h etwas mehr als 1% der Bevölkerung, in Anspruch. 10 Jahre nach der Eröffnung der Bibliothek an der Bahnhofstrasse profitierten 1800 Personen, d.h. 14% der Einwohnerschaft, vom grösseren und schöneren Angebot.

Das Ende der «Wagi» aus meiner Sicht

Meilensteine auf dem Weg zum Aus

Im Jahrheft 2006 habe ich Aufstieg und Blüte der «Wagi» und den beginnenden Niedergang bis in die 70er-Jahre geschildert.

Ein erster Meilenstein auf ihrem letzten Wegstück war 1960 die De-facto-Übernahme der SWS durch den Schindler-Konzern bzw. die Pars-Finanz Hergiswil, die nun 99 % aller Aktien hielt, obwohl Schindler noch 1956 das Versprechen abgegeben hatte, nie mehr als ein Drittel der Aktien zu erwerben.

Eine Berg- und Talfahrt der Hoffnungen

In den 70er-Jahren tritt in der gesamten Wirtschaft eine Rezession ein, spürbar auch in Schlieren und besonders in der «Wagi». Im Mai 1975 entlässt Schindler vorwiegend in Schlieren 100 Mitarbeiter. Zwei Hauptgründe werden für diese Massnahme genannt:

1. Schweizweit ist die Bautätigkeit massiv zurück gegangen, wodurch auch weniger Aufzüge verkauft werden konnten.
2. Sowohl von der SBB als auch von den Privatbahnen sind weniger Wageneinheiten in Auftrag gegeben worden.

Die vier grossen schweizerischen Fabriken im Waggonbau[1],

- die SIG, Schweizerische Industriegesellschaft Neuhausen am Rheinfall,
- die SWS, Schweizerische Wagons- und Aufzügefabrik Schlieren,
- die FFA, Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein (SG) und
- die Waggonfabrik Schindler, Pratteln,

können nun ihre Produktionskapazität nicht einmal mehr annähernd ausnutzen, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg angesichts des inländischen Nachholbedarfs und der Kriegsschäden in den Nachbarländern aus- oder aufgebaut hatten.

1976 kann das erste «Tram 2000» – entwickelt von der «Wagi» – ausgeliefert werden, von dem die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich eine erste Tranche von 60 Einheiten bestellt haben. Ab Mai sollen jeden Monat zwei weitere dieser Fahrzeug-Kompositionen folgen. Und ab August ist der fahrplanmässige Einsatz vorgesehen.

[1] Siehe dazu auch Seite 54

Eine Doppeltraktion des «Trams 2000» der Linie 11 am Paradeplatz.
Seinen Namen erhielt dieses modernste Rollmaterial, weil die fortlaufende Nummerierung nach Wagentyp erstmals die 2000er-Grenze überschritt. Gleichzeitig sollte damit propagiert werden, dass das öffentliche Verkehrsmittel Strassenbahn auch im neuen Jahrtausend seine Existenzberechtigung haben werde.

Diesem Lichtblick folgt sogleich der nächste Dämpfer:

1978 reduzieren die SBB die Bestellung von Personenwagen drastisch. Um ihren Wagenpark à jour zu halten, hätten sie jährlich 80 neue Einheiten in Dienst stellen müssen. Aus Spargründen bestellen sie gerade noch 20 RIC-Wagen.[2]

Auf dringenden Wunsch der Belegschaft, der dem Stadtrat auch durch Mitglieder des Gemeinderates nahegelegt wird, macht sich eine Delegation nach Bern zu den Spitzen der SBB und zu Bundesrat Ritschard auf. Im Jahrheft 2006 habe ich eingehend geschildert, wie wir mit leeren Händen zurückkehrten.

Mit der «Sparübung» der SBB befasste sich auch die Wirtschaftszeitung «Bilanz». Sie stellte fest, dass die schweizerischen Wagenbauer nur mit halber Kraft arbeiteten. In den 4 Jahren von 1977–80 hatten sie insgesamt nur gerade 60 neue Wagen geliefert. Dazu schrieb die «Bilanz»: *Wenn die SBB im gleichen atemberaubenden Tempo weiter investieren, so wird es volle 100 Jahre dauern, bis der Wagenpark nur ein einziges Mal erneuert ist.*

An dieser Situation kann auch eine an sich schöne Bestellung aus Saudi-Arabien nicht mehr viel ändern. Schindler Pratteln und SWS werden mit der Lieferung von 18 komfortablen Waggons für einen Wüstenzug beauftragt, der vom Persischen Golf in die saudische Hauptstadt Riad fahren soll. Die «Wagi» ist nur noch Zulieferer einzelner Komponenten und führt den Innenausbau zu Ende.

Der saudische Wüstenzug: staubdicht, vollklimatisiert. Ein Symbol? – Die «Wagi» wird in die Wüste geschickt.

Das ist mit grosser Wahrscheinlichkeit einer jener Aufträge, die mit Verlust abgewickelt werden, nur um die Kapazität einigermassen auszulasten. Dasselbe dürfte für die zwei Autotransportzüge zutreffen, welche die «Wagi» 1980 an die Furka-Oberalp-Bahn liefert.

[2] RIC = «Regolamento Internazionale Carozze», Titel des 1926 in Stresa abgeschlossenen internationalen Übereinkommens über die Ausrüstung von Personenwagen im grenzüberschreitenden Verkehr.

Für die Wynen- und Suhrentalbahn kann die «Wagi» noch 13 neue Triebwagen liefern. Aber auch dieser erfreuliche Auftrag vermag nicht darüber hinweg zu täuschen, dass die grosse Zeit des Eisenbahnwagenbaues vorbei ist. In Schlieren sind von 1974–78 rund 300 Stellen abgebaut worden.

Nur wenige Monate nach Ablieferung der ersten Triebwagen nach Aarau kommt erneut Unruhe in die «Wagi»-Belegschaft. Das Limmattaler Tagblatt berichtete ausführlich darüber:

R.M. Wie bereits gestern kurz berichtet, wurden mit Wirkung ab 1. März 1979 die Verkaufs-, Montage- und Unterhalts-Organisationen der schweizerischen Schindler- und Schlieren-Gesellschaften in der neugegründeten Firma Schindler+Schlieren-Aufzüge AG mit Sitz in Ebikon (LU) zusammengefasst. Mit dieser Massnahme will die Schindler Holding AG, Hergiswil, der auch 99 Prozent der Aktien der Schweizerischen Wagons- und Aufzügefabrik AG in Schlieren gehören, der ausländischen Konkurrenz wirkungsvoller entgegentreten. Ferner sollen die sich daraus ergebenden Rationalisierungseffekte mithelfen, die neue Firma erfolgreich der veränderten Wirtschafts- und Marktlage anzupassen. Die Schlieremer «Wagi» wird einerseits zur Produktionsstätte im Schindler-Konzern, bleibt andererseits jedoch auch als Konzern-Firma bestehen, die sich mit dem Waggonbau, der Entwicklung und Produktion von Förderanlagen sowie mit der Zulieferung von Aufzugskomponenten an die neue Schindler+Schlieren-Aufzüge AG befasst.

Die Firmengründung erfolgte offensichtlich wegen des grossen Druckes, den die ausländische Konkurrenz im Aufzüge-Geschäft auf den Schweizer Markt ausübt. Schlieren und Schindler halten zusammen rund fünfzig Prozent Marktanteile. Ungünstig für Verkauf und Produktion wirkt sich natürlich auch die nicht gerade rosige Situation auf dem Währungssektor und in der Baubranche aus.

Deshalb soll nun das Potential beider Firmen wirkungsvoller genutzt werden. Dazu sagte Schindler-Konzernleitungsmitglied H.R. Hofer anlässlich einer Pressekonferenz am Donnerstagnachmittag: «Wir sind überzeugt, dass nun die Zeit reif geworden ist, den letzten Schritt zu tun: Gemeinsam – mit einer Marke – auf dem Markt aufzutreten.»

Nicht völlig überraschend

Dieser Schritt kam nicht völlig überraschend. Schon seit 1960 ist die «Wagi» Schlieren im Besitz der Schindler Holding AG, Hergiswil (LU). Zunächst konkurrenzierte man sich weiter auf dem in- und ausländischen Markt. Schindler wie auch Schlieren verfügten über ihre eigenen originalen Techniken, doch bald wurde der Austausch von Know-how begonnen. In den Siebzigerjahren wurde dann im Schindler-Konzern die Standardisierung – für deren Aufbau auch die Konstruktionsgruppen von Schlieren eingesetzt worden sind – schrittweise vollzogen. 1975 waren

die Aufzüge für Wohnhäuser standardisiert, 1978 auch die für Geschäftsbauten. Heute ist – bis auf wenige Ausnahmen – das gesamte angebotene Aufzugsmaterial von Schindler und Schlieren bereits identisch.

Arbeitsteilung in der Produktion

Mit der Vereinheitlichung der Aufzüge wurde auch schrittweise eine Arbeitsteilung in der Produktion vorgenommen. Schlieren ist spezialisiert auf das Schachtmaterial (Türen, Kabinen, Gegengewichte), Schindler auf die mechanischen und elektrischen Komponenten (Antriebe, Sicherheitsapparate, Steuerungen). Diese Arbeitsteilung ist heute zu 80 Prozent realisiert.

Nach Gründung der neuen Firma Schindler+ Schlieren Aufzüge AG wird das Werk Ebikon für sämtliche Hochleistungs-Aufzüge, die eine anspruchsvolle technische Bearbeitung benötigen, verantwortlich sein. Schlieren wird sich auf die Fertigung von Normal-Aufzügen für Wohnbauten spezialisieren. Durch Zuteilung von Produkte-Komponenten, die nur noch an einem Ort produziert werden, soll die Erhaltung der Kapazität der einzelnen Werke ermöglicht werden.

De facto bedeutet das, dass der Aufzugbau nun in Ebikon domiziliert ist. Für einen Aufzugbauer ist die Sparte ‹Service› fast das Wichtigste oder auf lange Sicht sogar noch bedeutender als die Fabrikation. Denn nur ein gut funktionierender Unterhaltsdienst garantiert die Sicherheit der Anlagen auf Jahre hinaus.

Für alle Hochleistungs-Aufzüge ist jetzt Ebikon zuständig. Die SWS, die einst die schnellsten Aufzüge der Welt für das «Atomium» an der Weltausstellung in Brüssel geliefert hatte, ist zum Zulieferer von Bestandteilen für Schindler+ Schlieren AG degradiert worden.

An der Weltausstellung in Brüssel bringen noch «Wagi»-Aufzüge Besucher des «Atomiums» in 20 s auf 100 m Höhe.

Die wichtigste Regionaldirektion der Neugründung hat fortan ihr Domizil an der Weststrasse in Zürich. Dorthin werden 150 «Wagi»-Mitarbeiter abgezogen.

Schwarze Wolken über der letzten Meile

Anfangs Dezember 1979 macht der «Tages-Anzeiger» die Schlieremer hellhörig. Im Wirtschaftsteil steht unter dem Titel «Schweizer Waggonbau in Nöten» zu lesen: *In Branchenkreisen rechnet man auch damit, dass in absehbarer Zeit eine der vier schweizerischen Waggonfabriken verschwinden wird. Vermutlich wird Schindler nicht darum herum kommen, den in den letzten Jahren in der Verlustzone arbeitenden Waggonbau in Schlieren aufzugeben, um dafür das modernere Werk in Pratteln besser auszulasten.*

Das bewegt Heini Bloch, SP-Fraktionschef im Schlieremer Gemeindeparlament, zu folgender Interpellation:

- Ist der Stadtrat bereit, wie auch schon in andern Fällen, bei den verantwortlichen Instanzen der Schweizerischen Wagons- und Aufzügefabrik AG Schlieren umgehend zu intervenieren?
- Wenn ja, ist der Stadtrat bereit, die zuständige Firmenleitung um genaue Auskunft zu ersuchen, wie sie sich zu den im «Tages-Anzeiger» publizierten Mutmassungen stellt?
- Ist der Stadtrat bereit, sich bei dieser Gelegenheit präzis über die allgemeine wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu erkundigen, beziehungsweise anzufragen, wie weit die Sicherheit der Arbeitsplätze im Betrieb Schlieren kurz-, mittel- und langfristig gewährleistet ist?
- Ist der Stadtrat bereit, insbesondere im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit, dem Gemeinderat über die Resultate seiner Bemühungen Bericht zu erstatten?

PR-Aktion für Schüler

Trotz ihrer ungewissen Zukunft macht die «Wagi» in den Sommerferien 1980 an einer Aktion der Zürcher Schulen aktiv mit. An jedem Dienstag der fünf Ferienwochen besuchen 40 Knaben und Mädchen den Betrieb. Am Morgen führt sie zuerst eine Tonbildschau in das für sie wohl fremde Sachgebiet ein. Daran schliesst sich aktive Eigenbetätigung in der Lehrlingswerkstatt an – damals immer noch ein Musterbetrieb. Sie können mit einer modernen Zeichenmaschine eine Schraube nach Vorlage zeichnen oder es in der Elektro-Werkstatt mit Lötarbeiten versuchen. Anschliessend hat jeder Teilnehmer Gelegenheit, eigenhändig einen Kerzenständer anzufertigen und als Andenken mit nach Hause zu nehmen.

Der letzte Meilenstein

War das 2. Halbjahr 1980 im Gegensatz zum Vorjahr relativ ruhig – weder im betrieblichen Alltag noch in der Presse kam das Thema «Zukunft der Wagi» nennenswert zur Sprache – ändert das nach Neujahr 1981 schlagartig. Schindler hat sich mit dem letzten Konkurrenten, der SIG, zusammengesetzt mit der Absicht, aus der seit Jahren bestehenden Überkapazität der Schweizer Waggonindustrie heraus zu finden. Im Februar vereinbart man ein Konsortium mit folgender Arbeitsteilung: Schindler wird federführend sein und seinen Wagenbau in Pratteln konzentieren. Die SIG liefert Drehgestelle und Schlieren liefert (wenigstens) noch einige Komponenten zu. Es wird damit gerechnet, dass in den drei[3] Schindler-Waggonfabriken gesamthaft rund 600 Arbeitsplätze betroffen sind. In Schlieren haben bereits 20 Mitarbeiter ein Angebot zum Umzug nach Pratteln erhalten. Daneben rechnet man für Schlieren mit weiteren 30–40 Freistellungen, wobei echte Entlassungen so weit als möglich vermieden werden sollen.

Nach 45 Jahren: Das Aus für den Rolltreppenbau

Revisionen als Ersatz?

Mit Eisenbahnwagen «made in Schlieren» – 80 Jahre lang ein Markenzeichen– soll jetzt also Schluss sein; ebenso mit Rolltreppen. 1936 hatte die SWS in den Niederlanden erstmals eine in Schlieren in Lizenz gebaute Rolltreppe montiert. Ende der 40er-Jahre kamen dann die ersten «Schlieren»-Eigenkonstruktionen auf den Markt. Jetzt verlegt Schindler deren Produktion in die Wertheimer-Werke in Wien.

Der Schlieremer Betrieb soll sich dafür in Zukunft vor allem auf die Revision von Wagen aller Bahngesellschaften spezialisieren. Hiefür seien die langen Hallen und der Gleisanschluss geeignet.

Nur – von den SBB, dem mit Abstand grössten Kunden, ist nicht allzu viel zu erwarten. Haben diese doch genau in der Zeit, als die vier Schweizer Waggonfabriken[3] immer schlechter ausgelastet waren, ihre eigene Revisionswerkstatt in Olten massiv vergrössert.

Fördersysteme – letzte Chance für Schlieren?

Die Schindler-Tochter «Digitron» in Brügg bei Biel hatte sich in den vorangegangenen Jahren in der Fördertechnik stark engagiert und platzte aus allen Nähten. Auch in Schlieren war dafür gearbeitet worden. Der Bereich Fördersysteme sollte in Zukunft von Schlieren aus geleitet werden und die Direktion von Brügg nach Schlieren wechseln.

Aus den Erfahrungen mit Aufzügen entwickelte auch schon die SWS Förderanlagen für schwere Lasten.

In einer Pressemeldung nimmt der Stadtrat Schlieren von den Umstrukturierungen im schweizerischen Waggonbau Kenntnis. Er war zwei Tage zuvor von Schindler direkt informiert worden. Er bedauert, dass sich der Waggonbau in Schlieren auf wenige Komponenten beschränken wird, nachdem die SWS jahrzehntelang in der Schweiz die tragende Säule dieser Branche gewesen war. Gegenüber der Geschäftsleitung von Schindler gibt der Stadtrat der Hoffnung Ausdruck, dass die neuen Fabrikationszweige einen vollwertigen Ersatz für die auslaufenden Bereiche darstellen und für alle direkt betroffenen Mitarbeiter die Arbeitsplatzfrage in allen Teilen befriedigend gelöst wird.

Mit dem Abschied vom Waggonbau (es werden nur noch Wagenseitenwände angefertigt und dann nach Pratteln geschickt) und den paar wenigen Revisionen von SBB-Wagen beginnt sich die Belegschaft der «Wagi» abzufinden. Am 1. April nimmt «Digitron»-Direktor Dr. Max Baumgartner seine Tätigkeit in Schlieren auf. Im «Schlieren-Magazin», der Hauszeitung für alle «Wagi»-Mitarbeiter, werden «unser Partner Digitron» und die wichtigsten Produkte dieser 1976 erworbenen Schindler-Tochter näher vorgestellt; ebenso acht unter dem Namen «Schindler-Lagersysteme» in Betrieb stehende Grossanlagen in sechs Ländern in Europa und Amerika.

[3] Siehe dazu Seite 54

Zu Hoffnungen Anlass gibt schliesslich auch ein Inserat in derselben Zeitschrift:

Im Rechnungsjahr 1981 wird zwar nochmals ein Verlust von 3,5 Mio. Franken eingefahren. Doch die betriebsinternen Prognosen tönen positiv: Die Branche Fördersysteme ist zukunftsträchtig.

Schock per Handzettel am Werkausgang

Im Herbst 1982 kommt eine neue Hiobsbotschaft von den SBB. Am Mittwochabend des 10. Novembers bekommen die Mitarbeiter beim Verlassen der «Wagi» eine schriftliche Mitteilung der Geschäftsleitung in die Hand gedrückt, dass die SBB die für 1983 versprochene Revision von 40 Personenwagen annuliert haben. Deshalb müssten die 15 in der Revision Beschäftigten entlassen und ab Neujahr in einem Grossteil des Werkes Kurzarbeit eingeführt werden. In der Belegschaft befürchtet man, dass es nicht bei den 15 Entlassungen bleibt, sondern es schliesslich über 100 der gegenwärtig noch 900 Mitarbeiter treffen wird.

Die Besorgnis um die Arbeitsplätze drückt sich im Schlieremer Gemeinderat und im Kantonsrat aus. In Schlieren verlangt die SVP sogar, dass der Stadtrat nach Bern fahren müsse. Und im Kantonsrat beantragt der Schlieremer SP-Vertreter Heini Bloch, das für die S-Bahn benötigte Rollmaterial nur im Kanton Zürich in Auftrag zu geben. Gemeint sind damit die «Wagi» und die SLM (Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur). Bloch hat nämlich vernommen, dass die Beschaffung dieses Rollmaterials international ausgeschrieben werden muss. Das passe aber ganz schlecht zur Tatsache, dass das Zürcher Volk den Löwenanteil der S-Bahn-Kosten zu tragen habe.

«Wagi»-Direktor Keller empfängt schliesslich eine grosse Delegation der SP Schlieren mit Nationalrat Sepp Stappung, Kantonsrat Heini Bloch und Stadtrat Willy Bolliger. Er kann ihnen aber nur mitteilen, dass das weitere Schicksal einer grossen Zahl von Arbeitsplätzen weitgehend vom Auftrag der SBB abhänge.

Von der Schindler-Zentrale in Ebikon kann kaum Hilfe erwartet werden. Schindler rechnet wegen eines spürbaren Auftragsrückgangs aus dem Ausland für das Jahr 1983 mit einem Abbau von 120–160 Stellen, also ca. 10% der Beschäftigten.

In der Bundesstadt findet am Samstag, 27. November 1982, eine Demonstration der Bundesangestellten statt. Über 100 «Wagi»-Mitarbeiter beschliessen, daran teilzunehmen und mit eigenen Transparenten für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu werben.

«Wagi»-Arbeiter ziehen gemeinsam mit den demonstrierenden Bundesangestellten durch Berns Strassen.

Als erste Folge der aufgekündigten Revisionen pensioniert die «Wagi» im Dezember 25 Mitarbeiter vorzeitig.

Einige Wirkung haben die Aktionen der Gewerkschaften und der Politik vom Herbst 1982 doch bewirkt. Im Januar 1983 spricht eine Delegation von «Wagi»-Arbeitern, verstärkt durch Nationalrat Sepp Stappung, bei Bundesrat Ritschard vor. Dieser beantragt im Parlament einen Kredit von 9 Mio. Franken für den Umbau von Güterwagen, zusätzlich zu den bereits beantragten 50 Mio. zur Beschaffung von Personenwagen. Der Nationalrat stimmt dem knapp zu; doch in derselben Märzsession streicht der Ständerat den Kredit wieder. (Von diesen Wagen hätte die «Wagi» ohnehin nur die Seitenwände liefern können.) Aus der zusätzlichen Beschaffung von SBB-Wagen wird also nichts.

In der gleichen Zeit hat die Spitze der «Wagi»-Arbeiter-Kommission in Bern eine Unterredung mit Ständerat und Schindler-Verwaltungsratspräsident Muheim. Willy Bolliger erinnert sich noch gut an dessen Äusserung: «Die SWS in Schlieren wird immer zu Schindler gehören.»

Im Schindler-Geschäftsbericht 1982 wird erwähnt, dass der Auftragsbestand 4,1% unter dem Vorjahreswert gelegen habe und im Moment in den Betrieben Ebikon, Pratteln und Schlieren 10–25% Kurzarbeit geleistet werde.

Der Blitz schlägt ein – nicht ganz aus heiterem Himmel

Soweit die «Wagi»-Chronik bis März 1983. Ich wechsle jetzt die Form der Erzählung und gebe ihr eine persönliche Note, denn es folgen nun die zwei dramatischsten Monate meiner Präsidialzeit in Schlieren.

Spannung baut sich auf

Um den 10. April 1983 teilt mir ein Kaderangehöriger von Schindler streng vertraulich mit:

«Die Konzernleitung hat beschlossen, den gesamten Betrieb Schlieren zu schliessen. Gegenwärtig wird ein Sozialplan ausgearbeitet. Bis dieser vorliegt, darf niemand von der Schliessung erfahren. Ich bin aber der Überzeugung, dass Sie als Stadtpräsident von dieser Absicht Kenntnis haben sollten, auch wenn das die Geschäftsleitung nicht will.»

Ich bin geschockt. Denn ich kenne wohl über 100 Mitarbeiter, die seit Jahren oder gar Jahrzehnten in der Wagi arbeiten. Sie alle sind stolz auf «ihre» Eisenbahnwagen und auf das Zürcher «Tram 2000», ob sie nun an dessen Entwicklung beteiligt waren oder einfach nur die Türen montiert haben. Ich weiss, dass sie in den letzten Jahren in Sorge um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze waren. Und sie haben in dieser Zeit im Wissen um die defizitären Jahresabschlüsse auf Lohnforderungen verzichtet.

Zwei oder drei Tage nach mir wird auch Willy Bolliger von derselben Quelle wie ich informiert, ebenfalls mit der Bitte um absolute Verschwiegenheit. Bolliger ist einer meiner acht Kollegen im Stadtrat, Mitarbeiter der «Wagi», Sozialdemokrat, Präsident der «Wagi»-Betriebskommission und somit oberster Gewerkschafter im Betrieb. Ich sitze mit ihm zusammen. Uns beiden ist klar, dass wir die übrigen sieben Stadtratskollegen nicht informieren können und dürfen. Wenn die Schliessung publik werden sollte, bevor der Sozialplan steht, darf das Leck nicht bei jemandem von uns sein. Wir überlegen uns, was alles vorzukehren ist für den Fall, dass die Situation eskalieren sollte. Denn davor haben wir gewaltig Angst. Nach etwa zwei Tagen ziehe ich als einzigen weiteren Mitwisser den Stadtschreiber Peter Hubmann ins Vertrauen. Jeder von uns dreien legt sich zurecht, was er am Tag X sagen will und was bereits in geschriebener Form vorliegen sollte.

Nach einigen Tagen erfahre ich aus derselben Quelle, dass auch Bundesrat Furgler als Chef des Volkswirtschafts-Departements über die bevorstehende Schliessung persönlich informiert worden ist. Kurz nachher wird auch Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektor Hans Künzi von hoher Schindler-Stelle ins Bild gesetzt. Immer wieder denke ich, dass in den nächsten Tagen zumindest «Wagi»-Direktor Keller bei mir anruft. Aber nichts dergleichen geschieht. In der «Wagi» ist es derweil ruhig, wie mir Willy Bolliger bestätigt.

Am täglichen Mittagessen bei mir im «Schürrain» sitzt am Tisch neben mir unser ältester Sohn. Er ist 24-jährig und wohnt noch bei uns. Er arbeitet in der «Wagi» und bildet Lehrlinge zu Maschinenmechanikern aus. Ich weiss, dass er jetzt, anfangs Mai, wieder neue Stiften für die vierjährige Ausbildung erhält. Eigentlich müsste ich ihm sagen, dass diese ihre Lehre sicher nicht mehr bei ihm abschliessen können. Weil ich weiss, dass ihn das ungeheuer belasten würde, schweige ich und habe ein schlechtes Gewissen.

Tag um Tag vergeht. Mein Telefon zu Hause und im Büro bleibt stumm – wenigstens in Bezug auf den erwarteten Anruf aus Ebikon. Am Montag, 9. Mai 1983, treffe ich meine Stadtrats-Kollegen an der Gemeinderatssitzung. Ich frage sie, ob sie über das verlängerte Auffahrts-Wochenende erreichbar seien, falls irgend etwas Ausserordentliches einträte. Sie sind erstaunt ob dieser Frage, geben aber willig Auskunft. Am Auffahrtstag setze ich mich kurz mit P. Hubmann und W. Bolliger zusammen. Letzterer berichtet, dass sich im Betrieb Unruhe ausbreitet und das «Geheimnis» kaum noch lange ein Geheimnis bleiben könne.

«Wagi»-Direktor Keller

Ich telefoniere mit Direktor Keller und sage ihm, was ich weiss und was ich davon halte. Er teilt mir mit, dass in der darauf folgenden Woche Belegschaft und Öffentlichkeit orientiert würden. Ich erkläre ihm: «Das ist zu spät!» Wir teilen das auch per Eilboten in einem Brief der Konzernleitung in Ebikon mit. An diesem Auffahrt-Donnerstag informiere ich den gesamten Stadtrat an einer kurzfristig anberaumten Sitzung. Schindler reagiert (wenigstens jetzt) rasch und zieht den für Dienstag programmierten Event auf Montag, den 16. Mai 1983, vor.

Inzwischen habe ich auch erfahren, aus welchem Grund der Stadtpräsident von Schlieren nicht über die wirtschaftlichen und firmeninternen Hintergründe dieses folgenschweren Entscheides ins Bild gesetzt wurde. Man glaubte in Ebikon, der Stadtrat könne nicht dicht halten und die Schliessung würde zu früh publik.

Muss ich meinen damaligen Gemütszustand noch beschreiben?

Ich bin tief traurig. Als Schlieremer, der seit Kindesbeinen diesen Betrieb und unzählige Mitarbeiter kennt, und jetzt weiss, welche fatale Botschaft auf sie zukommt. Ich bin aber auch stocksauer und wütend, weil die ferne Konzernleitung in Ebikon oder Hergiswil es nicht für nötig gehalten hat, dem Stadtrat Schlieren oder wenigstens dem Stadtpräsidenten das Vorhaben mitzuteilen und zu begründen. Wütend auch, weil es die erste grosse Betriebsschliessung in der Schweizer Maschinenindustrie ist. Meinen beiden Mitwissern Willy Bolliger und Peter Hubmann ergeht es nicht anders.

16. Mai 1983 – der Blitz schlägt ein

Am Morgen ruft in der «Wagi» Direktor Fritz Keller das Kader zusammen. Er teilt mit, aus welchen Gründen sich die Konzernleitung für die Schliessung der SWS entschieden hat. Jeder Mitarbeiter erhält eine vierseitige Begründung, weshalb der Konzern Kapazitäten abbauen muss und warum die Schlieremer Belegschaft die leidtragende ist. In diesem Brief weisen die Herren Zeno Schindler, Dr. Bruno Dönni und Fritz Keller als Unterzeichnete darauf hin, dass für einen Sozialplan 20 Mio. Franken bereitstehen. Dann folgt noch der übliche, jetzt fast zynisch wirkende Dank und mehrmaliges Bedauern über die unumgängliche Massnahme.

Um 11 Uhr treffen sich die verfügbaren Mitglieder des Stadtrates. Ich will von ihnen wissen, ob sie einverstanden sind mit meiner Stellungnahme zum Schliessungsentscheid, die ich ihnen zum Teil schriftlich, zum Teil mündlich darlege.

Meine Kollegen sind der Meinung, dass meine Stellungnahme ruhig noch härter ausfallen könne.

Um 13 Uhr fährt das Schweizer Fernsehen mit einer Equipe der Tagesschau vor. Um 13:30 Uhr sind wir mit der nahezu vollständigen Konzernleitung der Schindler Holding im Sitzungszimmer des Stadtrates verabredet. Es fehlen nur der Verwaltungsratspräsident, Ständerat Franz Muheim, der in Bern weilt, und der designierte Konzernchef Alfred N. Schindler. Die Atmosphäre ist von Anfang an äusserst frostig.

Noch-Konzernchef Zeno Schindler und vor allem Dr. Bruno Dönni erklären, dass das vorhandene und künftige Auftragsvolumen für die Schindler-Produkte zu klein ist, um alle Werke des Konzerns aufrecht zu erhalten. Dutzende von Alternativen habe man geprüft, aber alle hätten sich als unrealistisch erwiesen. Kosmetische Massnahmen hülfen nichts. Deshalb ist die Konzernleitung zum Schluss gekommen, dass die Schliessung der SWS über alles gesehen weniger schmerzhaft ist als diejenige eines der andern Schindler-Betriebe. In der Region Zürich finden Entlassene leichter einen neuen Job als in der Zentralschweiz oder im Raum Basel. Direktor Keller ergänzt, dass die Personalvorsorge sein Hauptanliegen ist. Viele Probleme sind in den nächsten Tagen in Kadergesprächen noch auszudiskutieren. Auch er drückt sein Bedauern aus, eine so schlechte Botschaft nach Schlieren bringen zu müssen, und bittet um Verständnis.

Zeno Schindler

Dr. Dönni

Ich antworte, wie mit dem Stadtrat besprochen, mit folgenden Sätzen.

«Sie haben seit Jahren den Schlieremer Betrieb ausgehöhlt. Die Aufzüge wollen Sie in Ebikon bauen, die Waggons in Pratteln, die Rolltreppen in Wien. Auch in Berlin produzieren Sie, weil dort die Löhne niedriger sind. Dem Konzern geht es finanziell gut, die gegenwärtige Wirtschaftsflaute können Sie gut verkraften. Wir sind nicht bereit, Ihren Entscheid tel-quel *zu akzeptieren, und vermutlich geht die ganze Region mit uns einig. Schliesslich wohnt nur knapp die Hälfte der «Wagi»-Belegschaft in Schlieren. In der Region Zürich ist die S-Bahn in Vorbereitung. In der Stadt Zürich sind Aufträge für eine weitere Tranche «Tram 2000» zu erwarten, das übrigens weitgehend in Schlieren entwickelt worden ist. Wir werden prüfen, welche Schritte wir gegen Ihren Entscheid unternehmen können. Im Übrigen sind wir erstaunt und erbittert, dass Sie erst heute zu uns kommen, lange nachdem Sie in Bern den Bundesrat und in Zürich den Regierungsrat informiert haben.»*

Nach der Unterredung mit uns orientiert Schindler die in grosser Zahl aufgefahrenen Medien. Am Abend höre ich von einem Insider, was die Schindler-Delegation von meinem Auftritt gehalten hat: «Dieser Stadtpräsident soll ein Bürgerlicher sein? Der argumentiert ja schlimmer als ein Linker!»

Auf 15 Uhr ist in der Halle 5 auf der Ostseite des «Wagi»-Areals kurzfristig eine Betriebsversammlung angesetzt worden. Der Stadtrat ist dazu eingeladen, Presse und Fernsehen sind dabei.

Wir Stadträte besammeln uns beim Portier an der Grabenstrasse. Direktor Keller fragt Willy Bolliger, ob er auch dabei sein dürfe. Dieser antwortet ihm: «Ich empfehle Ihnen, besser nicht zu kommen.» Also lässt er es bleiben.

Wir gehen die rund 700 m zur Halle 5 zu Fuss durch die Fabrikhallen, vorbei an Dutzenden von Arbeitsplätzen. Es ist 10 oder 15 Minuten vor Versammlungsbeginn. Wir sind bass erstaunt, wie überall noch geschweisst, geschmirgelt, gehämmert wird. Nur ab und zu ein Blick auf die Uhr, ob es noch reicht an die Versammlung. Punkt 3 Uhr sind auch wir dort. Jetzt kommen noch die letzten, die ihr Werkzeug weggelegt haben. In Eile ist ein behelfsmässiges Rednerpult aus Paletten aufgestellt worden. Als Erster gibt Willy Bolliger als oberster Gewerkschafter im Betrieb seiner gewaltigen Enttäuschung Ausdruck und äussert den legendär gewordenen Satz: «Wir sind belogen, betrogen und verarscht worden. ... Die Wagi ist systematisch ausgeblutet worden. Der Schliessungsentscheid ist für jeden Einzelnen von uns ein Schlag ins Gesicht.» Dann bittet er mich, den Mitarbeitern die Solidarität des Stadtrates auszudrücken. Auf der folgenden Seite ist das Manuskript meiner Botschaft zu lesen, die vom Stadtrat als eher zu milde taxiert worden war.

Es sind jetzt, da ich diesen Bericht schreibe, bald 24 Jahre seit jenem schwarzen Tag vergangen. Ich werde aber auch heute noch von «Wagi»-Veteranen auf meine Worte angesprochen.

Die Versammlung dauert weniger als eine Stunde. Radio, Television und die Presse haben noch einige Fragen an mich. Kurz nach 16 Uhr gehe ich denselben Weg zurück durch die Fabrikhallen zur Grabenstrasse. Was ich dabei gesehen habe, lässt mich auch heute noch nicht los: Nur wenige Arbeiter stehen noch beieinander und diskutieren das Geschehen. Der überwiegende Teil der Belegschaft ist bereits wieder am Schweissen, Schmirgeln, Hämmern – als ob diese Leute «denen in Ebikon» zeigen wollten: *Wir glauben an unsere «Wagi». Wir leisten unsere lieb gewordene Arbeit in hoher Qualität und liefern die Aufträge fristgerecht ab.*

In Reden schafft sich die Empörung Luft, äussert sich Zukunftsangst und zeigt sich Solidarität.

Willy Bolliger, Mitarbeiter der «Wagi», Gewerkschafter, Präsident der «Wagi»-Betriebskommission und SP-Stadtrat

Zwei der vielen «Wagi»-Lehrlinge, die sich um den weiteren Verlauf ihrer Ausbildung ernsthafte Sorgen machen.

Beda Moor, damals Sekretär der Sektion Zürich des SMUV

Fritz Reimann, damals Präsisdent des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und SP-Nationalrat

Sehr verehrte Damen und Herren

Ich stehe seit gestern abend wie Sie unter dem Schock dieser Hiobsbotschaft und stelle fest, dass der heutige Tag einer der schwärzesten in der neueren Geschichte Schlierens ist. Seit Jahren habe ich mit Ihnen zusehen müssen, wie der Betrieb sukzessive in seiner Substanz ausgehöhlt wurde. Nacheinander hat man

- Rolltreppen,
- Liftwinden,
- Liftunterhalt,
- Drehgestelle,
- Konstruktion Waggonbau,

um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen, in andere Werke des Schindler-Konzerns verlegt oder besser gesagt abgeführt.

Ich bin gewaltig enttäuscht darüber, dass ein alteingesessener Innerschweizer Konzern seinen auf den Weltmärkten ehemals schärfsten Konkurrenten auf diese Art und Weise liquidiert. Persönlich fühle ich tief mit, weil ich seit Jahren durch viele Bekannte und Freunde, die hier für die Wagi leben und arbeiten, mit Ihnen verbunden bin.
Trotz allem kann ich nicht recht glauben, dass wahr sein soll, was nicht wahr sein darf. Vor nur 5 Monaten hat der Stadtrat mit Ihnen für den Revisionsauftrag der SBB gekämpft. Soll Schlieren wirklich als Waggonfabrik geschlossen werden, wo wir uns doch mitten im Zentrum einer Region befinden, die für die grössten Aufträge an die schweizerische Waggons-Industrie sorgt? Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur die beiden grössten Projekte:
Die S-Bahn und das Züri-Tram 2000, das seinerzeit übrigens pikanterweise ausgerechnet in Schlieren massgeblich entwickelt worden ist.
Sollen diese Aufträge - mit Steuern aus der Region Zürich finanziert - in Betrieben ausgeführt werden, die zum Beispiel in Prattein, Neuhausen und Altenrhein mit Grenzgängern arbeiten, während wir in Schlieren mit einem anderen Teil der Steuern die negativen Seiten der Betriebsschliessung abgelten?

Ich stelle auch fest, dass die tatsächliche Schliessung des Betriebes ein Schlag ins Gesicht der Belegschaft wäre, die es - trotz den vorher zitierten Demontagen - durch grossen Einsatz und durch Verzicht fertig gebracht hat, dass der rechnerische Abschluss 1982 über alles Erwarten gut war. Die Verkaufsabteilung bringt mit ihren grossen Anstrengungen auch jetzt noch gute Aufträge herein.

Die Entscheidung innerhalb des Schindler-Konzerns zeigt zwei Sachen klar auf:

1. Die Konzernleitung hat die Betriebstreue der Belegschaft verkannt und unterschätzt.
2. Vor allem ist die räumliche und menschliche Distanz zwischen Altdorf und Ebikon einerseits und Schlieren anderseits sehr gross - zu gross.

Die beabsichtigte Schliessung des Betriebes in Schlieren kann mit keiner ähnlichen Massnahme in der Schweiz verglichen werden. Es ist nicht dasselbe, wenn ein amerikanischer Pneuhersteller einen Filialbetrieb in der Schweiz stillegt, wie wenn das Schindler-Stammhaus das Werk in Schlieren liquidiert.
Ganz Schlieren erwartet auf jeden Fall, dass die Gebäude der SWS anderen Interessenten angeboten werden, damit wieder neue Arbeitsplätze entstehen können.

Der Stadtrat wird mit seinen zugegebenermassen beschränkten Möglichkeiten hinter der Belegschaft stehen. Er wird das um so leichter tun können,je weniger Geschirr zerschlagen wird. Es genügt, wenn die Konzernleitung ihre Schritte zu wenig gründlich überlegt hat. Von Kurzschlussreaktionen würden nicht Sie profitieren, sondern der Konzern erhielte eine Bestätigung,dass sein Entschluss richtig sei. Kurzschlüsse beim Strom blockieren die stärksten Energieträger.
An Ihrer Stelle würde ich einen Krisenstab bilden, zum Beispiel unter massgeblicher Mitwirkung von Betriebskommission und Angestelltenverein.
Einer solchen Verhandlungsdelegation und Ihnen allen wünsche ich viel Erfolg!

Heinrich Meier

Das grosse Donnergrollen

Acht Tage nach der offiziellen Bekanntgabe der Schliessung organisieren die Arbeitnehmer-Organisationen in Schlieren eine Kundgebung gegen Schindler. Der Anlass wird zu einer Demonstration gewaltigen Ausmasses. Noch nie hat ein Ereignis Schlierens Bevölkerung über alle Parteischranken und Meinungen hinweg so geeint.

Angeführt vom Stadtrat in corpore marschieren etwa 2000 Teilnehmer vom Hauptportal der «Wagi» an der Grabenstrasse über die Zürcher-/Allmend-/Schul-/Uitikoner- und Bahnhofstrasse zum Bahnhofplatz. Mindestens weitere 2000 Schlieremer säumen den Strassenrand und spenden Beifall. Mit grossen, einfallsreich gestalteten Transparenten wird das Vorgehen von Schindler verurteilt.

Zu dumpfen Trommelwirbeln werden an Galgen schwarze Fahnen getragen. Arbeiter weisen auf Tafeln auf Einzelschicksale hin.

Auf dem grossen Platz zwischen Post und Güterbahnhof geisseln die beiden SP-Nationalräte Sepp Stappung und Fritz Reimann das Vorgehen von Schindler mit scharfen Worten. Im Namen des Stadtrates und ausdrücklich auch im Namen des Regierungsrates erklärt Stappung, dass sich diese beiden Behörden unmissverständlich für die Erhaltung der Arbeitsplätze einsetzen werden.

Die meisten Zuschauer am Strassenrand haben sich dem Umzug angeschlossen, so dass an die 4000 Leute den Reden auf dem Bahnhofplatz folgen[4]. Der schon am Vortag von Behörden und Parteien erfolgte Aufruf, zu einem geordneten Verlauf der Demonstration beizutragen, wird befolgt; trotz der grossen Wut geht der Tag gesittet zu Ende.

In den Tageszeitungen finden sich danach Schlagzeilen wie

«Wagi-Debakel eint ganz Schlieren» *(Tages-Anzeiger)*
«Machtvolle Kundgebung für die Wagi» *(LiZ)*
«Eindrucksvolle Kundgebung der Schlieremer Bevölkerung mit der Wagi-Belegschaft» *(LT)*

[4] Trotz den Bemühungen von Schindler um sachliche Begründung in der Presse spürten die Schlieremer damals irgendwie, dass hier einfach ein Konkurrent ausgeschaltet wurde,

Der Donner hallt nach

Unmittelbar nach dem 16. Mai erfolgen harsche Reaktionen von Seiten des Büros des Gemeinderates und der Interfraktionellen Konferenz. Der Stadtrat wird aufgefordert, mit Schindler zu verhandeln und zu erwirken, dass der Entscheid rückgängig gemacht wird. Alle namhaften Parteien im Kanton Zürich geben Stellungnahmen ab:

Die FDP unterstützt mit Nachdruck die Regierung in deren Streben, eine Überprüfung der Schliessung zu erreichen.

SVP-Präsident Blocher zeigt sich erstaunt über die Art und Weise der Information durch Schindler: *«Man kann doch nicht einen alteingesessenen Betrieb schliessen, indem man schnell dem Volkswirtschaftsdirektor telefoniert! Man kann auch nicht bei einem um ein Drittel erhöhten Reingewinn und ungekürzten Dividenden die Entlassung von 700 Arbeitnehmern vollziehen.»*[5]

Die CVP ist bestürzt. *«So einschneidende Änderungen sind nicht geeignet, den sozialen Frieden in unserem Land zu sichern.»*

Die SP des Kantons, von Schlieren und von Dietikon sind empört über Schindler und darüber, dass der Konzern vor den folgenschweren Beschlüssen weder mit den Gewerkschaften noch mit dem Stadtrat von Schlieren verhandelt hat. Es passe auch ins Bild, dass der Konzern trotz weltweiter Überkapazität in England und Kanada Aufzugsfabriken erworben habe.

Die Presse reagiert weitgehend bestürzt und erstaunt. Es ist schliesslich das erste Mal in der Schweiz, dass ein renommierter Betrieb dieser Grössenordnung kurzerhand geschlossen wird. Bei der einige Monate zuvor erfolgten Schliessung der «Firestone Swiss» in Pratteln gingen die Emotionen viel weniger hoch.

Tages-Anzeiger und NZZ erinnern daran, dass sie schon seit etlichen Jahren immer wieder auf die Überkapazitäten im schweizerischen Waggonbau hingewiesen haben. Ebenso tönt es in den NZN (Neue Zürcher Nachrichten; CVP-orientiert).

Mit Schindler hart ins Gericht gehen das Limmattaler Tagblatt und die Limmat-Zeitung.

Boykott – die Waffe des Schwächeren

Vom Stadtrat aus nehmen wir schon am 17. Mai Kontakt auf mit dem Regierungsrat des Kantons Zürich, dem Stadtrat von Zürich sowie mit allen Gemeindepräsidenten des Limmattals. Als damaligem Präsidenten der Vereinigung aller 171 Zürcher Gemeindepräsidenten ist dies für mich kein besonderes Problem. Wir stossen überall auf viel Verständnis für unserere grosse Entrüstung. Allgemein ist man der Ansicht, dass primär die Schliessung der «Wagi» verhindert werden soll.

Ich weiss nicht mehr mit Bestimmtheit, wer zuerst das Wort ‹Boykott› erwähnt hat. War es Hans Künzi, Jürg Kaufmann oder ich? Ich weiss nur, dass der Regierungsrat, der Stadtrat von Zürich und alle Gemeindepräsidenten im Limmattal nach wenigen Tagen einig sind, dass wir Schindler am wirkungsvollsten unter Duck setzen können, wenn wir den Konzern auf der ganzen Linie boykottieren: Kein Schindler-Lift mehr, keine Service-Verträge, kein neuer Auftrag für «Tram 2000» mehr. Ohne dass wir unter den Gemeinden oder mit dem Kanton eine schriftliche Vereinbarung treffen müssen, halten sich alle an diese spontane Abmachung. Die Stadt Zürich blockiert die Option für weitere «Trams 2000». Der Stadtrat Zürich schreibt: Die Region Zürich hat ein vitales Interesse an der Erhaltung des industriellen Sektors. Sollten die Verhandlungen mit dem Schindler-Konzern über eine Produktion der Wagenkasten in Schlieren erfolglos bleiben, so behält sich der Stadtrat von Zürich eine Überprüfung der Auftragserteilung vor. Der Regierungsrat des Kantons kann die Stilllegung der SWS und den damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen «nicht akzeptieren» und erwartet, dass die Konzernleitung auf den Stilllegungsentscheid zurückkommt. Es kann doch nicht hingenommen werden, dass Aufträge der öffentlichen Hand in andere Regionen abwandern, während in der Region Zürich im betroffenen Beschäftigungssektor Arbeitslose zurück bleiben. Eine Delegation des Regierungsrates verhandelt eingehend mit einer Delegation der Schindler-Konzernleitung. Die Stadt Dietikon kauft einen Personenaufzug für das Altersheim bei einem kleinen schweizerischen Konkurrenten von Schindler.

Am 6. Juli 1983 steht im Zürcher Gemeinderat, dem Stadtparlament, ein SP-Postulat zur Abstimmung. Es verlangt, dass der Auftrag für 60 weitere «Trams 2000» nur dann an Schindler vergeben werden darf, wenn der Konzern den Schliessungsentscheid über die «Wagi» rückgängig gemacht hat. Der für den öffentlichen Verkehr zuständige Stadtrat Jürg Kaufmann wirbt für den Boykott mit den Worten: *«Sie haben erstmals Gelegenheit, sich als politische Behörde zum Fall Schindler zu äussern. Wenn Sie ablehnen, stehen auch unsere guten Beziehungen zum Kanton und zur Stadt Schlieren auf dem Spiel.»* In der namentlichen Abstimmung wird das Postulat mit 57 gegen 45 Stimmen überwiesen.

[5] Heute wissen wir: Doch – man kann! Und damit erst noch die Aktienkurse hochtreiben!

Während drei Monaten ist der Tonfall gegenüber Schindler in der Zürcher Presse sehr kritisch. Der überall durchgezogene Boykott wird anfänglich mit Erstaunen, dann mit einiger Bewunderung zur Kenntnis genommen. Auch die Journalisten sehen ein, dass er praktisch das einzige Mittel in der Hand der Behörden ist, das Schindler zu Konzessionen zwingen kann.

Gewitter kühlen die heisse Atmosphäre ab...

Der Boykott setzt Schindler tatsächlich unter Druck. Die Region Zürich ist ihr grösster Absatzmarkt in der Schweiz. Die Herren Dönni und Keller gelangen im Juni an den an den Stadtrat Schlieren und offerieren, eine ‹offene Planungsgruppe› zu bilden. Darin sollen Vertreter der Stadt Schlieren, des Kantons und der Gewerkschaften unter der Federführung von Schindler arbeiten. Ziel ist, auf dem Areal der «Wagi» in den kommenden Jahren 2000 Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Dies natürlich in erster Linie als Alternative zu der immer noch bestehenden Forderung nach Rückgängigmachung der «Wagi»-Schliessung. In der ersten Pressemitteilung der Arbeitsgruppe heisst es wörtlich: *Durch Beizug interessierter Unternehmungen sollen die auf dem freiwerdenden Werkareal abzubauenden Arbeitsplätze der «Wagi» nach Möglichkeit durch gleichartige oder gleichwertige kompensiert werden.*

Absolute Priorität hat die Schaffung vergleichbarer Arbeitsplätze für rund 300 Beschäftigte der «Wagi», die weiterhin auf den industriellen Sektor angewiesen sind. In einem Punkt lässt sich diese Absicht verwirklichen: Die «Veralit» übernimmt die komplette Metall-Veredelungswerkstatt der «Wagi» käuflich. Das sind immerhin rund 20 Arbeitsplätze.

Die Arbeitsgruppe engagiert auf Kosten von Schindler den Industrie-Architekten Peter Gysling, bis 1982 auch Mitglied des Stadtrats Schlieren.

Schon früh im Juni schreibt der Stadtrat an Schindler, dass die Verlegung der «Schindler+ Schlieren Aufzüge AG» von Zürich nach Schlieren ein Anlass für die Aufhebung des Boykotts sein könnte. Schindler ist sofort bereit, diese unsere Forderung in Erwägung zu ziehen. Im August ersucht Schindler uns aber dringend, ihnen eine solche Auflage zu ersparen. Die Stadt Zürich sei ein so grosser Absatzmarkt für Aufzüge, dass Verkauf und Unterhalt an diesem Standort bleiben müssten.

Als durchaus diskutable Alternative bietet uns Schindler eine finanzielle Beteiligung an den zu erwartenden hohen Arbeitlosengeldern, am Bau notwendiger, neuer Erschliessungsstrassen fürs «Wagi»-Areal und an der Sanierung der Gasometerbrücke.

Am 21. Juli 1983 bittet mich Volkswirtschaftsdirektor Künzi um eine dringende Besprechung in seinem Büro. Der freisinnige Nationalrat Hans Rüegg, der wohl angesehenste Exponent der schweizerischen Maschinenindustrie, redet uns zwei ins Gewissen: Das tönt kurz gefasst etwa so: *Was ihr mit dem Boykott gegen Schindler inszeniert habt, ist in der Schweiz ohne Beispiel und wird von der Industrie mit grossem Erstaunen zur Kennntnis genommen. Ihr verlangt, dass ein Betrieb aufrecht erhalten bleibt in einer Branche, in der grosse Überkapazitäten existieren. Ihr könnt doch nicht von Schindler verlangen, dass er Lifte auf Vorrat produziert, die er nachher nicht verkaufen kann. In der Industrie können wir nur herstellen, was wir tatsächlich verkaufen können. Ich rate euch ebenso freundschaftlich wie dringend, so rasch als möglich vom Boykott weg zu kommen.*

Kurze Zeit später ruft mich Stadtrat Kaufmann an, oberster Chef der städtischen Verkehrsbetriebe. Bei der VBZ wird die aufgeschobene Bestellung von 60 Einheiten «Tram 2000» dringend. Seine Worte: «*Wenn wir die Bestellung nicht in den nächsten Tagen aufgeben können, muss ich in zwei Jahren die neue Tramlinie nach Schwamendingen mit dem «goldigen Sechser» statt mit dem «Tram 2000» eröffnen. Eine Schweizer Alternative zu Schindler gibt es nicht. Es bliebe nur eine Bestellung in München oder noch weiter weg. Das würde in der Schweiz auch wieder kaum jemand verstehen. Ich rate euch, von Schindler andere Zugeständnisse zu erwirken, die mit einer Weiterführung des Betriebs vergleichbar sind.*»

Aufgabe oder Sieg nach Punkten?

In der Arbeitsgruppe «Offene Planung» wird nochmals hart verhandelt. Schliesslich können oder müssen wir zu einer Einigung Hand bieten.

Am 7. September 1983 gebe ich in einer Pressekonferenz die wichtigsten Elemente eines Vertrages mit Schindler bekannt:

Die ersten Kündigungen von «Wagi»-Leuten sind um ein halbes Jahr hinausgeschoben. Sie werden also erst im April 1984 wirksam, und deren Zahl ist anschliessend auf monatlich 25 beschränkt.

Im Weiteren hat Schindler zugesichert, dass jene Interessenten am Kauf von «Wagi»-Areal den Vorrang erhalten, die Arbeitsplätze anbieten können.

Es laufen auch Verhandlungen zwischen Schindler und SBB betreffend die Übernahme der für Revisionen geeigneten Werkhallen durch die Bahn. Dies hat auch Sepp Stappung zusammen mit der SP-Fraktion im Nationalrat verlangt. Sollte eine solche Vereinbarung zustande kommen, so verpflichtet sich Schindler, diesen Betriebszweig bis zum 31. August 1985 weiterzuführen.

Schindler und SWS führen die bereits angelaufenen Sozialplan-Verhandlungen im Sinne des Friedensabkommens in der Maschinenindustrie weiter.

Parallel zu uns teilen auch Regierungsrat und Zürcher Stadtrat das Ende des Boykotts mit.

Der Sozialplan

Auch den Arbeitnehmervertretern ist klar, dass der Betrieb nicht mehr zu retten ist. Sie legen darum das Schwergewicht auf einen guten Sozialplan. In zähen Verhandlungen mit Schindler erreichen sie tatsächlich finanzielle und andere Leistungen, die bei späteren Betriebsschliessungen anderer Firmen nicht annähernd realisiert werden. So zahlt Schindler Umschulungskosten, Reisekosten bei längerem Arbeitsweg, namhafte Abgangsentschädigungen und finanziert einen Fonds von 2 Mio. Franken für Härtefälle.

Einige wollen, was wir nicht wollen

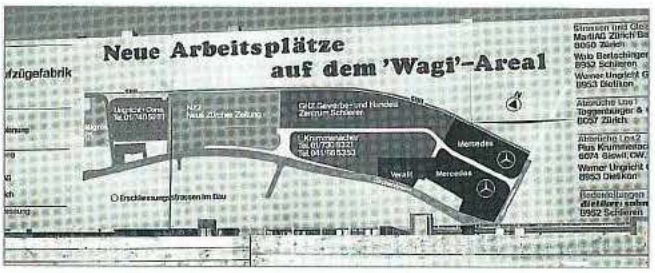
Schon Mitte 1983 wird bekannt, das sich eine Interessentengruppe (wohl eher eine Gruppe von Investoren) für einen grossen Teil des Geländes interessiert, um darauf ein Shopping-Center à la Spreitenbach zu errichten. Das schafft keine hochwertigen Arbeitsplätze und ruiniert unsere Detailgeschäfte. Umgehend teilen wir Schindler mit, dass wir ein solches Vorhaben mit allen Mitteln zu verhindern gedenken, wenn nötig bis vor Bundesgericht.

Es sind aber durchaus Interessenten vorhanden, die unseren Wünschen besser entsprechen. Sie werden uns von Schindler laufend gemeldet. Die NZZ ist einer der ersten.

Es bietet sich auch die Möglichkeit an, dass der Obwaldner Unternehmer Leo Krummenacher – bekannt geworden durch «Sarnafil» – rund ein Viertel des Areals erwirbt und die Fabrikgebäude an kleine und grössere Handwerksbetriebe vermietet. Wenig später kommen auch die Limmattaler Gewerbler unter der Initiative des Dietikers Werner Ungricht mit einem gleichen Angebot dazu. Er erwirbt den westlichen Teil des «Wagi»-Areals und vermietet die Liegenschaften ebenfalls an Unternehmen verschiedenster Grösse.

Vermittlung von Stellen

Von Anfang an hat Schindler zugesichert, den «Wagi»-Angestellten bei der Stellensuche behilflich zu sein. Das setzt sie in die Tat um. Der Personaldirektor Urs Stolz, Mitglied der Geschäftsleitung, übernimmt mit einem Team von vier bis sechs Leuten diese Aufgabe. Als guter Kenner der Situation auf dem Arbeitsmarkt gelingt es ihm über Erwarten gut, einen grossen Teil der Belegschaft zu beraten oder gleich neue Stellen zu vermitteln. Seine Tätigkeit erstreckt sich über rund zwei Jahre. Gut 500 «Wagi»-Leute, davon gegen 100 Lehrlinge, nehmen seine Dienste in Anspruch. Als am 31. August 1985 die «Wagi» endgültig geschlossen wird, sind von den verbliebenen rund 300 in Schlieren wohnhaften «Wagianern» lediglich 5 noch ohne Stelle und beziehen Arbeitslosen-Unterstützung.



Die von Schindler mitfinanzierte neue Wagistrasse zur Erschliessung des östlichen «Wagi»-Areals, wo Krummenachers Gewerbe- und Handelszentrum Schlieren AG liegt.

Blick über die Grabenstrasse ins Areal des Gewerbezentrums der Firma Ungricht und Cons.

Blick zurück – im Zorn?

Die Wagi»-Schliessung – 25 Jahre danach

Die turbulenten Zeiten 1974–84 liegen schon recht weit zurück. Fast 25 Jahre sind es seit dem emotionalen 16. Mai 1983. Eine Menge Zeit, um sich Gedanken zu machen über folgende Fragen:

1. Hat der Schindler-Konzern damals richtig gehandelt? Und welche Figur hat er dabei gemacht?
2. Haben der Regierungsrat des Kantons Zürich und die Stadträte von Schlieren und Zürich damals richtig reagiert?
3. Hat Schlieren durch das Verschwinden der Weltmarke «Schlieren» verloren oder gewonnen?

Schindler in der Rolle des Bösewichts?

Heute ist mir klar, dass sich der alteingesessene Aufzugbauer Schindler um 1980 umstrukturieren und von seinen dem Kerngeschäft fremden Aktivitäten trennen musste. Zu den Verlusten im Wagenbau kam vor 30 Jahren mit dem Stillstand im Bausektor die Absatzflaute bei den Aufzügen. Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht interessant, wie unsere kleine Schweiz überhaupt zu vier Waggonfabriken kam und es damit zu diesen Überkapazitäten im Wagenbau kommen musste.

Der älteste der vier Betriebe ist die SIG, die Schweizerische Industriegesellschaft Neuhausen am Rheinfall. 1850 gegründet als Eisenbahnwaggon-Fabrik.

Die SWS, die Schweizerische Wagonsfabrik Schlieren, war 1895 als Luxuskutschen-Fabrik nach Schlieren gekommen. Ihr Inhaber, J.C. Geissberger, erkannte rechtzeitig die Zeichen der Zeit und stieg in den Bau von Strassenbahnen und Eisenbahnwagen ein. Von der Wende zum 20. Jahrhundert an waren SIG und SWS Konkurrenten im Bau von Strassenbahnwagen und «Hoflieferanten» der Region Zürich, der Ostschweiz, der SBB und Dutzender Privatbahnen.

Die FFA, Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein (SG), gegründet 1926, waren ursprünglich die schweizerische Niederlassung der Dornier Flugzeug-Werke Friedrichshafen, weil nach dem Versailler Vertrag auf deutschem Boden keine Flugzeuge gebaut werden durften. In Altenrhein wurden die berühmten Flugboote Do-X gebaut. 1948 wurden die Dornier-Werke zu einem rein schweizerischen Unternehmen. Als einziges grosses Metall- und Maschinenbau-Unternehmen in der Ostschweiz suchte es mit der Konstruktion von Strassen- und Schienenfahrzeugen ein zweites Standbein; besonders nachdem sein berühmter P 16 im Bodensee gelandet bzw. versunken war. 1987 wurden die FFA von Schindler übernommen und bis auf den Wagenbau alle übrigen Fertigungszweige verkauft.
Heute konzipiert dort die ‹Stadler Rail› ihre Triebwagenzüge, die sie in alle Welt verkauft.

Schindler selbst nahm 1947 den Wagenbau in einem neuen Werk in Pratteln auf.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand sowohl in der Schweiz als auch in den kriegsgeschädigten Ländern Europas ein grosser Nachholbedarf an Eisenbahnwagen. Alle stürzten sich auf das grosse Geschäft mit kurzfristigem Gewinn. Mit etwas Weitsicht hätte man ausrechnen können, dass sich das Ausland von der Schweiz unabhängig machen würde und der inländische Markt zu klein war. Mit ihrem Werk in Perambur (Indien) hat die SWS seinerzeit sicher den richtigen Weg eingeschlagen, ihn aber leider in der übrigen Welt nicht weiter verfolgt.
Schindler war da aktiver, aggressiver und beschäftigt heute weltweit rund 45 000 Mitarbeiter.

Jetzt hatte also der Schindler-Konzern in Ebikon seine angestammte Aufzugsfabrik, in Pratteln und in Altenrhein (SG) je eine reine Waggonfabrik und in Schlieren einen Betrieb, der hauptsächlich in diesen beiden Sparten produzierte, für die in Ebikon und Pratteln genügend Potenzial vorhanden war. Dass also bei Schindler der Entschluss reifte, das Schlieremer Werk zu schliessen, ist aus unternehmerischer Sicht nachvollziehbar.

Bleibt die Frage, auf welchem Weg die von einem solchen Entscheid am stärksten Betroffenen informiert werden sollten. In diesem Punkt hat Schindler unglücklich, um nicht zu sagen unfair gehandelt. Bis unmittelbar vor dem Gang an die Öffentlichkeit liess man die Vertrauensleute der «Wagi»-Belegschaft und die verantwortlichen Behörden vor Ort ohne jede Orientierung über die wirtschaftliche Situation, das Vorhaben und seine Hauptgründe. Man behandelte den überaus treuen Mitarbeiterstab der «Wagi» und den Stadtrat von Schlieren als nicht vertrauenswürdige Partner, die man wohl am besten und einfachsten allesamt vor vollendete Tatsachen stellte.

Ein grosser Teil des vernichtenden Echos in den Medien und die Boykottmassnahmen der Behörden hätte vermieden werden können.

In den 3 Monaten nach dem 16. Mai 1983 hat sich Schindler eines Bessern besonnen. Die Konzernleitung hatte erkannt, dass die 20 Mio. Franken für einen Sozialplan nicht genügten. Sie musste aktiv Schadensbegrenzung betreiben.

Handelten die Behörden übereilt?

So wie die Schindler Holding den Schliessungsentscheid den Verantwortlichen in Stadt und Kanton kommuniziert hatte, konnten wir gar nicht anders reagieren. Die Reaktion in der Bevölkerung, in den Parlamenten des Kantons und der beiden Städte Schlieren und Zürich und in den Medien gaben uns Recht.

Im Juni 1983 hatte ich im Bundeshaus zu Bern ein Gespräch mit Franz Muheim, Ständerat und Verwaltungsrats-Präsident des Schindler-Konzerns. Es lässt sich im Wesentlichen auf folgende zwei Sätze reduzieren:

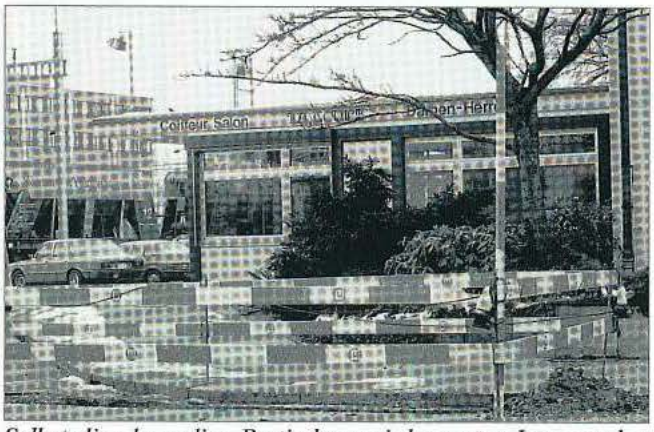
«Herr Meier, Sie haben am 16. Mai 1983 der Bevölkerung und den «Wagi»-Arbeitern nach dem Munde geredet; als Politiker darf man das nicht.»

«Herr Muheim, wenn Sie als früherer Gemeindepräsident von Altdorf in unserer Lage und gleichermassen schlecht informiert gewesen wären, hätten auch Sie nicht wesentlich anders reagieren können.»

Symbolisch: Die «Wagi» – hier der Turm – am Boden...

... und leer geräumt

Neues Leben blüht aus den Ruinen.
Als erste liess sich die «Veralit» nieder.



Selbst die ehemalige Portierloge wird genutzt: Jetzt werden hier die Besucher nicht visiert sondern frisiert.

Hat Schlieren verloren oder gewonnen?

Auf den 12 ha des ehemaligen «Wagi»-Areals sind heute rund 50 verschiedene selbständige Firmen tätig; von Zwei- und Dreimannbetrieben bis zur NZZ-Druckerei mit 200 Mitarbeitern, vom Bauhandwerker bis zum hochspezialisierten biotechnischen Forschungslabor auf internationalem Niveau. Diese branchenmässige Vielfalt der angesiedelten Betriebe bewirkt auch, dass die Gesamtheit der jetzigen Arbeitsplätze weniger krisenanfällig ist. Auf lange Sicht betrachtet war also das Verschwinden der «Wagi» für Schlieren und das Limmattal zwar ein schmerzlicher Verlust, hat aber auch Gewinn gebracht. Die zahlreichen neuen Arbeitsplätze und die grössere Wertschöpfung sprechen für diese Feststellung.

Unsere Hauptforderung, dass vergleichbare Arbeitplätze geschaffen werden mussten, hat bewirkt, dass nicht nur neue Stellen im Handel und Dienstleistungsbereich, sondern auch im industriellen Sektor geschaffen werden konnten. So nahe am Zentrum der boomenden Wirtschafts-Grossregion Zürich keine Selbstverständlichkeit. Dazu kommt, dass eine ganze Reihe Klein- und Mittelbetriebe an der Wagistrasse einen Wirkungskreis gefunden haben, den sie sonst in beträchtlicher Distanz andernorts hätten suchen müssen.

Die von Schindler auf öffentlichen Druck hin eingesetzten tüchtigen und loyalen Leute der Planungsgruppe haben wesentlich mitgeholfen, den Image-Verlust in Grenzen zu halten.

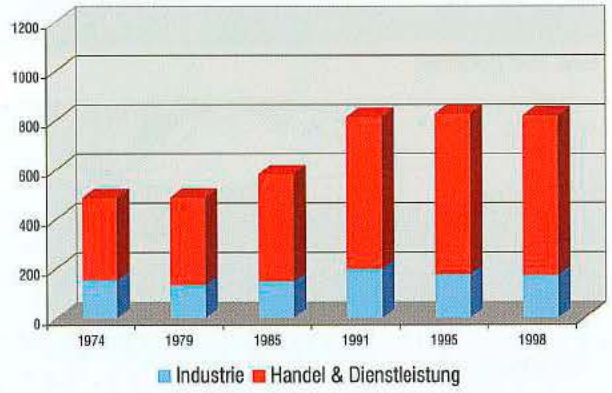
Wenn Sie mich noch nach den finanziellen Folgen für Schlieren fragen: Nun – ich kann sie nicht in Franken beziffern. Aber ich wage zu behaupten, dass kaum ein finanzieller Schaden entstand. Als Folge mehrerer defizitärer Jahresabschlüsse hatte die «Wagi» in den vorangegangenen Jahren ohnehin keine Steuerbeträge entrichten müssen, die im Finanzhaushalt noch ins Gewicht gefallen wären. Und die tüchtigen «Wagi»-Leute haben alle eine neue Stelle gefunden, an der sie wieder wirtschaftliche Werte schaffen.

Die Schliessung der Wagi in der Statistik

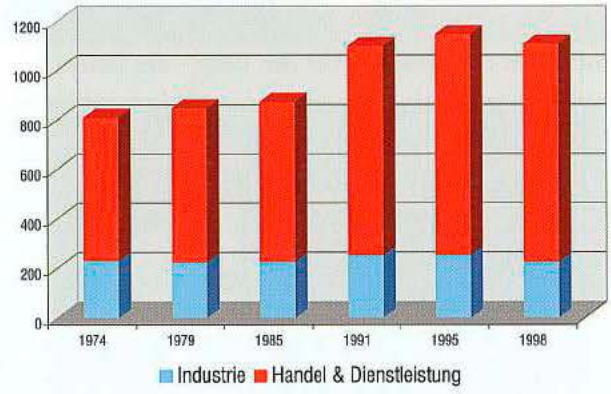
Bei der Frage nach den Folgen der «Wagi»-Schliessung ist auch ein zahlenmässiger Vergleich der Wirtschaftsstruktur und -entwicklung zwischen Schlieren und Dietikon interessant.

Dietikon hatte nie einen ähnlich dominanten Arbeitgeber wie die SWS. Dennoch hat sich – wie die Grafiken auf dieser Seite aufzeigen – die Schliessung der Wagi nicht in Extremwerten ausgedrückt. Es sind die allgemeinen, weltwirtschaftlichen Krisen der 70er- und 90er-Jahre, die das Bild dominieren.

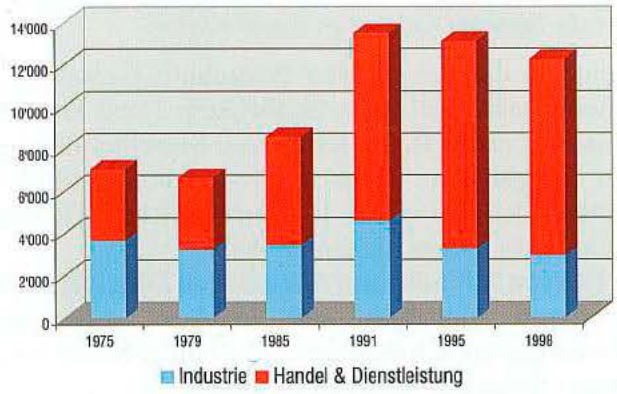
Arbeitsstätten in Schlieren



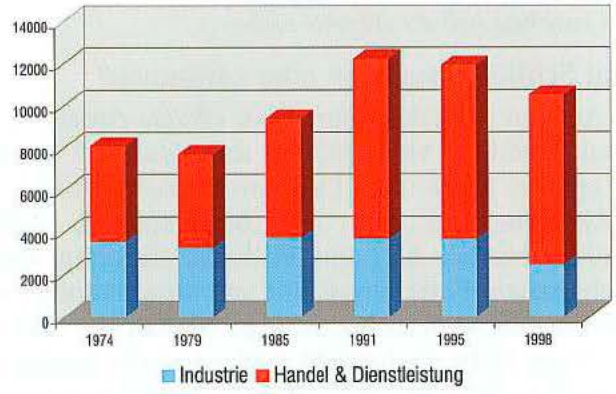
Arbeitsstätten in Dietikon



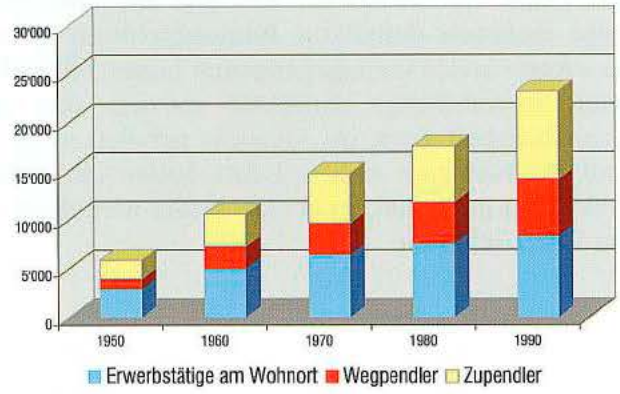
Beschäftigte in Schlieren



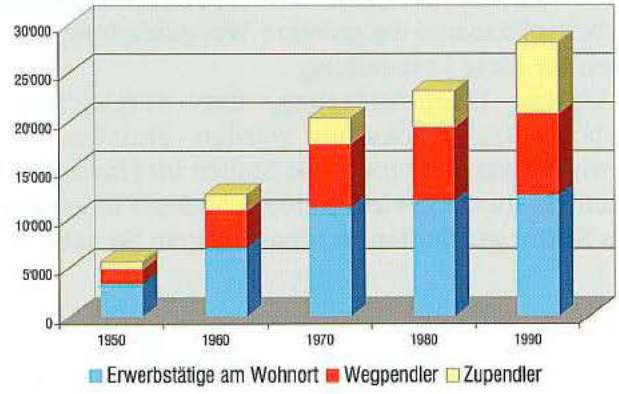
Beschäftigte in Dietikon



Pendler in Schlieren



Pendler in Dietikon



Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Schlieren und seine Familiengärten

Die Familiengärten-Tradition in Schlieren hat ihren Ursprung im Zweiten Weltkrieg 1939–1945. Die wichtigsten Lebensmittel waren rationiert. Was im eigenen Garten an Gemüse heranwuchs, bereicherte den Speisezettel der Familie. Da die meisten Einwohner schon zu jener Zeit in Mietwohnungen daheim waren, stellte die Gemeinde 4 ha eigenes Land für Familiengärten zur Verfügung. Die ersten dieser «Pflanzblätze» entstanden im «Betschenrohr». Von der Stadt Zürich pachtete die Gemeinde das spätere Fussballfeld an der Rütistrasse und stellte es zusätzlich als Gartenareal zur Verfügung. Zwischen den «Sibe Hüsli» an der Schulstrasse und der Urdorfer Bahnlinie konnten ebenfalls 100 Interessenten für einen Garten berücksichtigt werden.

Die Nachfrage nach Familiengärten hielt auch nach Kriegsende unvermindert an. Ich erinnere mich, dass in meinen ersten Amtsjahren als Landwirtschaftsvorstand im Gemeinderat immer eine Warteliste von Interessenten vorhanden war, die mit den wenigen, im Laufe der Zeit frei werdenden Parzellen nie vermindert werden konnte. So mussten wir jede Möglichkeit nutzen, die zwei bestehenden Gartenareale zu vergrössern. Das hatte zur Folge, dass Schlieren schweizweit als die Gemeinde mit dem weitaus grössten Anteil an Familiengärten galt. Die RZU (Raumplanung Zürich und Umgebung) wies auf Grund einer gross angelegten Umfrage 1979 nach, dass in Schlieren jede sechste Familie über einen Schrebergarten verfügte. In dieser Zahl waren weder die von Firmen den Mitarbeitern zur Verfügung gestellten Flächen noch diejenigen beim eigenen Haus inbegriffen.

1975 wuchs die Warteliste trotz bereits 400 Parzellen auf öffentlichem Grund und trotz ständiger Bemühungen auf 100 Interessenten an. Ich beantragte darum dem Stadtrat, in den «Mülireben» (an der unteren Steinackerstrasse) und beim «Färberhüsli» (hinter dem Limmattalspital) – beides gemeindeeigenes Land – zwei weitere Areale zu erschliessen. Damit solches Land für den Gartenbau geeignet ist, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein: Der Boden muss eine Humusschicht von mindestens 30 cm aufweisen. Alle Gartenparzellen müssen mit einem Fussweg und einer Wasserzuleitung erschlossen werden können. Liegen die Grundstücke nicht in der Nähe eines Wohngebietes, können fehlende Parkplätze zum Problem werden. Die beiden vorgesehenen neuen Areale erfüllten auch diese letzte Anforderung weitgehend. Im «Färberhüsli» erstellten wir als Novum einen zentralen Schuppen zum Deponieren von Gartengeräten. Für beide neuen Areale schrieben wir die Organisation eines Gartenpächter-Vereins vor. Dies in der Überzeugung, damit zwei Vorteile zu realisieren: Erstens wollten wir die Gemeindeverwaltung von der administrativen Aufsicht entlasten. Andererseits konnte ein aus den Vereinsmitgliedern gewählter Vorstand die Probleme zwischen Gartennachbarn besser lösen als eine räumlich und fachlich entferntere Amtsstelle.

Etwas längere Geburtswehen hatte die Bildung von eigenständigen Gartenpächter-Vereinen in den beiden traditionellen Arealen «Betschenrohr» und «Rütirain». Offenbar waren die dortigen Pächter mit der Verwaltungsabteilung Familiengärten doch relativ zufrieden. Die Suche nach einem Vereinsvorstand anlässlich einer von der Landwirtschaftsabteilung einberufenen Pächterversammlung schien ein allzu grosser Brocken zu sein. So kam der Verein im «Betschenrohr» erst ein Jahr später zustande.

Endlose Warteliste – ein weiteres Areal nötig.

Die Schlieremer machten ihrem Ruf als fleissige Gemüsegärtner nach wie vor alle Ehre. Fünf Jahre nach der Eröffnung im «Färberhüsli» und in den «Mülireben» umfasste die Warteliste schon wieder 150 Namen. So entschlossen wir uns, in der Nähe der Tennisplätze im «Unterrohr» weitere 1,6 ha bisher landwirtschaftlich genutzes Land in Familiengärten umzuwandeln. So weit weg von jeglichem Wohngebiet musste natürlich die Parkplatzfrage befriedigend gelöst werden. Und auch für einigermassen einheitliche Gartenhäuschen konnte eine befriedigende Lösung gefunden werden. Bereits selbstverständlich war, dass sich auch hier die Pächter in einem eigenen Verein organisieren mussten.

Gärten oder Wohnungen?

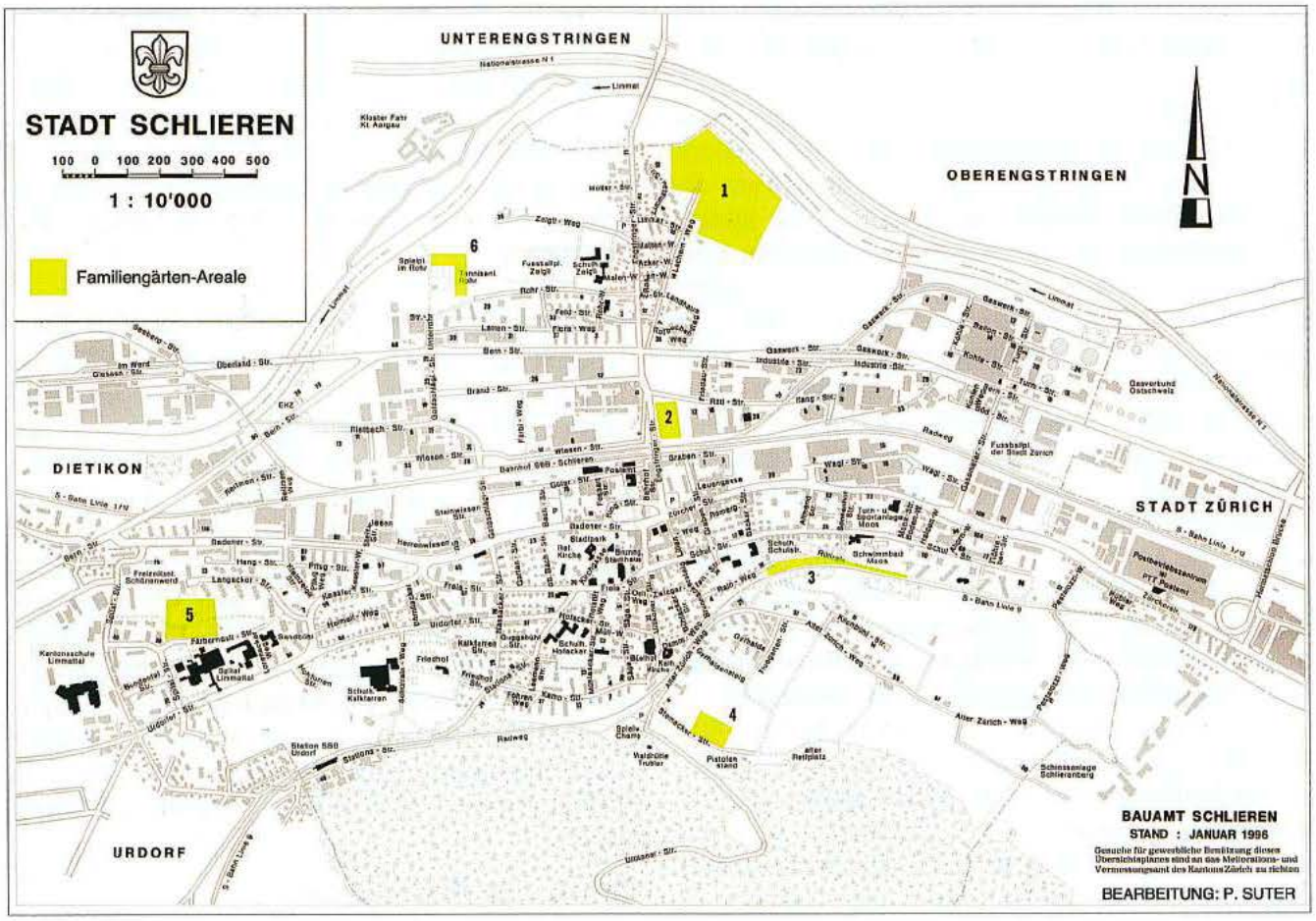
Nördlich der Überbauung Limmatstrasse (nahe der Grenze zu Unterengstringen) besitzt die Stadt seit Jahrzehnten 30 Aren eingezontes Bauland. Seit ca. 1960 befinden sich aber darauf Familiengärten. Bei der Abgabe der Gärten waren die Pächter in einer Beilage zum Vertrag darauf aufmerksam gemacht worden, dass es sich hier um Bauland handle und sie irgendwann mit der Kündigung rechnen müssten.

1980 war die Nachfrage nach baureifen Land für Wohnungen gross. Die guten Erfahrungen mit Wohnbaugenossenschaften bewogen den Stadrat, diese Parzelle einer in Schlieren bekannten

Genossenschaft zur Verfügung zu stellen. Den hievon betroffenen 23 Gartenpächtern bot man im «Rohr» Ersatz an. Der Stadtrat erklärte sich bereit, die gut erhaltenen Gartenhäuschen auf Kosten der Stadt an ihren neuen Standort zu transportieren. Gegen das Vorhaben des Stadtrats erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die 23 Gartenpächter hissten schwarze Fahnen in ihren Gärten und sammelten über 4000 Unterschriften. SP und SVP griffen zu parlamentarischen Vorstössen, in denen sie vollwertigen Ersatz verlangten.

Rund zwei Monate nach den Kündigungen debattierte der Gemeinderat zwei Stunden lang über die Angelegenheit. Einerseits wurde anerkannt, dass ein dringender Bedarf an günstigen Wohnungen bestehe und geeignetes Land Mangelware sei. Andererseits stellten Familiengärten auch ein Stück Heimat dar, und Land hiefür sei so gut angelegt wie für einen Sportplatz.

Nach der Debatte war dem Stadtrat klar, dass er diese Übung abbrechen musste; und die Baugenossenschaft zeigte ebenfalls Verständnis. Mit Ausnahme jener «Anbauschlacht-Gärten» auf dem späteren Fussballfeld beim Bahnhof gedeihen auf den andern fünf Arealen noch immer Gemüse und Beeren. Oder es werden Grillabende gefeiert.



1 Familiengärten im «Betschenrohr»

2 Während der «Anbauschlacht» 1940–45 wurde sogar der spätere Fussballplatz beim Bahnhof zu Schrebergärten umgepflügt.

3 Familiengärten am Rütirain

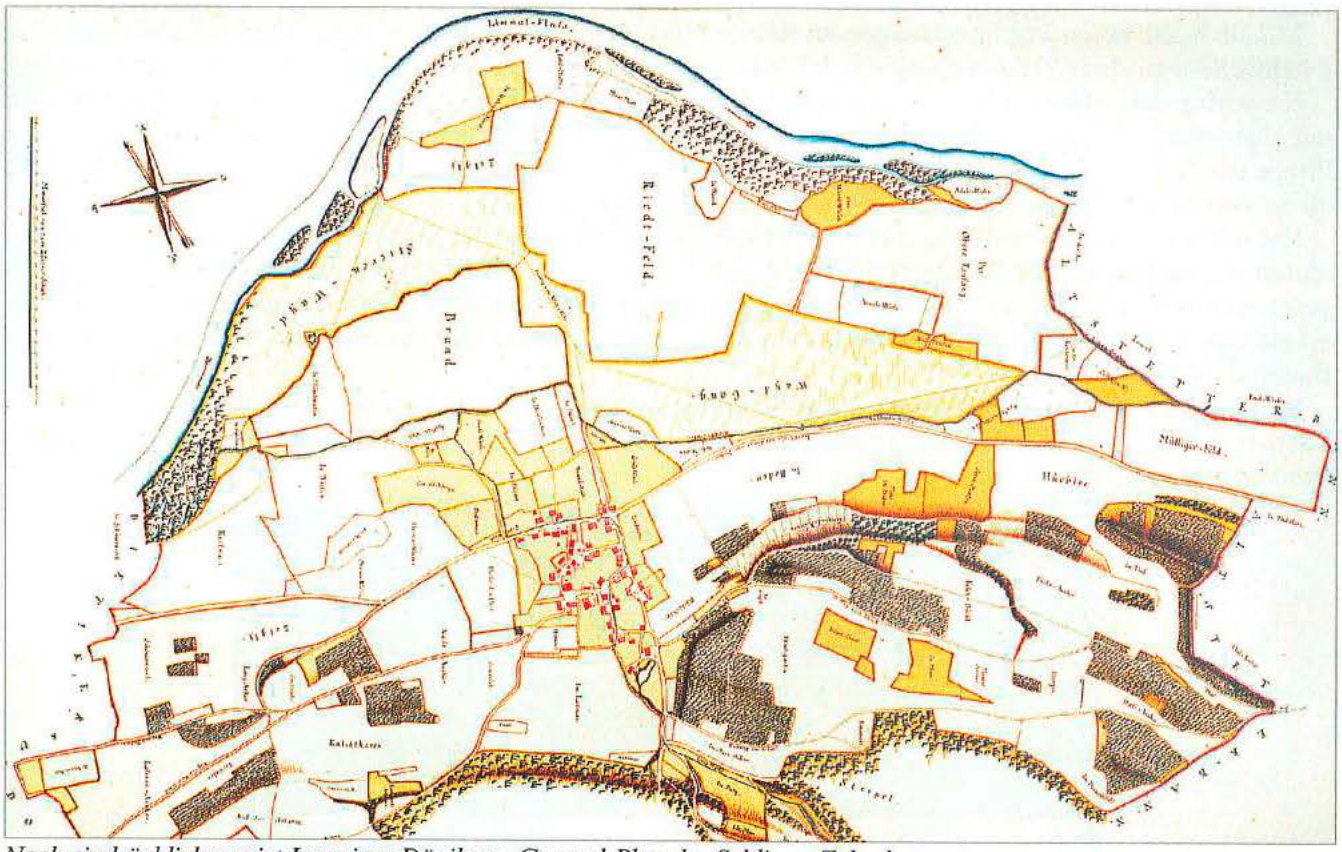
4 Familiengärten beim «Färberhüsli» hinter dem Spital

5 Familiengärten in den «Mülireben»

6 Familiengärten im «Unterrohr»

Ein Rebberg im Steinacher?

Im letztjährigen Jahrheft hat Philipp Meier in seinem Beitrag über Schlierens Wirtshäuser erwähnt, dass in früheren Jahrhunderten Wein als Alltagsgetränk galt. Er war zwar schwächer als unsere heutigen Tischweine, aber er wurde auch in grösseren Mengen getrunken. Bis weit ins 19. Jahrhundert stand deshalb bei den Schlieremer Bauern der Rebbau hoch im Kurs. In unserem Ortsmuseum hängt der erste Katasterplan Schlierens, erstellt 1819 vom Zürcher Kantonsingenieur Dietzinger. Darauf sind rund 20 ha Rebland eingetragen. [zum Vergleich: Das gesamte aktuelle Weininger Rebgebiet misst ca. 30 ha.] Die grösste zusammenhängende Rebfläche erstreckte sich von der Steinackerstrasse über die ganze Gyrhalde und den Kilchbühl bis zu den «Flöhreben» südlich der äusseren Schulstrasse (im rechten, unteren Viertel des unten stehenden Plans).



Noch eindrücklicher zeigt Ingenieur Dänikers «General-Plan des Schlierer-Zehndens» das ausgedehnte Rebgelände; zu erkennen ist es an der nebenstehenden Schraffur:

Ab ca. 1880 machte die Reblaus – ein Schädling, gegen den zu jener Zeit kein Kraut und kein Mittel gewachsen war – den meisten Rebstöcken den Garaus. Bis auf ein paar wenige, kleine Parzellen waren bald alle Reben verschwunden. Trotzdem galten zu allen Zeiten Rebberge als edle Kulturen, und Rebberge werden noch heute als Zierde der Landschaft empfunden. In vielen Gemeinden wurden in den letzten Jahrzehnten wieder kleinere Rebberge angelegt, vorwiegend wo ehemals schon solche bestanden hatten. Der davon produzierte Wein findet problemlos Absatz.

Der Weinbau ist in der Schweiz strengen Beschränkungen unterworfen. Zwar darf jeder aus seinem Grundstück ohne Bewilligung bis maximal vier Aren Reben pflanzen. Grössere Flächen sind nur erlaubt, wenn sie in den kantonalen Rebkataster aufgenommen sind. Diese Einschränkung besteht seit der ersten Hälfte des 20. Jhs. In dieses Verzeichnis werden nur Grundstücke aufgenommen, die eine minimale Hangneigung von 15% aufweisen, südwärts exponiert sind, nicht höher als 500 m.ü.M. liegen und deren Bodenqualität den Anforderungen der Reben entspricht.

Der «Steinacher» galt seit etwa 1960 als eines der prädestiniertesten Schlieremer Baugebiete für Einfamilienhäuser. Verschiedene Einwohner hatten dort ein Grundstück gekauft und warteten nun auf einen Quartierplan, der eine Überbauung erst ermöglichte. Während 10 Jahren lief ein solches Verfahren mit einigen Vorschlägen zur Landumlegung. Gemäss dem damals noch gültigen Zonenplan von 1954 war der «Steinacher» noch nicht Baugebiet. Doch die meisten Eigentümer hofften auf die Einzonung als Einfamilienhaus-Zone bei der nächsten Zonenplan-Revision.

1976 fällte der Gemeinderat eine Reihe von grundsätzlichen Entscheiden zum neuen Zonenplan. Einer der ersten Beschlüsse war, den «Steinacher» nicht einzuzonen, sondern im ‹übrigen Gemeindegebiet› zu belassen. In allen nachfolgenden Diskussionen stand er nicht mehr zu Debatte. Etwa um 1980 begann ich mich ernsthaft damit zu befassen, den am besten geeigneten Teil des «Steinachers» in einen Rebberg zurück zu verwandeln. Zuerst bat ich den kantonalen Rebbau-Kommissar um einen Augenschein. Er beurteilte danach die Lage als durchaus vergleichbar mit den Weininger Rebbergen. Einer Aufnahme in den Zürcher Rebkataster stünde nichts im Wege.

Meine Kollegen im Stadtrat waren ebenfalls der Meinung, ein «Weisser» oder «Roter vom Steinacher» wäre eine Aufwertung für Schlieren. Die rund 5000 Flaschen müssten gewiss nicht den Schlieremern aufoktroyiert werden, sondern fänden sicher auch anderweitig Absatz.

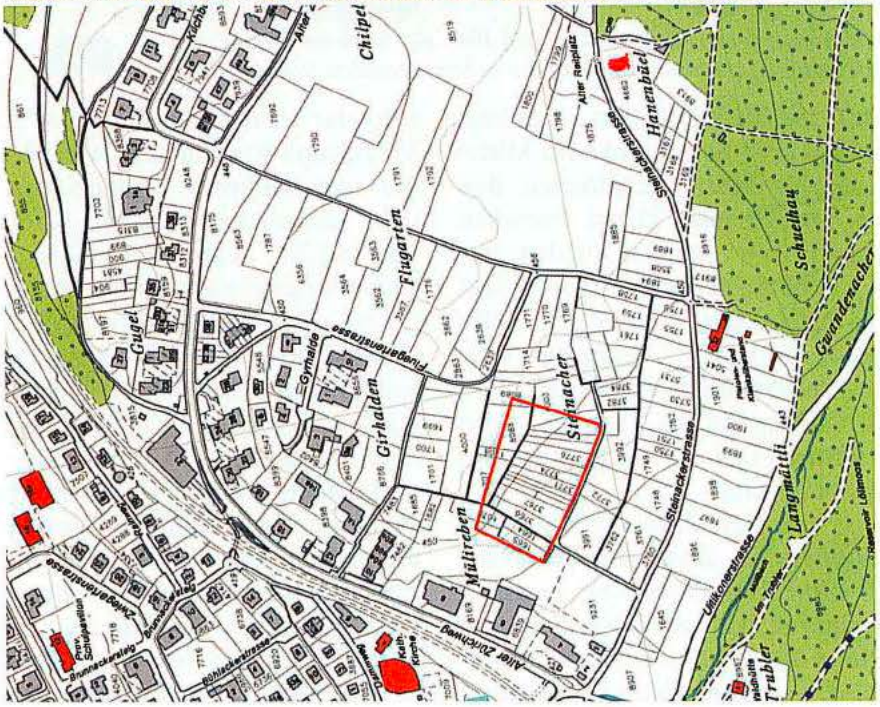
Ich nahm Kontakt mit einem bekannten Weininger Winzer mit eigenem Weinkeller auf. Er sicherte mir zu, diesen Schlieremer Wein gerne zu keltern. Er betrachtete unser Vorhaben keineswegs als Konkurrenz.

Mit all diesen guten Voraussetzungen im Rücken, lud ich die sieben in Frage kommenden Landbesitzer im «Steinacher» zu einer Versammlung ein. Ich selber war mit einer der kleinsten Parzellen von 400 m² beteiligt.

Ich schlug den Anwesenden vor, eine geschlossene Fläche von mindestens 50, höchstens jedoch 80 Aren mit einer einzigen, geeigneten Rebsorte zu bepflanzen. Das Grundstück musste natürlich eingezäunt und die Pflege der Reben gemeinsam organisiert werden. Damit das Vorhaben Realität werden konnte, hätten alle einen Vertrag auf die Dauer von 15–20 Jahren unterzeichnen müssen.

Ein solcher Vertrag kam leider nicht zu Stande. Zwei Grundbesitzer, die auch bei der kleineren Variante hätten mitmachen müssen, konnten sich nicht zum Mitmachen durchringen. Einer hatte im Gebiet des vorgesehenen Rebbergs ein Gartenhaus, lehnte aber auch einen Landabtausch ab. Der zweite war der Ansicht, ein solcher Rebberg, auf Jahrzehnte hinaus angelegt, verhindere, dass der «Steinacher» doch noch einmal zu Bauland werde.

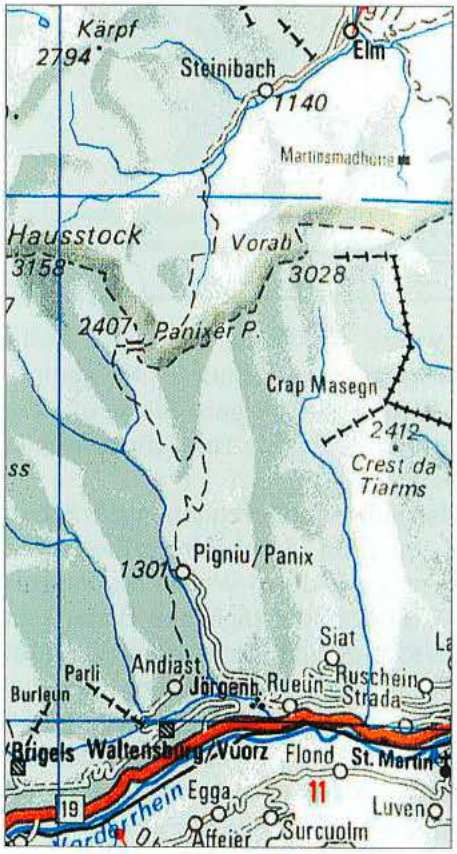
So blieb die Wiederauferstehung eines Schlieremer Rebbergs ein Traum. Die Lokalpresse, die vom Vorhaben Wind bekommen hatte, fragte mich noch jahrelang, wann denn nun endlich dieser Schlieremer Rebberg Tatsache werde.

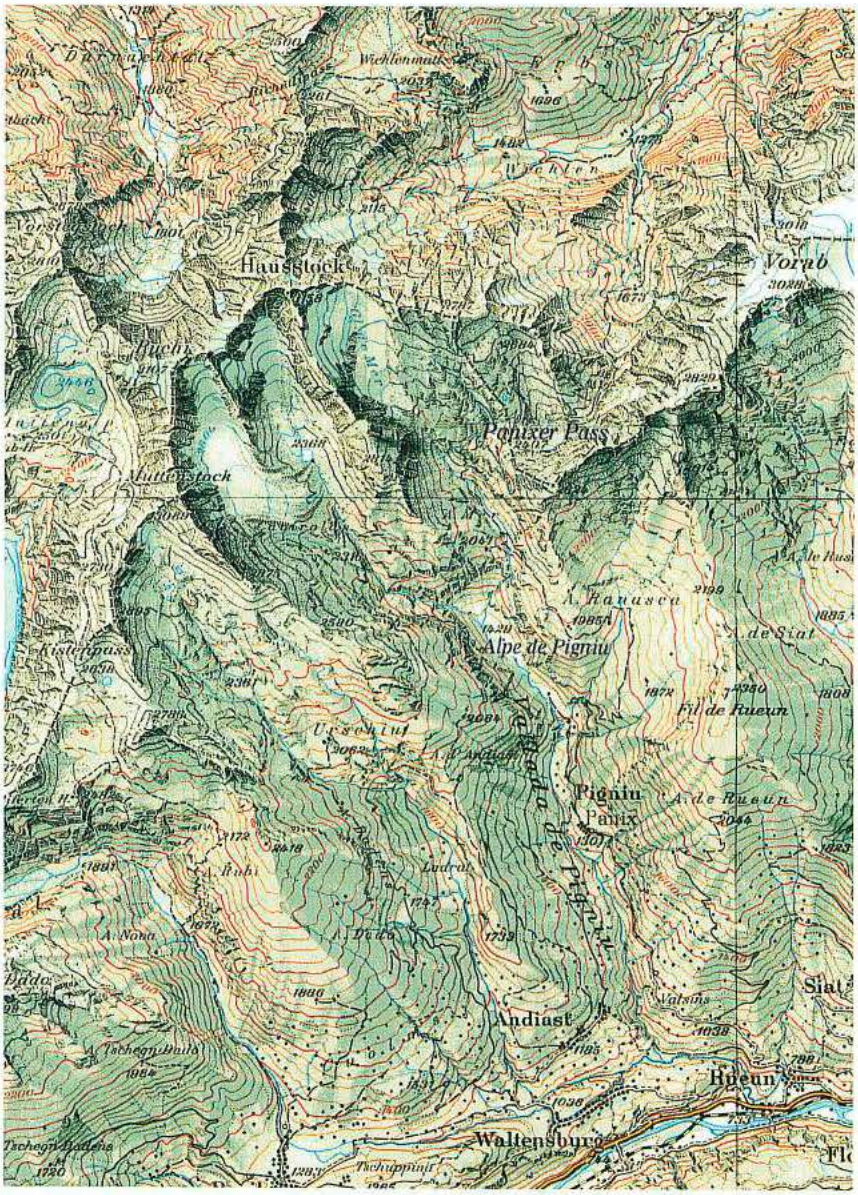


Die Gemeinde als Götti

Seit 1940 unterstützt die «Patenschaft für Berggemeinden» finanzschwache Berggemeinden in der Schweiz. Neben einigen Sponsoren aus der Wirtschaft (und gelegentlichen privaten Spendern) sind es vorallem Städte und grössere Ortschaften, welche der Patenschaft Mittel zur Verfügung stellen. Gewünscht ist dabei der direkte Kontakt mit der Berggemeinde ohne den Umweg über die Institution, um bei der Finanzierung und Realisierung von Investitionen zu helfen.

1969 beschloss der Gemeinderat, damals die Exekutive, eine solche Patenschaft zu übernehmen. Nach Prüfung mehrerer Gesuche entschied er sich, die Gemeinde **Pigniu/Panix** im Bündner Oberland bei der Erstellung einer sicheren Trinkwasserversorgung zu unterstützen.





Um die Probleme der Panixer direkt kennen zu lernen, wollten wir Gemeinderäte auch den Beitrag persönlich – mit Frau und Kind – überbringen. Und zwar nicht auf dem bequemsten, sondern dem direktesten Weg. Eines Samstagmorgens fuhren wir mit den frühesten Zügen nach Elm. Von dort ging's zu Fuss in etwa 7 Stunden über den 2407 m hohen Panixerpass in unsere Patengemeinde. Fritz Diggelmann trug im Rucksack einen Check über Fr. 10 000 mit sich, die Schlusszahlung unseres Beitrags von Fr. 25 000 insgesamt. Wir wurden sehr freundlich empfangen und gut verpflegt. Der ehemalige Lehrer und Gemeindepräsident wollte uns unbedingt über das markanteste Ereignis in der Dorfgeschichte in Panix informieren: 1799 war der russische General Suworoff mit 9000 Mann auf der Flucht vor dem französischen Heer auf demselben Weg wie wir in Panix eingefallen. Die ausgehungerten Soldaten raubten alles Essbare und alles Vieh aus den Ställen. Unterstützung aus der Region erhielt die Gemeinde wenig bis gar keine.

Sie musste sich verschulden und litt noch ein gutes Jahrhundert an den Folgen der damaligen Katastrophe.

Wir Schlieremer waren nach dem Zug über den Panixerpass zwar nicht ausgehungert, aber hundemüde. So haben denn nur wenige von uns diese Geschichtslektion mitbekommen, die andern haben sie schlafend überstanden.

Am Sonntag zeigten uns die Panixer ihr Dorf mit rund 60 Einwohnern, verteilt auf 15 Haushaltungen. Wir wurden konfrontiert mit den vielen handgreiflichen Problemen dieser Berggemeinde und ihrer Bewohner. Eines davon war die rund 5 km lange, schlecht ausgebaute Naturstrasse in die Talgemeinde Rueun. Sie ist im Winter meist gar nicht befahrbar. Dieser einzige Zugang war auch der tägliche Schulweg der 10 Schüler. Er war auch der einzige Weg zum Einkaufen. Auch die Post kam auf diesem Weg: Der örtliche Posthalter holte sie im Winter täglich mit Pferd und Schlitten.

Wir luden die neuen Freunde zu einem Gegenbesuch in Schlieren ein. Dieser kam schon rund einen Monat später zustande. Von den 60 Panixern kamen deren 30 am Samstag nach Schlieren – ein paar mussten ja des Viehs wegen in Panix bleiben. Wir zeigten ihnen natürlich unseren markantesten Industriebetrieb – die «Wagi». Auf einer Busfahrt machten wir sie mit unseren Schlieremer Problemen bekannt. Postchef Alig meinte nach dieser Fahrt: «Ich möchte die Ruhe meines Bergdorfes nicht mit dem Trubel und dem Lärm des Unterlandes tauschen.»

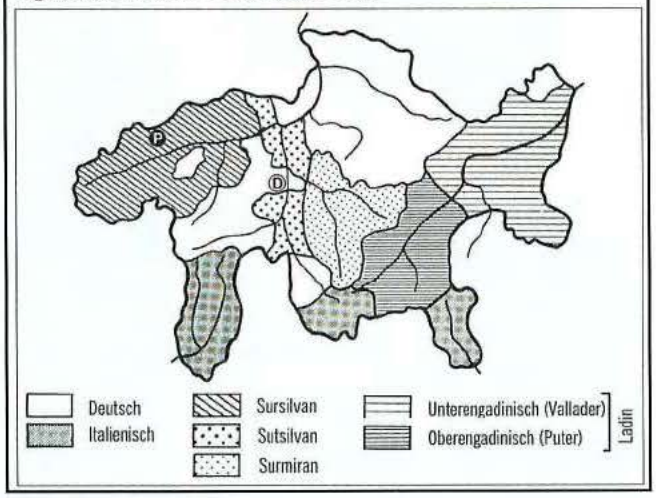
Zum Abendessen unserer Gäste im Salmen war von den Schlieremern eingeladen, wer immer dazu gerade Lust hatte. Wir hatten das zwar in der Zeitung noch veröffentlicht – leider allzu kurzfristig. Peter Suter, unser Redaktor, erinnert sich noch an jenen Abend wegen folgender Begebenheit:

Kurz vor Beginn des Essens rief mich Heiri an: «Können du und deine Frau sofort in den Salmen kommen? Ich sitze sonst allein da mit 30 Panixern. Es sind Sommerferien und nur wenige Schlieremer zu Hause und die haben offenbar die Einladung nicht gelesen.» – Zugegeben: Ich auch nicht. Natürlich liessen wir Heiri nicht im Stich, umso mehr, als mich die Begegnung mit den Bündnern interessierte.

Heiri wusste, dass ich Rätoromanisch zwar nicht spreche, aber leidlich verstehe; hatte ich doch seit meiner Jugend meine Ferien jedes Jahr in Bergün verbracht. Dort spricht man Surmiran mit Oberengadiner-Dialekt vermischt. Heiri wies mir deshalb den Platz neben dem Gemeindeschreiber von Panix zu. Als mich dieser voller Freude in seinem heimatlichen Idiom ansprach, verstand ich kein Wort. – Das war zwar peinlich, aber für den Panixer wie für mich erklärlich. Mein Gesprächspartner sprach Sursilvan, und ich verstehe eben nur Surmiran. So unterschiedlich sind die fünf romanischen Haupt-Dialekte in Graubünden.

Nicht umsonst musste der Kanton bis 1996 die Schulbücher in vier der fünf Dialekte – nebst Italienisch und Deutsch – drucken. Erst seit 1996 gibt es das einheitliche «Rumantsch grischun» als Schriftsprache, als Amtssprache, Literatursprache, sowie als Verhandlungssprache in Gemeindeversammlungen und als Unterrichtssprache in der Primarschule in den Gemeinden mit rätoromanischer Mehrheit. Am 17. Juni 2007 wurde in Graubünden ein noch strengeres Gesetz angenommen: «Rumantsch grischun» ist nun in allen traditionell romanischen Gemeinden vorgeschrieben. Ob man so das Rätoromanische retten kann? Rund 60 000 geben es noch als Muttersprache an. Das ist nicht einmal 1% der Schweizer Bevölkerung.

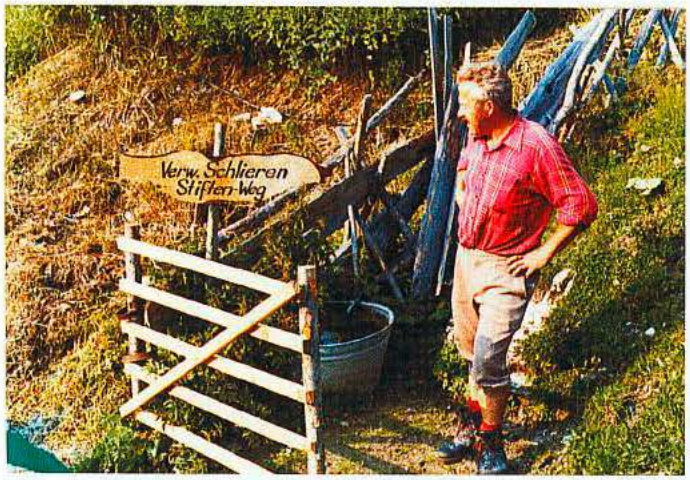
Sprachenkarte Graubündens



Am Sonntag waren die Gäste zu einem Grill-»Zmittag» im «Schürrain» eingeladen. Der ehemalige Lehrer aller Panixer hatte eigens für diesen Tag ein Konzert mit einem guten Dutzend romanischen Liedern einstudiert.

In der Folge übernahm Schlieren einen jährlichen Pauschalbeitrag an den Lebensmittelladen in Rueun, damit dieser einmal pro Woche die Panixer in ihrem Dorf mit Mitteln des täglichen Bedarfs zu Ladenpreisen versorgte. Schlieren organisierte in nachfolgenden Jahren auch immer wieder Lehrlingslager in Panix. 1974 arbeiteten 36 Lehrlinge der «Wagi» neun Tage lang. Sie machten Alpwege befahrbar, verbauten einen Bach und installierten eine Überlaufleitung am Wasserreservoir, alles in Handarbeit. Unterkunft und Verpflegung fanden sie im leerstehenden Dorfschulhaus. Bei Halbzeit des Lagers luden wir zusammen mit der Gemeinde Panix und der «Wagi» zu einer Presse-Orientierung vor Ort. Die Lehrlinge äusserten sich lobend über die Abwechslung. Der Gemeindepräsident bezeichnete die Patenschaft als Wunder vom Himmel. Das «Limmattaler Tagblatt» überschrieb seinen Bericht mit «Schlieremer Lehrlinge leisten Inland-Entwicklungshilfe in Panix». Zwei Jahre später stellte die «Wagi» sogar

45 Lehrlinge in zwei Etappen. Sie stellten weitere Alpwege instand und entwässerten eine Weide in einem Rutschgebiet. Drei Wochen danach führten die Lehrlinge der Stadtverwaltung Schlieren die Arbeiten weiter und verbesserten mit Pickel und Schaufel den Weg zur Nachbargemeinde Andiast. In einem eigenen Bericht an die Presse dankte die Gemeinde Panix für die sehr willkommene Unterstützung und für die freundschaftlichen, jährlichen Kontakte.



Baumeister Erwin Blaser ist stolz auf das Werk der Lehrlinge

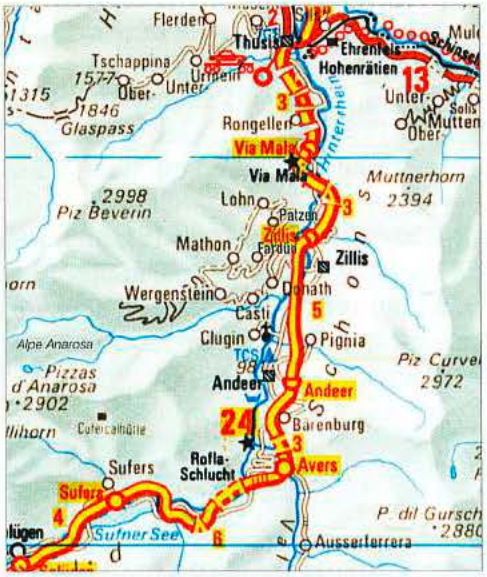
Als letzte Aktion leisteten Stadt und beide Kirchgemeinden Schlierens zusammen einen Beitrag von Fr. 28 500 an die dringend nötige Renovation der 500 Jahre alten Kirche St. Valentin in Panix. Zur Neuweihe reisten wir mit der Stadtjugendmusik Schlieren und unserem bewährten Küchenchef Heiri Lüthi an. Er kochte für die ganze Bevölkerung und die Schlieremer Gäste einen «Pot-au-feu» im Gamellendeckel.

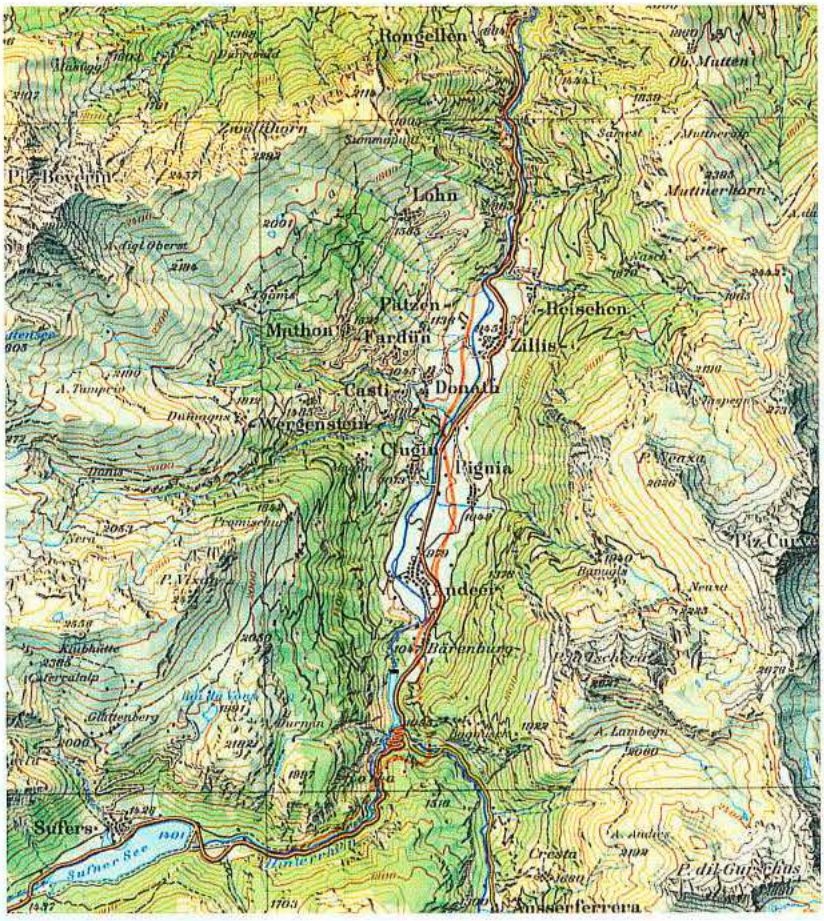
10 Jahre hatte nun unsere Patenschaft schon gedauert, als sich 1979 der Bau des Kraftwerks Ilanz 2 abzeichnete. Zusammen mit dem Staudamm auf der Alpe de Pigniu sollte auch die Strasse Rueun–Panix ausgebaut und asphaltiert werden. So glaubten auch die Panixer, in absehbarer Zukunft nicht nur die Strom- sondern auch die Finanzprobleme selber und allein in den Griff bekommen zu können.

Heiri Meier im Gespräch mit Gemeindepräsident Alois Alig (links) und Gemeinderat Gieri Giusep Spescha in Pigniu/Panix.

Dorfpartie in Pigniu/Panix

Auch im Schlieremer Gemeindeparlament wurde der Wunsch geäussert, eine solche Patenschaft andernorts weiterzuführen. Also suchten wir wieder ein aktuelles Hilfsgesuch aus der langen Liste der «Patenschaft für Berggemeinden» und wurden fündig: Patzen-Fardün am Schamserberg im mittleren Abschnitt des Hinterrheintals, dem Schams, zwischen Thusis und Splügen. Eine aus zwei kleinen Dörfern bestehende Doppelgemeinde mit 60 Einwohnern und 8 Landwirtschaftsbetrieben, deren Fortbestehen in 7 Fällen gesichert erschien. Die Gemeinde hatte die dringende Gesamtmelioration beschlossen, war aber nicht in der Lage, die Restkosten aufzubringen. Hier sprang Schlieren ein. Nach Abschluss der Melioration des Kulturlandes war die Sanierung der Erschliessungs- und Verbindungswege in den Dörfern unerlässlich.





*Am Hang oben liegen die beiden ▶ Dörfchen **Patzen** und **Fardün**. Von letzterem ist hier allerdings nur die Kirche (ganz links) zu sehen, die unten noch einmal abgebildet ist.*

Im Jahre 2002 haben diese beiden Dörfer mit dem Dorf **Donath** im Talboden fusioniert, das der zusammengelegten Gemeinde auch den neuen Namen **Donat** gab.

Blick auf die Kirche von Fardün ▼

Wertvoll waren auch in diesem Fall wieder die zwischenmenschlichen Beziehungen, ermöglicht durch gegenseitige Besuche. Einer zum Beispiel auf der Alp Anarosa zuhinterst im Tal des Baches Fundogn. Und der Gegenbesuch in Schlieren im «Stürmeierhuus» mit einem begeistert aufgenommenen Auftritt von Jimmy Muff, alias Werner von Aesch.

Diese Patenschaft besteht noch immer und funktioniert gut.

Radio 24 und Schlieren – oder der Kampf gegen Windmühlen

Die Vorgeschichte

1975 richtete Roger Schawinski auf dem 2950 m hohen Pizzo Groppera südlich des Splügenpasses auf italienischem Gebiet einen privaten Radiosender (Radio 24) ein. Dessen Programm konnte im Grossraum Zürich empfangen werden. Dieser Sender wurde rasch populär und 1980 auf das Kabelnetz der Rediffusion in der Stadt Zürich aufgeschaltet. Die Rediffusion stellte sofort das Gesuch an den Stadtrat, in Schlieren dasselbe tun zu dürfen.

Das Nein

Der Stadtrat sagte NEIN. Hier vorerst nur eine kurze Begründung: Der Sender sei illegal und mache zudem verbotene Unterbrecherwerbung. Eine ausführliche Begründung ist weiter unten in der Beantwortung einer Petition zu lesen. Der Stadtrat war sich dabei durchaus bewusst, sich mit diesem Nein die Anhänger dieses populären Senders nicht zu Freunden zu machen.

In der Tat regte sich rasch Widerstand in den Reihen der regelmässigen Hörer von Radio 24. Der Schlieremer Architekt Richard Gasser sammelte im Oktober 1980 384 Unterschriften, die die Forderung an den Stadtrat unterstützten, Radio 24 unverzüglich auf das Schlieremer Netz aufschalten zu lassen.

Unsere Antwort war ein weiteres Nein. Diesmal mit einer ausführlichen Begründung.

Wir verkennen nicht, dass das Programm von Radio 24 dem Geschmack breiter Kreise entspricht. Die Errichtung neuer Sendestationen muss aber auf dem von unserer Rechtsordnung vorgezeichneten Weg erfolgen. Die Programme müssen die gesetzlichen Vorschriften erfüllen und sämtlichen Regionen und Bevölkerungskreisen zugute kommen. Die Verantwortlichen von Radio 24 haben es verstanden, sich durch die Wahl ihres Senderstandortes eine Sonderstellung zu verschaffen. Es kann jedoch nicht angehen, solche Stationen deswegen anders als übrige Interessenten zu behandeln.

Bei Radio 24 handelt es sich um einen illegalen Sender, der von Privaten betrieben wird und sich mit Werbung finanziert. Sowohl unsere Schweizerischen Gesetze und Vorschriften als auch internationale Bestimmungen werden von ihm missachtet oder umgangen. Die Betreiber von Radio 24 vertrauen dabei auf die nicht besonders rasche Arbeitsweise der zuständigen Behörden in unserem südlichen Nachbarland. Unsere Gesetze erlauben den Radiostationen die Werbung nicht. Die Finanzierung deren Programme hat somit auf andern Wegen zu erfolgen. Radio 24 springt hier gewissermassen in eine Marktlücke und erlaubt interessierten Kreisen, über den Äther in Zürich und Umgebung zu werben. Die für lokale Sender selbstverständliche Kontrolle existiert bei dieser Sendestation nicht.

Der Stadtrat gibt auf

Im Februar 1981 gestatteten die letzten drei Zürichsee-Gemeinden die Verbreitung von Radio 24. Damit war Schlieren der einzige Ort der Region Zürich, wo dieser Sender nicht über das örtliche Kabelnetz zu empfangen war. Es war auch nicht möglich, von den Bundesinstanzen klare und verbindliche Auskünfte zu erhalten. Unter diesen Voraussetzungen gab der Stadtrat seinen Widerstand auf und liess das Programm von Radio 24 auf das Lokalnetz aufschalten.

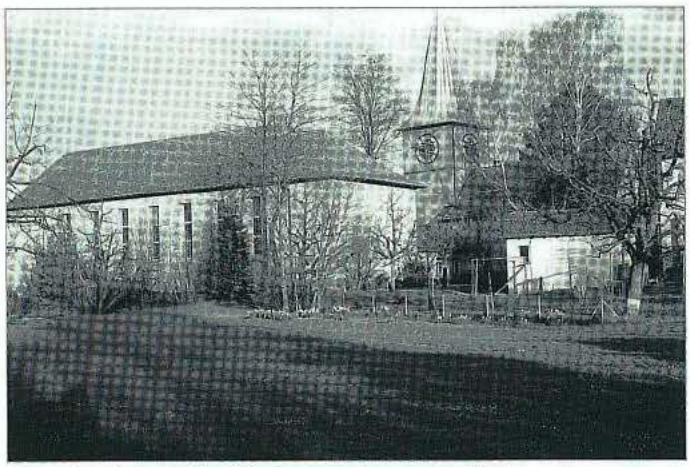
Damit hatte sich Roger Schawinski durchgesetzt. Die zahlreichen Schlieremer Hörer seines Senders waren ihrer «Bevormundung» – wie sie es nannten – enthoben und nun rundum zufrieden.

Seither hat sich in der schweizerischen Medienlandschaft – besonders was die elektronische betrifft – vieles gewaltig verändert. Auch die offiziellen Radio- und Fernsehstationen strahlen fleissig Werbung aus, unterbrechen neuestens sogar längere Filme damit. Private Radio- und TV-Sender sind aus dem Boden geschossen – zwar nicht gerade wie Pilze nach einem Regen. Aber eine ansehnliche Zahl von ihnen ist auch wieder verschwunden.

Der Dorfpark – oder «Gut' Ding will Weile haben»

Eine Parkanlage im alten Dorfteil Schlierens war ein Jahrzehnte lang gehegter Wunsch mancher Einwohner. Solange aber die dringenderen Infrastruktur-Aufgaben – vor allem das Stadthaus – auch auf der Wunschliste standen, vermochte niemand ernsthaft daran zu glauben, dass Parlament und Einwohner Geld für eine derartige Ausgabe bewilligen würden.

Mitte der 70er-Jahre war der x-te Anlauf für ein eigenes Verwaltungsgebäude von Erfolg gekrönt, und 1979 wurde das Stadthaus freudig und festlich eingeweiht. Im Zusammenhang mit dem im Jahrheft 2006 beschriebenen Ausbau der Badenerstrasse konnte durch einige Landkäufe und -umlegungen der Grundbesitz der Stadt im Gebiet der reformierten Kirche wesentlich vergrössert und arrondiert werden. Der damalige Tiefbauvorstand Peter Gysling brachte im Stadtrat Ideen ein, wie östlich und nördlich der Kirche ein attraktiver Dorfpark entstehen könnte. Voraussetzung dazu waren einige weitere gewichtige Landumlegungen nördlich und südlich der Freiestrasse. Diese Verträge bewirkten, dass das ganze Areal des heutigen Stadtparks im Besitz der Stadt oder der Kirche ist.



So sah es hinter der Kirche aus, bevor der Stadtpark entstand.

Eine Umfrage

Im Januar 1978 gelangte der Stadtrat mit einem Flugblatt an alle Haushaltungen. Die Einwohner wurden gebeten, ihre Wünsche betreffend die Gestaltung des Dorfzentrums bekanntzugeben. Es gingen zwar weniger als 40 schriftliche Antworten ein (das waren nicht einmal 1 Prozent). In diesen wurden aber fast übereinstimmend folgende Elemente vorgeschlagen: Kinderspielplatz, Brunnenanlage, Teich, Dorfplatz für Markt, Freilichtaufführungen und Konzerte, nutzbare bzw. mindestens begehbare Rasenflächen. Die Ansichten über den Erhalt und die künftige Verwendung einiger Altbauten standen sich jedoch diametral gegenüber. Vor allem die Vereinigung für Heimatkunde setzte sich vehement für die Erhaltung eines möglichst grosssen Teils der alten Bausubstanz ein. So sollten an an der Brunngasse das «Acklinhaus» und der «Schwanen», an der Kirchgasse das Haus Nr.2, an der Freiestrasse das «Stürmeierhuus» und das «Alte Schuelhüsli» in möglichst historischer Gestalt erhalten und renoviert werden.[1]

Das Projekt

Die Gartenarchitekten Ammann und Bolliger erhielten vom Stadtrat den Auftrag für ein Projekt, das die in der Umfrage geäusserten Wünsche so weit als möglich berücksichtigen sollte.

Gleichzeitig mit einem Dorfpark musste auch das Problem von Parkplätzen im Bereich des Stadthauses gelöst werden. Dieses war nämlich bei der Projektierung des Verwaltungsgebäudes auf später verschoben worden. Nun standen zwei Varianten zur Diskussion:

- 70 oberirdische Abstellplätze
- 40 Abstellplätze in einer Tiefgarage

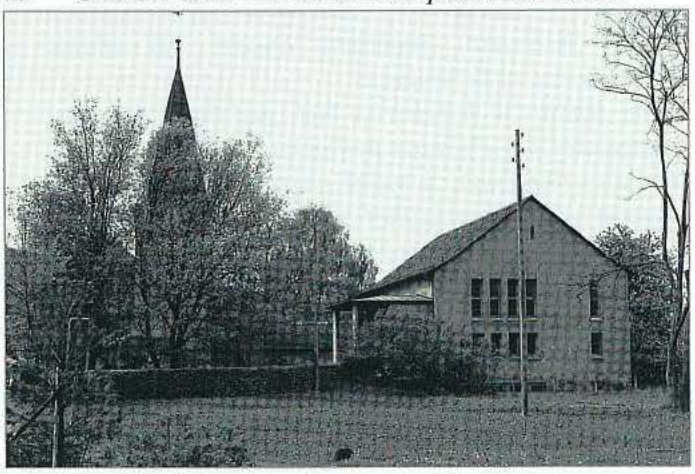
Der Stadtrat entschied sich für die teurere Tiefgarage, die auch als öffentlicher Schutzraum für 500 Personen dienen konnte.

Im Januar 1980 verabschiedete der Gemeinderat (das Stadtparlament) mit 26:0 Stimmen den Kredit von 5,447 Mio. Franken für Dorfpark und Tiefgarage. Davon entfielen

0,96 Mio. Fr. auf die Tiefgarage mit Schutzraum,
2,42 Mio. Fr. auf die Baukosten der Grün- und Erholungsanlage,
2,06 Mio. Fr. auf Abschreibungen auf den benötigten 8300 m² im Besitz der Stadt.

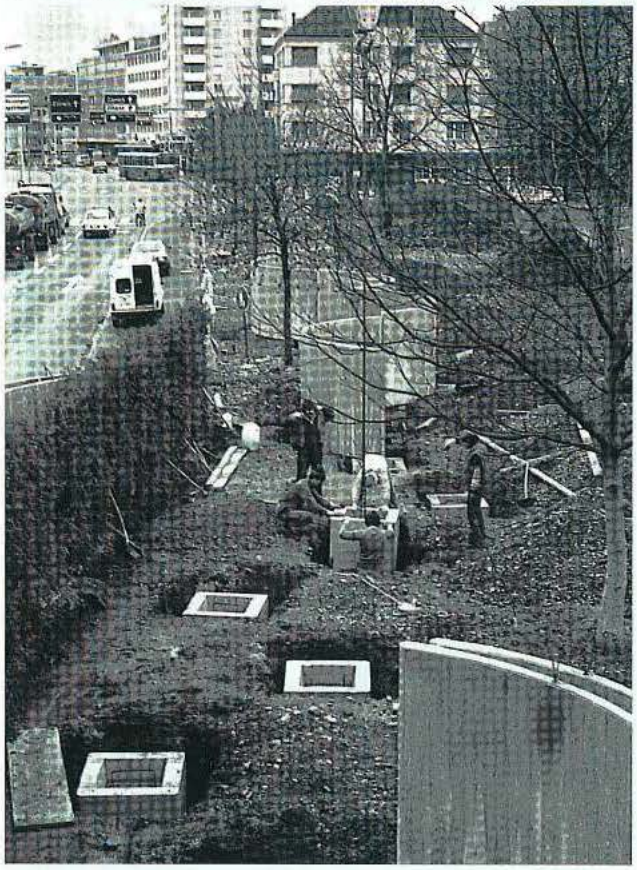
[1] Den Konflikt zwischen der Vereinigung und dem Stadtrat um die Renovation des «Alten Schuelhüsli» habe ich auf Seite 27 des Jahrhefts 2003 eingehend beschrieben.

Und hier sollte einmal der Kirchplatz hinkommen.



Die Volksabstimmung vom 8. Juni 1980 – ein knapper Entscheid

Umstritten waren vor allem zwei Punkte: Die Tiefgarage und eine Schallschutzmauer entlang der verkehrsreichen Badenerstrasse, aus bogenförmigen, 2 m hohen, später auf 3 m erhöhten Beton-Elementen. Die Architekten erachteten sie als unumgänglich, um Park und Kirchplatz gegen den permanenten Verkehrslärm auf der Badenerstrasse und von den Bahngeleisen her abzuschirmen. Gegen diese Schutzwand regte sich Widerstand seitens der nordseitigen Anwohner der Badenerstrasse. Sie befürchteten Schallreflexionen.



Alle Parteien ausser dem Quartierverein empfahlen Zustimmung. Bei einer Stimmbeteiligung von 38% standen den 1437 JA-Stimmen 1291 NEIN gegenüber. Die unterlegenen Gegner fochten den Urnenentscheid mit Rekursen durch zwei Instanzen an. Sie drangen zwar nicht durch, aber der Volksentscheid erhielt erst im Mai 1981, also ein Jahr später, Rechtskraft.

Auch die Kirchgemeinde sagt Ja

Um den Dorfpark überhaupt bauen zu können, mussten die Eigentumsverhältnisse – vor allem an der Kirchgasse – bereinigt werden. So war z. B. das Haus Kirchgasse 2 in gemeinsamem Besitz von Stadt und ref. Kirche. Alt Kirchenpflege-Präsident Herbert Krähenbühl umschrieb diese Situation trefflich: «Man weiss nie, ob man politisch kocht

Der Ostteil des Teiches ist im Entstehen.

und kirchlich schläft. Ein Gartenbeet gehört der Kirchgemeinde, das nächste der politischen.»

Die Kirchgemeinde stimmte mit grossem Mehr dem Tauschvertrag über insgesamt 1800 m² Fläche zu.

Die Realisierung

Im Oktober 1982 konnte endlich mit der Verwirklichung begonnen werden. Als Erstes wurde die zwei Jahre zuvor in der Abstimmung so heiss umstrittene Schutzmauer erstellt. Dies mit dem Nebeneffekt, dass sie bei der Einweihung bereits von Efeu überwuchert war.

Noch im Bau und schon der erste «Herbstmärt»!

Die «Kuko» (die «Kultur-Kommission Schlieren») wagte es am 10. Sept. 1982 – noch vor der Fertigstellung des Dorfparks –, auf dem Kirchplatz einen Herbstmarkt durchzuführen. Er wurde ein voller Erfolg und ist seither jedes Jahr wiederholt worden, immer auf dem Kirchplatz und an der Brunngasse. Mit Ausnahme jener zwei Jahre, wo er versuchsweise an die Schulstrasse verlegt wurde. Damit wollte man die neugestaltete Schulstrasse «einweihen» und Anstoss für ein Quartierleben auch ausserhalb des alten Dorfkerns geben.

Beim Schreiben dieser Zeilen bemerke ich, dass wir am diesjährigen Herbstmarkt vom 1. September 2007 sein 25-jähriges Bestehen hätten feiern können.

1983 – der Herbstmarkt erstmals auf dem neuen Kirchplatz

Der Dorfpark heute

Nach Ortsplan 2004 heisst er jetzt offiziell «Stadtpark».

Die praktisch zu jeder Jahreszeit anwesenden Enten sind wohl der grösste Publikumsmagnet, besonders für Familien mit Kindern. Der gelegentlich im Teich stehende Reiher hat den stattlichen Fischbestand noch nie ernsthaft dezimiert.

Seit 1990 veranstalten wir von der «Vereinigung für Heimatkunde» nach Bedarf Führungen durch den alten Dorfteil. Der Hauptteil dieser etwa 1½-stündigen Rundgänge ist dem Gebiet zwischen Badener- und Freiestrasse gewidmet.

Wenn wir Gästen aus andern Limmattalgemeinden den Stadtpark zeigen, hören wir regelmässig die Bemerkung:

«Obwohl Teich und Kirchplatz direkt hinter der Hauptstrasse liegen, sehen wir sie zum ersten Mal. Wir staunen, was ihr hier geleistet habt.»

Sicherlich nicht zuletzt ein Verdienst der einst so umstrittenen Mauer.

Ich erinnere mich nicht, je einen Schlieremer gehört zu haben, der den Stadtpark als Fehlinvestition bezeichnet hätte.

Quellenangaben

Protokolle der Exekutive (Gemeinderat bis 1974, Stadtrat ab 1975)
Protokolle der Gemeindeversammlungen (bis 1974)
Protokolle der Legislative (Gemeinderat ab 1975)

Limmattaler Tagblatt
Chronik der Vereinigung für Heimatkunde Schlieren
Frau Dr. Ursula Fortuna
Willy Bolliger, alt Stadtrat
Peter Schnüriger, alt Stadtrat

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Jahrbuch des Statistischen Amts des Kantons Zürich 2002

Bildnachweis

Fotos: Negativ-Archiv Hans Bachmann
S.11 r(4x), S.12 ol+ml+or, S.18(5x), S.19 r(3x), S.32(5x), S.34 or, S.50 u(2x), S.53(3x), S.55 ol+ml+or, S.68(2x), S.69(3x), S.70(4x)
Bildarchiv Ortsmuseum
S.7 u, S.9, S.13 ol+m(2x)+u(2x), S.15(4x), S.17 r(3x), S.35(2x)
Peter Suter
S.12 u, S.13 or, S.14 u, S.16(2x), S.20(3x), S.22 or+ul, S.25 mr+ur(2x), S.34 ol+mr, S.40 ur, S.55 mr,
Luftbilder i. A. der Stadt Schlieren
Umschlag u, S.14 o; S.30 o, S.33 o+u, S.59(3x), S.60(3x), S.62 m
J. Stappung Schlieren *S.26(4x)*
Karl Fehl *S.45 mr*
Sozialarchiv/Gewerkschaft UNIA *S.48(4x)*
Archiv Wagonsfabrik *S.42, S.43, S.44(2x), S.45 ol, S.46, S.47(2x)*
Robert Binz *S.65(3x), S.66 u(2x)*
Verein Trammuseum Zürich *S.25 or, S.41*
Feuerwehr Schlieren *S.37(2x)*

Karten, Pläne und Grafiken:
Bauamt Schlieren
S.5, S.23 (bearb. P. Suter), S.30 u(2x) (bearb. P. Suter), S.58 (bearb. P. Suter) S.62 u (bearb. P. Suter)
SwissTopo (Eidg. Landestopographie) Bern-Wabern
TA 158 1:25 000, 1904: S.22 ur, S.31 o (bearb. P. Suter)
LK 225 1:50 000, 2000: S.39 (bearb. P. Suter),
LK 38 1:100 000, 1966: S.63 or, S.66 or
Statistisches Amt des Kantons Zürich
S.8, S.27(2x) (bearb. P. Suter). S.28(2x), S.56(6x) (bearb. P. Suter)
Archiv Ortsmuseum *S.61*
Hallwag AG, Bern *Autokarte 1:303 000, 2004: S.63 ml, S.66 ml*
Peter Suter *S.19 ml+ur(2x), S.50 ol+or*
Schweizer Welt-Atlas *S.63 ol, S.66 ol*
Stadtverwaltung Schlieren *Umschlag o, S.6, S.7*
Frau Dr. Fortuna, Schlieren *S.17 ol*
Gutersohn, Geografie der Schweiz Bd.IIa, K+F Bern *S.64*
Radio 24 Zürich *S.67*

Bisher erschienene Jahrhefte

1954 Die Orts- und Flurnamen der Gemeinde Schlieren
von Gustav Fausch (vergriffen)
1955 Vom Schlieremer Wald
von Dr. Emil Surber (vergriffen)
1957 Die Schlieremer Schule im Wandel der Zeiten
von Hugo Brodbeck,
Heinrich Wipf und Hans Brunner
1959 Schlieren vor 100 Jahren
von Dr. Emil Surber und Heinrich Meier
1961 Das Tragerbuch aus dem Jahre 1759
von Rolf Grimm
Grosse Überschwemmung und Hochwasser
im Limmattal am 14. und 15. Juni 1910
von Eduard Böhringer
Albert Vollenweider-Schuler
Lebensfragment eines alten Schlieremers
von Heinrich Wipf
Rudolf Hollenweger von Schlieren,
Lehrer in Blumenau, Brasilien
von Heinrich Meier-Rütschi
1963 Rückblick auf die ersten 10 Jahre des Bestehens
der Vereinigung für Heimatkunde Schlieren
von Heinrich Meier-Rütschi
Bürgernutzen vor 100 Jahren
von Dr. Hans Heinrich Frey
Die Aufhebung des Bürgernutzens in Schlieren
von Heinrich Meier-Rütschi
Der 1. Juni 828, ein Markstein
in der Geschichte von Schlieren
von Rolf Grimm
1965 Die grosse Schulreise von 1833
von Rolf Grimm
1967 Kilch und Gmeind zu Schlieren unter
dem Spital zu Zürich 1379 – 1824
von Hans Höhn
1970 Die Inventarisation der kulturhistorischen Objekte,
I. Teil
von Peter Ringger
1972 Die Inventarisation der kulturhistorischen Objekte,
II. Teil
von Peter Ringger und Jean-Claude Perrin
1975 Aus den Anfängen der Schlieremer Industrie
von Hans Bachmann, Walter Bösch,
Ursula Fortuna und Peter Ringger
1977 Gerichtsbüechli von Schlieren
Eingeleitet von Ursula Fortuna
1979 Die Offnung von Schlieren
von Ursula Fortuna
1981 Die Pfarrbücher von Schlieren, Ehen 1622–1875
von Ursula Fortuna
1992 Ein Schlieremer erlebt Amerika
von Kurt Scheitlin
1993 Aus der Geschichte der Gemeinde Schlieren
zwischen 1914 und 1939
von Heiri Meier
1994 Von der «Lymhütte» zum chemischen Unternehmen
Ed. Geistlich Söhne AG, Schlieren
von Philipp Meier und Heinrich Geistlich
1995 Das Kohlengaswerk der Stadt Zürich
in Schlieren 1898–1974
von Max Kübler
1996 Wir Kinder vom «Negerdorf»
von Heidi und Kurt Scheitlin
Landwirtschaftlicher Verein Schlieren,
gegründet 1893
von Rudolf Weidmann
1998 Schlieren während des Zweiten Weltkriegs
von Heiri Meier und Kurt Frey
1999 Leben und Wirken des Dr. Robert Egli, des
langjährigen Arztes und Wohltäters in Schlieren
von Eduard Böhringer
Von Tüchlern, Rutengängern, Wasserschmöckern
und Schiebern. Die Geschichte der Wasser-
versorgung von Schlieren
von Karl Stoller
2000 Schlierens Orts- und Flurnamen
von Dr. Alfred Egli
2001 Der Schlieremer Wald im Wandel der Zeit
von Kurt Frey und andern Autoren
2002 «Feuer und Wasser»
Die Limmatkorrektion 1876-1912
von Philipp Meier
Die Geschichte der Feuerwehr Schlieren
von Robert Binz und Angehörigen der Feuerwehr
2003 3 Jubiläen
50 Jahre Vereinigung für Heimatkunde Schlieren
von Paul Furrer und Heiri Meier
25 Schlieremer Jahrhefte
von Heiri Meier und Kurt Frey
Schlieren 200 Jahre beim Kanton Zürich
von Peter Suter
Schlieremer Dorfgschichte
von Heiri Bräm und Rudolf Weidmann
Schlierens 300-m-Schiessanlagen
von Robert Binz
2004 Die Schule Schlieren im erneuten
Wandel 1950–2000
Beiträge von ehemaligen Behörden- und
Verwaltungsmitgliedern, Lehrkräften und
Schülern
2005 Schlieremer Quartiere,
Rückblicke und Erinnerungen
verschiedene Autoren
2006 Schlieren in den ersten Nachkriegsjahrzehnten
von Heiri Meier
2007 Gotteshäuser und Wirtshäuser in Schlieren
verschiedene Autoren
2008 Schlieren zwischen 1960 und 1990
von Heiri Meier